

- Heimische Wirtschaft vor Kriegsausbruch in der Ukraine in guter Verfassung
- Der Wirtschaftshistoriker des WIFO mit breiter Forschungsagenda – Felix Butschek zum 90. Geburtstag
- Europäische Wirtschaftspolitik 2021/22
- Kräftiger Anstieg der Innovationsausgaben österreichischer Unternehmen im zweiten Jahr der COVID-19-Pandemie
- Gesundheitsleistungen und Pflegegeldbezug
- Österreichs Standortqualität im Executive Opinion Survey 2021

WIFO ■ MONATSBERICHTE

Mission Statement

Die Mission des WIFO ist es, durch den Brückenbau zwischen akademischer Grundlagenforschung und wirtschaftspolitischer Anwendung zur Lösung sozioökonomischer Herausforderungen beizutragen und sachliche Grundlagen für Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen. Die WIFO-Monatsberichte veröffentlichen Forschungsergebnisse des WIFO und Beiträge zur nationalen und internationalen Wirtschaftsentwicklung auf der Grundlage wissenschaftlich fundierter Analysen. Sie tragen damit zur Erfüllung dieser Mission bei.

Die in den Monatsberichten veröffentlichten Beiträge werden von den jeweiligen Autorinnen und Autoren gezeichnet. Beiträge von WIFO-Ökonominen und -Ökonomen entstehen unter Mitwirkung des Institutsteams; für den Inhalt ist das WIFO verantwortlich. Beiträge externer Autorinnen und Autoren repräsentieren nicht zwingend die Institutsmeinung.

Beiträge aus diesem Heft werden in die EconLit-Datenbank des "Journal of Economic Literature" aufgenommen.

Editorial Board

Univ.-Prof. Dr. Jesús Crespo Cuaresma, Wirtschaftsuniversität Wien

Univ.-Prof. Dr. Claudia Kemfert, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Univ.-Prof. Philipp Schmidt-Dengler, PhD, Universität Wien

Univ.-Prof. Dr. Jens Südekum, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Univ.-Prof. Dr. Andrea Weber, Central European University

Impressum

Herausgeber: Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

Medieninhaber (Verleger) und Redaktion:
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
A-1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Telefon +43 1 798 26 01-0,
Fax +43 1 798 93 86, <https://www.wifo.ac.at>

Satz: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Druck: Medienfabrik Graz, Dreihackengasse 20,
A-8020 Graz

Chefredakteur: apl. Prof. Dr. Hans Pitlik

Lektorat: Mag. Christoph Lorenz, BA • **Technische
Redaktion:** Tamara Fellingner, Tatjana Weber

Kontakt: redaktion@wifo.ac.at

Preise 2022

Jahrgang (12 Hefte, Printversion): 270 € • Einzelheft (Printversion): 27,50 €

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger): Verein "Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung" • **Geschäftsführer:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD • **Vereinszweck:** Laufende Analyse der Wirtschaftsentwicklung im In- und Ausland, Untersuchung spezieller ökonomischer Problemstellungen nach dem Grundsatz der Objektivität auf wissenschaftlicher Basis, Veröffentlichung der Ergebnisse



95. Jahrgang, Heft 3/2022

139-146 ■ **Heimische Wirtschaft vor Kriegsausbruch in der Ukraine in guter Verfassung**

Stefan Schiman

Die Wirtschaftsleistung in Österreich lag im Februar erneut über dem Vorkrisenniveau. Die Aussichten in den vom vierten Lockdown am stärksten betroffenen Branchen haben sich zuletzt deutlich aufgehellt, vor allem in der Beherbergung und Gastronomie. Die heimische Arbeitslosenquote befindet sich saisonbereinigt auf dem niedrigsten Stand seit Ausbruch der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008, die Zahl der offenen Stellen hat neuerlich einen Höchststand erreicht. Die Inflation stieg zuletzt auf knapp 6% und dürfte aufgrund der Rohstoffpreisschocks im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg noch länger hoch bleiben. Eine mögliche Unterbrechung der russischen Erdgaslieferungen birgt Risiken für bestimmte Bereiche der heimischen Industrie.

Domestic Economy in Good Shape Before Outbreak of War in Ukraine

147 ■ **Konjunkturberichterstattung: Methodische Hinweise und Kurzglossar**

149-150 ■ **Der Wirtschaftshistoriker des WIFO mit breiter Forschungsagenda – Felix Butschek zum 90. Geburtstag**

Karl Aiginger, Ewald Walterskirchen

Felix Butschek war zwischen 1962 und 1997 im WIFO beschäftigt, zunächst als Mitarbeiter für Sozialpolitik und Regionalfragen, später auch als Stellvertretender Leiter des Instituts. Seine sehr breit angelegten Forschungsagenden und seine lebendigen, zeitnahen und durchaus auch kontroversiellen Diskussionsbeiträge haben das Institut und seine Belegschaft stark beeinflusst. Mit der Zeit widmete er sich immer mehr wirtschaftshistorischen Themen und Fragestellungen.

WIFO's Economic Historian with a Broad Research Agenda – Felix Butschek on his 90th Birthday

151-164 ■ **Europäische Wirtschaftspolitik 2021/22. Zwischen Konjunkturerholung und Unsicherheit**

Atanas Pekanov

Die Konjunktur in der EU befand sich 2021 auf Erholungskurs, wurde aber weiterhin durch die hohe Unsicherheit über die weitere Entwicklung der COVID-19-Pandemie geprägt. Maßgeblich für die Konjunkturerholung war die expansive Geld- und Fiskalpolitik in der EU und im Euro-Raum, wo Ende 2021 hohe Inflationsraten verzeichnet wurden. Dieser Beitrag diskutiert drei Hauptthemen der EU-Wirtschaftspolitik 2021/22: die geldpolitische Strategie, die Fiskalregeln und das Instrument "NextGenerationEU". Die kürzlich angepassten geldpolitischen Strategien der Europäischen Zentralbank sowie der Federal Reserve tolerieren kurzfristig höhere Inflationsraten, orientieren sich aber mittelfristig weiterhin am Inflationsziel von 2%. Ausgewählte Vorschläge zur Reform der EU-Fiskalregeln gehen von der deutlich gestiegenen Verschuldung der Mitgliedsländer aus und weisen zugleich auf die strukturelle Reduktion der Gleichgewichtszinssätze hin, die die Schuldenlast verringert. Abschließend wird auf die Aufbau- und Resilienzfazilität (Recovery and Resilience Facility – RRF), das Kernstück von NextGenerationEU, eingegangen. Die RRF befindet sich bereits in der Implementierungsphase und soll in den kommenden Jahren wichtige Investitionen und Reformen unterstützen.

European Economic Policy in 2021-22. Between Economic Recovery and Uncertainty

165-174 ■ **Kräftiger Anstieg der Innovationsausgaben österreichischer Unternehmen im zweiten Jahr der COVID-19-Pandemie**

Andreas Reinstaller

Die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Dezember 2021 zeigen, dass die österreichischen Unternehmen ihre Innovationsausgaben 2021 ausgeweitet haben. Das noch ungünstige wirtschaftliche Umfeld hat aber zu Zurückhaltung bei der Einführung neuer Produkte geführt. Unter der Fortdauer der COVID-19-Krise dürfte 2021 vor allem die Innovationstätigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen gelitten haben.

Strong Increase in Innovation Spending by Austrian Companies in the Second Year of the COVID-19 Pandemic

175-184 ■ **Gesundheitsleistungen und Pflegegeldbezug**

Ulrike Famira-Mühlberger, Christine Mayrhuber, Klaus Nowotny

Dieser Beitrag analysiert auf Basis innovativer Modelle und detaillierter Gesundheitsdaten die Zusammenhänge zwischen den bezogenen Gesundheitsleistungen von älteren Personen und dem Pflegegeldsystem. Der erstmalige Pflegegeldbezug lässt sich relativ gut prognostizieren. Das Alter, stationäre Aufenthalte in Krankenanstalten, Kontakte zu Allgemeinmedizinerinnen und -medizinern sowie die Verschreibung von Heilmitteln für das Nervensystem korrelieren am stärksten mit dem erstmaligen Pflegegeldbezug. Beim Übertritt in eine höhere Pflegegeldstufe zählen die bisherige Pflegegeldstufe, das Alter sowie die Verschreibung von Medikamenten für das Nervensystem zu den wesentlichsten Faktoren. Die bestehende Pflegegeldstufe korreliert stark mit dem Eintritt in stationäre Pflege, ebenso wie die Häufigkeit von Kontakten zu Allgemeinmedizinerinnen und -medizinern sowie das Alter. In einem statistischen Zusammenhang mit der Dauer der Krankenhausaufenthalte von Pflegegeldbeziehenden stehen die zuvor erfolgte Diagnose der essentiellen (primären) Hypertonie sowie rezente Computertomografien. Der Beitrag zieht gesundheitspolitische Schlussfolgerungen aus diesen Erkenntnissen.

Health Care Services and Receipt of Care Allowance

185-196 ■ **Österreichs Standortqualität im Executive Opinion Survey 2021**

Michael Peneder, Alexandros Charos

Der Executive Opinion Survey (EOS) ist eine internationale Umfrage des World Economic Forum zur Standortqualität. In Österreich wurde sie in Zusammenarbeit mit dem WIFO zuletzt von Ende April bis Ende Juni 2021 durchgeführt. Dieser Beitrag fasst die wichtigsten Ergebnisse entlang von vier Dimensionen zusammen: öffentliche Institutionen, öffentliche Güter, Märkte und Unternehmen. Zur Positionsbestimmung werden die Ergebnisse für Österreich mit den Durchschnittswerten dreier Ländergruppen verglichen, die für Österreich besonders relevant sind. Österreich erweist sich insgesamt als attraktiver Standort, bleibt aber bei zahlreichen Indikatoren hinter dem Durchschnitt einer Vergleichsgruppe kleiner offener Volkswirtschaften in der EU zurück.

Austria's Quality as a Business Location in the Executive Opinion Survey 2021

197-209 ■ **Kennzahlen zur Wirtschaftslage**

Economic Indicators

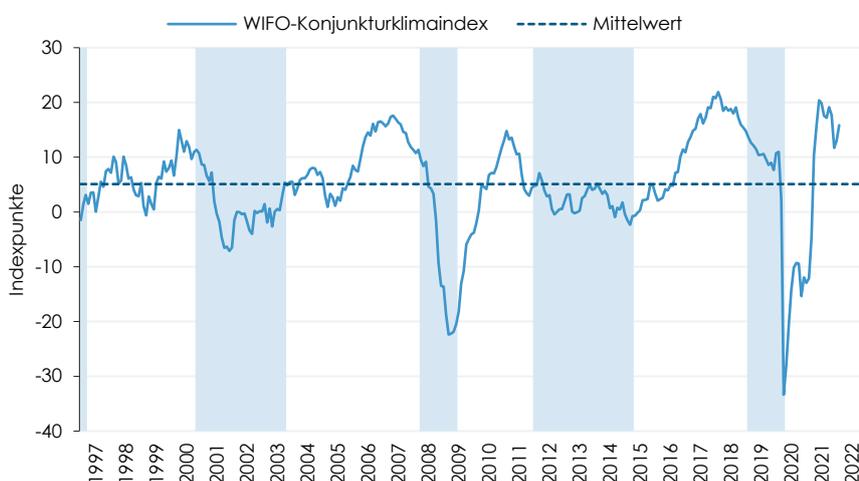
Heimische Wirtschaft vor Kriegsausbruch in der Ukraine in guter Verfassung

Stefan Schiman

- Die Wirtschaftsleistung in Österreich lag im Februar erneut über dem Vorkrisenniveau.
- Die Perspektiven in den vom vierten Lockdown am stärksten betroffenen Branchen haben sich zuletzt deutlich aufgehellt, vor allem in der Beherbergung und Gastronomie.
- Die heimische Arbeitslosenquote befindet sich saisonbereinigt auf dem niedrigsten Stand seit Ausbruch der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008. Die Zahl der offenen Stellen hat neuerlich einen Höchststand erreicht.
- Die Inflation stieg zuletzt auf knapp 6% und dürfte aufgrund der Rohstoffpreisschocks im Zusammenhang mit dem Ukraine-Konflikt noch länger hoch bleiben.
- Eine mögliche Unterbrechung der russischen Erdgaslieferungen birgt Risiken für bestimmte Bereiche der heimischen Industrie.

Stimmung in den heimischen Unternehmen

Saisonbereinigt



"Der kurze vierte Lockdown hat den Aufschwung in Österreich nicht beeinträchtigt. Vor dem Kriegsausbruch in der Ukraine herrschte in allen Branchen Zuversicht."

Die hellblau markierten Bereiche kennzeichnen Abschwungphasen. Der WIFO-Konjunkturklimaindex wird in Indexpunkten zwischen -100 und +100 angegeben. Werte über 0 zeigen ein Überwiegen positiver, Werte unter 0 ein Überwiegen negativer Einschätzungen an (Q: WIFO-Konjunkturtest, Federal Reserve Bank of St. Louis).

Heimische Wirtschaft vor Kriegsausbruch in der Ukraine in guter Verfassung

Stefan Schiman

Heimische Wirtschaft vor Kriegsausbruch in der Ukraine in guter Verfassung

Die Wirtschaftsleistung in Österreich lag im Februar erneut über dem Vorkrisenniveau. Die Aussichten in den vom vierten Lockdown am stärksten betroffenen Branchen haben sich zuletzt deutlich aufgehellt, vor allem in der Beherbergung und Gastronomie. Die heimische Arbeitslosenquote befindet sich saisonbereinigt auf dem niedrigsten Stand seit Ausbruch der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008, die Zahl der offenen Stellen hat neuerlich einen Höchststand erreicht. Die Inflation stieg zuletzt auf knapp 6% und dürfte aufgrund der Rohstoffpreisschocks im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg noch länger hoch bleiben. Eine mögliche Unterbrechung der russischen Erdgaslieferungen birgt Risiken für bestimmte Bereiche der heimischen Industrie.

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturbericht, Konjunkturprognose

Der Konjunkturbericht entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wwadocs/form/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>.

Wissenschaftliche Assistenz: Astrid Czaloun (astrid.czaloun@wifo.ac.at), Christine Kaufmann (christine.kaufmann@wifo.ac.at), Martha Steiner (martha.steiner@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 7. 3. 2022

Kontakt: Stefan Schiman (stefan.schiman@wifo.ac.at)

Domestic Economy in Good Shape Before Outbreak of War in Ukraine

Economic output in Austria was again above the pre-crisis level in February. The prospects in the sectors most affected by the fourth lockdown have recently brightened considerably, especially in accommodation and food services. The domestic unemployment rate, seasonally adjusted, is at its lowest level since the outbreak of the financial market and economic crisis in 2008, and the number of job vacancies has reached a new high. Inflation recently rose to just under 6 percent and is likely to remain high for longer due to commodity price shocks related to the Ukraine war. A possible disruption of Russian natural gas supplies poses risks for certain sectors of domestic industry.

Die österreichische Wirtschaft hat die Auswirkungen des vierten Lockdown rasch überwunden. Das BIP hatte bereits Ende 2021 wieder das Vorkrisenniveau erreicht und gab zu Jahresbeginn 2022 infolge der Omikron-Welle nur vorübergehend etwas nach. Die Wertschöpfung in der Industrie stagniert zwar derzeit aufgrund der teuren Vorprodukte, der Optimismus der Unternehmen ist angesichts der guten Auftragslage jedoch ungebrochen. Im Bereich der Dienstleistungen haben sich vor allem die Aussichten im Tourismus aufgehellt. Zwar wird die aktuelle Lage dort noch mehrheitlich als ungünstig beurteilt, die sich abzeichnende Überwindung der COVID-19-Pandemie und die erfreuliche Buchungslage stimmen die Betriebe jedoch zunehmend zuversichtlich.

Der heimische Arbeitsmarkt befindet sich bereits in einer Phase der Hochkonjunktur. Die Beschäftigung und die Zahl der offenen Stellen haben neue Höchstwerte erreicht und die saisonbereinigte Arbeitslosenquote lag im Februar auf dem niedrigsten Niveau seit Ausbruch der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008. Auch der krisenbedingte Anstieg

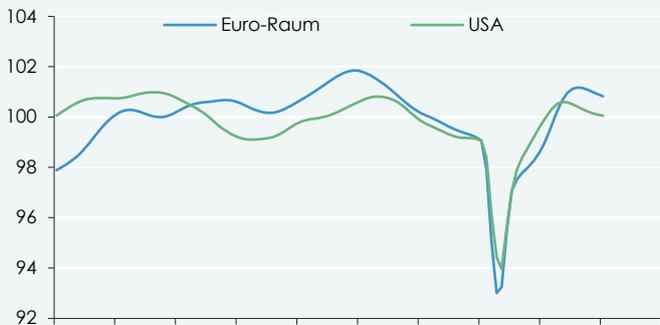
der Langzeitarbeitslosigkeit ist bereits zu 84% wieder abgebaut.

Der Krieg in der Ukraine wird den Aufschwung im Euro-Raum und in Österreich etwas bremsen. Die bereits sehr hohen Rohstoffpreise erhielten dadurch einen neuerlichen Schub, was die Realeinkommen der privaten Haushalte über längere Zeit dämpfen wird. Falls die Liefermengen an russischem Erdgas gedrosselt werden, würde es im Laufe des Jahres zu Produktionsausfällen in einigen Bereichen der Industrie kommen. Unter den heimischen Banken hat nur die Raiffeisen Bank International ein bedeutendes Engagement in Russland. Die Kreditvergabe im Inland dürfte von der Verdrängung Russlands aus dem internationalen Finanzsystem aber nicht wesentlich betroffen sein, da diese im Raiffeisenkonzern über regionale Banken und Landesbanken abgewickelt wird. Der direkte Warenaußenhandel mit Russland hat seit der Krim-Krise und den damit zusammenhängenden Sanktionen abgenommen. Das Handelsvolumen ist mittlerweile gering.

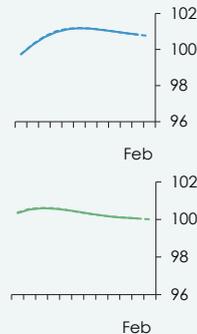
Abbildung 1: Internationale Konjunktur

Saisonbereinigt, 2015 = 100, gleitende Dreimonatsdurchschnitte

Leading indicators – Amplitude



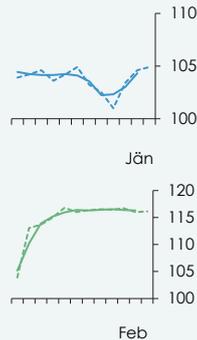
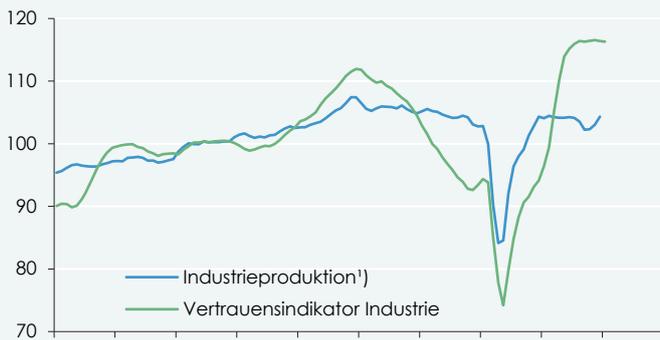
Entwicklung in den letzten 12 Monaten



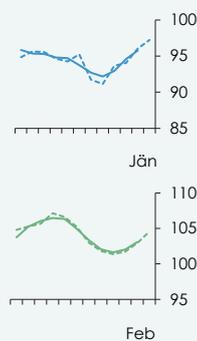
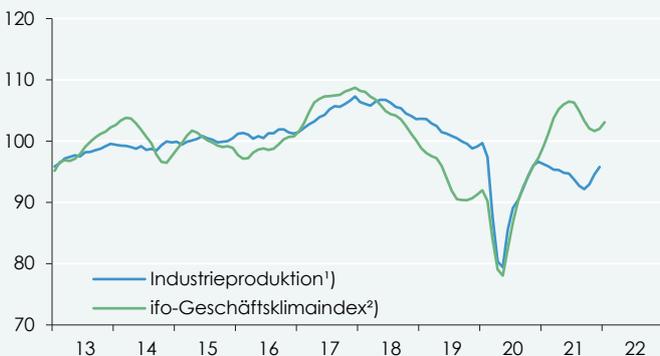
USA



Euro-Raum



Deutschland



Q: Europäische Kommission, Deutsche Bundesbank, ISM (Institute for Supply ManagementTM), ifo (Institut für Wirtschaftsforschung), OECD. – ¹⁾ Produzierender Bereich. – ²⁾ Verarbeitendes Gewerbe.

Für die Zentralbanken stellen die neuerlichen Rohstoffpreisschocks eine große Herausforderung dar. Schon bisher war der kräftige Anstieg der Inflation wesentlich durch ungünstige Angebotschocks getrieben, was eine Straffung der Geldpolitik erschwerte. Durch den Krieg in der Ukraine hat sich das

Dilemma der Zentralbanken, vor allem der EZB, vergrößert. Trotz der weiteren Beschleunigung der Inflation – in Österreich auf voraussichtlich knapp 6% im Februar – könnten die Zentralbanken wieder etwas vom zuletzt eingeschlagenen Straffungskurs abweichen.

1. Ökonomische Effekte des Ukraine-Krieges vielfältig

Die internationalen Sanktionen erzeugen Panik und Kapitalflucht auf dem russischen Finanzmarkt. Die russische Zentralbank verdoppelte den Leitzinssatz und erließ straffe Devisenbestimmungen.

Der Krieg in der Ukraine hat vielfältige ökonomische Auswirkungen. Vor allem die Sanktionsmaßnahmen der internationalen Gemeinschaft und allfällige Gegenmaßnahmen Russlands werden die Weltwirtschaft und die heimische Konjunktur beeinträchtigen. Das von der EU und den USA verhängte Verbot von Geschäften mit der russischen Zentralbank, das die Kriegsfinanzierung Russlands erschweren soll, führt zu einer massiven Störung des russischen Finanzwesens. Der Rubel hat bereits stark an Wert eingebüßt. In Reaktion auf die einsetzende Kapitalflucht erhöhte die russische Zentralbank den Leitzinssatz von 9,5% auf 20%. Zudem wurden russische Unternehmen angewiesen, den Großteil ihrer Fremdwährungsbestände zu veräußern, um die eigene Währung zu stützen.

Die Erdgaslieferungen sind die wichtigste und die einzige gesamtwirtschaftlich bedeutende Komponente des heimischen Außenhandels mit Russland.

Das Einfrieren der Devisenbestände und der Ausschluss russischer Geschäftsbanken aus dem internationalen Zahlungssystem SWIFT werden den Außenhandel zwischen Russland und der EU erheblich beeinträchtigen. Von einer etwaigen Unterbrechung der russischen Erdgaslieferungen wäre Österreichs Wirtschaft überdurchschnittlich stark betroffen. Wie eine Analyse der EZB¹⁾ zeigt, würde ein Rückgang des Erdgasangebotes um 10% die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung im Euro-Raum um etwa 0,7% dämpfen, in Österreich hingegen um 1¼%.

Das Kreditgeschäft der Raiffeisen Bank International in Russland ist zwar umfangreich, das Risiko für die Kreditvergabe in Österreich aber gering.

Während sich eine solche Drosselung oder ein Stopp der Erdgaslieferungen noch nicht unmittelbar abzeichnet, sind die bereits sehr hohen Energierohstoffpreise zuletzt weiter gestiegen. Angesichts der Verflechtungen auf den internationalen Rohstoffmärkten

sind davon alle Länder in gleicher Weise betroffen, unabhängig davon, woher sie Erdgas beziehen. Die höheren Energiekosten wirken sich auch auf die Lebensmittelpreise aus und werden nicht nur den Konsum dämpfen, sondern erneut zu Engpässen in der Versorgung des verarbeitenden Gewerbes mit Vorprodukten führen, insbesondere in der Chemie-, Düngemittel-, Pharma- und Kunststoffindustrie.

Abgesehen von der hohen Abhängigkeit von Erdgasimporten ist die Außenhandelsintensität Österreichs mit Russland gering. Nur rund 1½% der heimischen Güterexporte gehen nach Russland, in der gesamten EU sind es 4%. Den höchsten Anteil der Ausfuhren nach Russland unter den EU-Ländern weisen aufgrund ihrer geografischen Nähe die drei baltischen Länder sowie Finnland auf (jeweils zwischen 5% und 13% der Gesamtexporte).

Was die finanzwirtschaftlichen Verflechtungen betrifft, sind vor allem drei große europäische Banken in Russland tätig: die Raiffeisen Bank International (RBI), die Société Générale und die UniCredit Bank Austria AG. Die RBI hat gemessen an der Bankbilanz das mit Abstand größte Kreditgeschäft in Russland. Während im Fall der Société Générale und der UniCredit Bank Austria AG die ausstehenden Kredite in Russland weniger als 3% der gesamten risikogewichteten Aktiva ausmachen, umfassen sie bei RBI fast 10%. Insgesamt richten sich aber nur 4% der Auslandsforderungen österreichischer Banken an Personen oder Unternehmen in Russland, sodass kein systemisches Risiko für den heimischen Finanzplatz bestehen dürfte.

2. Konjunkturaufhellung in Deutschland vor Ausbruch des Ukraine-Krieges

Vor allem die Lockerungen der COVID-19-Maßnahmen sorgen für eine Verbesserung der Unternehmensstimmung in Deutschland.

Der ifo-Geschäftsklimaindex verzeichnete im Februar einen kräftigen Zuwachs von 2,9 Punkten. Dieser zweite Anstieg in Folge würde unter normalen Umständen mit einer Wahrscheinlichkeit von rund 70% einen Wechsel des konjunkturellen Trends anzeigen. Die Verbesserung sowohl der Lageeinschätzungen als auch – in stärkerem Ausmaß – der Geschäftserwartungen geht vor allem auf die Lockerung der COVID-19-Maßnahmen und deren positive Effekte auf die

Dienstleistungsbranchen zurück. Im deutschen Gastgewerbe war die Stimmung im Februar zum ersten Mal seit Monaten wieder mehrheitlich positiv. Während die deutschen Industriebetriebe nach wie vor von Lieferengpässen berichten und erst mittelfristig mit einer Auflösung dieser Hemmnisse rechnen, sorgt ein neuerlicher Anstieg der Auftragseingänge für anhaltenden Opti-

¹⁾ Siehe https://www.ecb.europa.eu/pub/economic_bulletin/focus/2022/html/ecb.ebbox202201_04-63d8786255.en.html.

mismus²⁾. Allerdings ist die kürzliche Eskalation des Russland-Ukraine-Konfliktes noch

nicht in der ifo-Februarumfrage berücksichtigt.

3. Geldpolitik im Dilemma negativer Angebotsschocks

Die weitere Verknappung und Verteuerung von Rohstoffen aufgrund des Ukraine-Krieges verstärken die bereits bestehenden negativen globalen Angebotsschocks und vergrößern die Herausforderungen für die Geldpolitik im Euro-Raum und in den USA. Solche Schocks, deren Bedeutung für die Inflation bereits vor der Eskalation des Russland-Ukraine-Konfliktes sukzessive zugenommen hatte, wirken preistreibend, dämpfen aber gleichzeitig die Konjunktur. Eine Straffung der Geldpolitik würde für eine zusätzliche Dämpfung sorgen.

In der letzten Sitzung des EZB-Rates am 3. Februar 2022 wurde die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank faktisch noch nicht geändert, in den Ausführungen von Präsidentin Lagarde klang jedoch eine deutliche Besorgnis über die Inflationsaussichten durch. Eine Zinssatzerhöhung im Jahr 2022 wurde nicht mehr – wie noch im Dezember 2021 – als "höchst unwahrscheinlich" bezeichnet. Zudem rückte die EZB von der Einschätzung ab, dass die Inflation im Jahresverlauf 2022 zurückgehen werde.

Die EZB hält noch daran fest, die Anleihenkäufe zu beenden, bevor sie die Zinsen erhöht. Diese sequenzielle Abfolge würde eine Zinssatzerhöhung frühestens gegen Ende 2022 ermöglichen. Dabei ist zu beachten,

dass die Anleihenkäufe und die Zinssteuerung teils unterschiedliche Effekte haben. Während eine Leitzinsänderung auf die kurzfristigen Zinsen abzielt, wirken Anleihenkäufe auf langfristige Renditen und damit auf die Refinanzierungskosten der Staaten. Um die Inflation (und als Nebenfolge die Konjunktur) zu dämpfen und gleichzeitig die Finanzmarktstabilität zu wahren, könnten die kurzfristigen Zinsen erhöht und die langfristigen Renditen niedrig gehalten werden. Um eine solche Abflachung der Zinsstrukturkurve zu erzielen, wäre eine parallele Durchführung von Anleihenkäufen und Zinssatzerhöhungen denkbar.

In den USA dürfte der Leitzinssatz dagegen bereits im März angehoben werden. Das Protokoll zur Sitzung des Federal Open Market Committee (FOMC), des geldpolitischen Entscheidungsgremiums der Federal Reserve, am 25. und 26. Jänner zeigt das große Unbehagen der Mitglieder über den raschen Preisauftrieb. Dieser liegt weiterhin über den Erwartungen, sowohl hinsichtlich der Verbraucher- als auch der Erzeugerpreise. Gleichzeitig geht aus dem Protokoll hervor, dass die FOMC-Mitglieder angesichts der hohen Vermögenspreise darauf achten werden, die Finanzierungsbedingungen nicht unangemessen zu verschärfen.

Die Eskalation des Russland-Ukraine-Konfliktes verstärkt die bereits bestehenden negativen Angebotsschocks in der Weltwirtschaft.

Die Zentralbanken in den USA und im Euro-Raum straffen angesichts der hohen Inflation ihren geldpolitischen Kurs.

4. Heimische Unternehmen weiterhin mehrheitlich optimistisch

Die Stimmung der österreichischen Unternehmen verbesserte sich im Februar, die optimistischen Einschätzungen überwogen. Zu Verbesserungen kam es vorwiegend im Bereich der Dienstleistungen, die sich zunehmend vom vierten Lockdown erholen. Die Befragung wurde allerdings noch vor der Eskalation des Russland-Ukraine-Konfliktes durchgeführt.

In der Sachgütererzeugung war die Stimmung weiterhin besonders positiv, die Auftragslage sehr gut und die Kapazitätsauslastung überdurchschnittlich. Die Unternehmen berichteten mehrheitlich von einem Anstieg der Produktionstätigkeit und der Auftragsbestände im Vergleich zum Vormonat. Für die nächsten Monate rechnen sie mehrheitlich mit weiteren Produktionsausweitungen und mit einer Verbesserung der Geschäftslage. Angesichts der Lieferengpässe und Preis-

erhöhungen bei Vorprodukten geht die Mehrzahl der Sachgüterproduzenten allerdings auch davon aus, in den kommenden Monaten die Verkaufspreise erhöhen zu müssen.

Auch in der heimischen Baubranche herrscht weiterhin ungetrübter Optimismus. Der Anteil der Unternehmen, die keine Produktionshindernisse meldeten, stieg zuletzt leicht (von 31% im Jänner auf 32% im Februar), liegt aber immer noch klar unter dem langjährigen Durchschnitt von knapp 50%. Über einen Mangel an Arbeitskräften als primäres Produktionshindernis klagten 37% der Bauunternehmen, 24% nannten Material- oder Kapazitätsknappheit, wobei dieser Anteil – ähnlich wie in der Sachgütererzeugung – gegenüber dem Hoch im Zeitraum September bis November 2021 (31%) abgenommen hat.

Im Bauwesen ist der Arbeitskräftemangel weiterhin das wichtigste Produktionshindernis, er hat sich durch die Häufung von Quarantäneanordnungen aber nicht verschärft.

²⁾ Laut dem Global Supply Chain Pressure Index der Federal Reserve Bank of New York haben die weltweiten Lieferschwierigkeiten seit dem Höchststand im Dezember 2021 etwas abgenommen, waren im Februar 2022 aber noch immer vergleichsweise hoch (vgl. Benigno, G., di Giovanni, J., Groen, J., & Noble, A.

(2022, 3. März). *Global Supply Chain Pressure Index: March 2022 Update*. Liberty Street Economics. <https://libertystreeteconomics.newyorkfed.org/2022/03/global-supply-chain-pressure-index-march-2022-update>.

Abbildung 2: **Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests**

Indizes der aktuellen Lagebeurteilung und der unternehmerischen Erwartungen, saisonbereinigt



Q: WIFO-Konjunkturtest. Angaben in Indexpunkten (Prozentpunkten) zwischen +100 und -100. Werte über 0 zeigen insgesamt positive, Werte unter 0 negative Erwartungen an.

Im Tourismus erholten sich die unternehmerischen Erwartungen zuletzt kräftig. Mehrheitlich herrscht wieder Zuversicht.

Das BIP kletterte im Februar aufgrund der Erholung im Tourismus wieder über das Vorkrisenniveau.

Im Einzelhandel haben sich die unternehmerischen Erwartungen nach dem kräftigen Rebound im Vormonat im Februar wieder etwas eingetrübt. Der entsprechende Index liegt nun im langjährigen Durchschnitt. Der Index der Lagebeurteilungen notiert hingegen weiterhin deutlich darunter. Dies gilt auch für den Bereich Beherbergung und Gastronomie. Dort überwiegen zwar klar die pessimistischen Einschätzungen zur aktuellen Lage, die Stimmung hat sich jedoch seit der letzten Erhebung im Jänner etwas verbessert. Zudem sind die Einschätzungen optimistischer als im Nachgang früherer Lockdowns und eher vergleichbar mit der Stimmung im Sommer 2020. Deutlich aufgehellt haben sich im Tourismus zudem die unternehmerischen Erwartungen. Diese waren im Februar sogar mehrheitlich positiv, was zuletzt im Sommer 2021 der Fall gewesen war. Alles in allem deuten die Rückmeldungen im Bereich Beherbergung und Gastronomie auf eine raschere Erholung als im Frühjahr der letzten beiden Jahre.

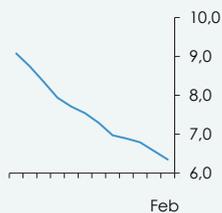
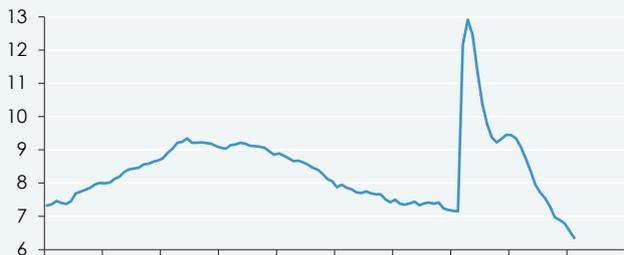
Im Februar (Kalenderwochen 5 bis 8) verbesserte sich die gesamtwirtschaftliche Aktivität leicht. Nach vorläufiger Berechnung stieg der BIP-Indikator (WWVI) bis zur Kalenderwoche 8 an und lag zuletzt um 0,7% über dem Vorkrisenniveau (Durchschnittswoche im Jahr 2019), nachdem er in der letzten Jännerwoche (Kalenderwoche 4) noch um 0,1% darunter gelegen war. Diese Verbesserung geht vor allem auf die höhere Wertschöpfung im Bereich der touristischen Dienstleistungen zurück. In der Beherbergung und Gastronomie lag die wirtschaftliche Aktivität in der Kalenderwoche 8 um nur noch gut 2% unter dem Vorkrisenniveau, nach -22% Mitte Jänner. Aber auch im Handel nahm die Wertschöpfung seit Ende Jänner leicht zu. In den sonstigen Dienstleistungen, die u. a. persönliche Dienstleistungen enthalten, betrug der Zuwachs seit Mitte Jänner fast 7 Prozentpunkte.

Abbildung 3: **Wirtschaftspolitische Eckdaten**

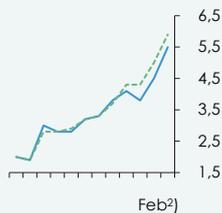
Unselbständig aktiv Beschäftigte¹⁾, in 1.000, saisonbereinigt



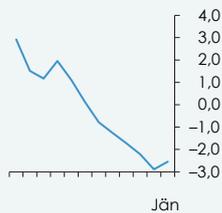
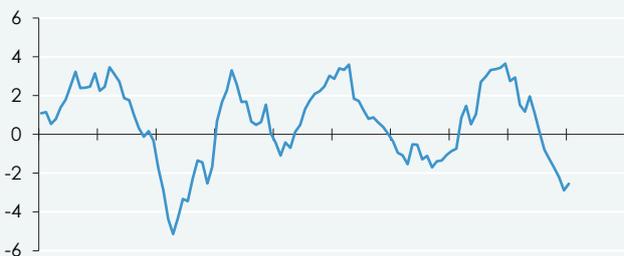
Arbeitslosenquote, in % der unselbständigen Erwerbspersonen, saisonbereinigt



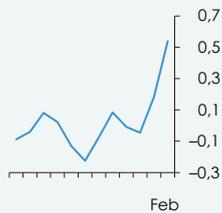
Inflationsrate, in %



Effektiver Wechselkurs, real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Sekundärmarkttrendite für 10-jährige Bundesanleihen, in %



Q: Arbeitsmarktservice Österreich, Dachverband der Sozialversicherungsträger, OeNB, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrehtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung. – ²⁾ Gemäß Schnell-schätzung von Statistik Austria.

5. Verteuerung von Rohstoffen treibt die Verbraucherpreise

Der Anstieg der Verbraucherpreise in Österreich betrug im Jänner 5,0% (bzw. 4,5% laut HVPI³⁾). Hauptsächlicher Preistreiber war abermals der Bereich Verkehr (+11,3%) und hier insbesondere Treibstoffe, die um knapp 30% teurer waren als im Vorjahr. Im Bereich Wohnen verteuerten sich Elektrizität, Gas und andere Brennstoffe empfindlich (+16,4%). Insgesamt war Energie um etwa 23% teurer als im Jänner 2021 und trug 1,7 Prozentpunkte zur Gesamtinflation bei. Die kräftige Teuerung hängt also weiterhin eng mit dem starken Anstieg der Rohstoffpreise zusammen.

Nur mehr knapp ein Drittel der Teuerung geht auf Dienstleistungen zurück, gut ein Drittel auf Energie.

Neben der Verteuerung von Rohstoffen schlägt sich auch die Knappheit an Vor- und Zwischenprodukten in der heimischen Inflation nieder. So verteuerte sich infolge der anhaltenden Knappheit an Baumaterial die Instandhaltung und Reparatur von Wohnungen im Jänner um 8,9%. Fahrzeuge waren

zuletzt um 8,7% teurer als im Vorjahr, da der Halbleitermangel die Kfz-Produktion nach wie vor stark beeinträchtigt. Insgesamt trugen Industriegüter im Jänner gut 1 Prozentpunkt zum Preisauftrieb bei.

Im Bereich der Dienstleistungen lieferten die Bewirtungsdienstleistungen erneut einen hohen Inflationsbeitrag von 0,64 Prozentpunkten; dies entspricht einem Preisanstieg um +5,7% gegenüber dem Vorjahr. Ein anderer langjähriger Preistreiber verbilligte sich im Jänner abermals: Wohnungsmieten waren um 2,2% günstiger als im Vorjahr und drückten die Gesamtinflationsrate um 0,13 Prozentpunkte. Nur mehr knapp ein Drittel (31%) der Teuerung geht auf Dienstleistungen zurück, gut ein Drittel (34%) auf Energie. Zum Vergleich: Im Jänner 2019 waren 60% der Inflation den Preisen für Dienstleistungen und nur 11% den Energiepreisen geschuldet.

6. Arbeitslosenquote auf dem niedrigsten Stand seit Ausbruch der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008

Die saisonbereinigte Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten lag im Februar mit 3,82 Mio. bereits um 66.000 bzw. 1,8% über dem Vorkrisenniveau von Februar 2020. Aufgrund der Inanspruchnahme von Kurzarbeit wirkte sich der vierte Lockdown kaum negativ auf den Beschäftigtenbestand aus.

Der Stellenandrang geht auf niedrigem Niveau weiter zurück. Darin spiegelt sich die zunehmende Arbeitskräfteknappheit.

Die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen tendierte während des vierten Lockdown sogar weiter abwärts und lag im Februar mit 265.100 um 29.400 unter dem Vorkrisenwert vom Februar 2020. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote von 6,4% markiert den niedrigsten Stand seit Ausbruch der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise Ende 2008. Die saisonbereinigte Zahl der Personen in Schulung war in den letzten Monaten noch tendenziell höher als vor der COVID-19-Krise. Doch auch die

erweiterte Arbeitslosigkeit (Arbeitslose einschließlich Personen in Schulungen) lag im Februar bereits um 20.600 Personen unter dem Vorkrisenniveau.

Der saisonbereinigte Bestand an offenen Stellen erreichte im Februar einen neuen Höchstwert von rund 127.000. Der Stellenandrang, also die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen je offene Stelle, sank damit auf 2,1. Die Stellenandrangsziffer liegt bereits seit Juni 2021 unter dem Vorkrisenwert von 3,7 (Februar 2020). Von der intensiven Suche nach Arbeitskräften profitieren verstärkt auch langzeitbeschäftigungslose Arbeitslose. Ihre Zahl ist zwar noch um 8.300 höher als im Februar 2020, ist aber seit dem Höchststand im April 2021 bereits um 42.800 gesunken.

³⁾ Die Schnellschätzung für Februar 2022 ergibt eine Beschleunigung der Inflation auf 5,9% (laut HVPI 5,5%).

Methodische Hinweise und Kurzglossar

Die laufende Konjunkturberichterstattung gehört zu den wichtigsten Produkten des WIFO. Um die Lesbarkeit zu erleichtern, werden ausführliche Erläuterungen zu Definitionen und Fachbegriffen nach Möglichkeit nicht im analytischen Teil gebracht, sondern im vorliegenden Glossar zusammengefasst.

Rückfragen: astrid.czaloun@wifo.ac.at, christine.kaufmann@wifo.ac.at, martha.steiner@wifo.ac.at

Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleiche gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, werden um jahreszeitlich bedingte Effekte bereinigt. Dies schließt auch die Effekte ein, die durch eine unterschiedliche Zahl von Arbeitstagen in der Periode ausgelöst werden (etwa Ostern).

Die Formulierung "veränderte sich gegenüber dem Vorjahr . . ." beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und arbeitstägig bereinigten Entwicklung liefert genauere Informationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Saisonbereinigung auf statistischen Methoden beruht.

Wachstumsüberhang

Der Wachstumsüberhang bezeichnet den Effekt der Dynamik im unterjährigen Verlauf (in saisonbereinigten Zahlen) des vorangegangenen Jahres (t_0) auf die Veränderungsrate des Folgejahres (t_1). Er ist definiert als die Jahresveränderungsrate des Jahres t_1 , wenn das BIP im Jahr t_1 auf dem Niveau des IV. Quartals des Jahres t_0 (in saisonbereinigten Zahlen) bleibt.

Durchschnittliche Veränderungsrate

Die Zeitangabe bezieht sich auf Anfangs- und Endwert der Berechnungsperiode: Demnach beinhaltet die durchschnittliche Rate 2005/2010 als 1. Veränderungsrate jene von 2005 auf 2006, als letzte jene von 2009 auf 2010.

Reale und nominelle Größen

Die ausgewiesenen Werte sind grundsätzlich real, also um Preiseffekte bereinigt, zu verstehen. Werden Werte nominell ausgewiesen (z. B. Außenhandelsstatistik), so wird dies eigens angeführt.

Produzierender Bereich

Diese Abgrenzung schließt die NACE-2008-Abschnitte B, C und D (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Herstellung von Waren, Energieversorgung) ein und wird hier im internationalen Vergleich verwendet.

Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate misst die Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr. Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preis-

stabilität innerhalb der Euro-Zone (siehe auch <http://www.statistik.at/>).

Die Kerninflation als Indikator der Geldpolitik ist nicht eindeutig definiert. Das WIFO folgt der gängigen Praxis, für die Kerninflation die Inflationsrate ohne die Gütergruppen unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie zu verwenden. So werden über 87% der im österreichischen Warenkorb für den Verbraucherpreisindex (VPI 2020) enthaltenen Güter und Dienstleistungen in die Berechnung der Kerninflation einbezogen.

WIFO-Konjunkturtest und WIFO-Investitionsbefragung

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von rund 1.700 österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage. Die WIFO-Investitionsbefragung ist eine halbjährliche Befragung von Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests (<https://www.konjunkturtest.at>). Die Indikatoren sind Salden zwischen dem Anteil der positiven und jenem der negativen Meldungen an der Gesamtzahl der befragten Unternehmen gewichtet nach Beschäftigten.

Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot der Unselbständigen. Das Arbeitskräfteangebot ist die Summe aus Arbeitslosenbestand und unselbständig Beschäftigten (gemessen in Standardbeschäftigungsverhältnissen). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Dachverband der Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat: Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbständig oder unselbständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildienstler. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

Begriffe im Zusammenhang mit der österreichischen Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen: Personen, die sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen befinden. Für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird ihre Zahl weder im Nenner noch im Zähler berücksichtigt.

Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den "unselbständig Beschäftigten" zählen auch Personen in aufrechter Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der "unselbständig aktiv Beschäftigten".

Die WIFO Research Briefs präsentieren kurze wirtschaftspolitische Diskussionsbeiträge sowie kurze Zusammenfassungen von Forschungsarbeiten des WIFO. Sie werden unter Einhaltung der Richtlinien der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität (ÖAWI) zur Guten Wissenschaftlichen Praxis und der wissenschaftlichen Politikberatung verfasst und dienen der Erhöhung der nationalen und internationalen Sichtbarkeit der WIFO-Forschungsergebnisse.

8/2022 **Flüchtlinge aus der Ukraine. Erwartete Entwicklung und Herausforderungen**

Julia Bock-Schappelwein, Peter Huber

Auf Basis bisher bekannter Ergebnisse sowie vorliegender Studien des WIFO zu früheren Zuwanderungs- und Flüchtlingswellen werden die weitere Entwicklung der Fluchtbewegungen aus der Ukraine nach Österreich sowie die daraus resultierenden Herausforderungen diskutiert. Österreich sollte zwar nicht primäres Zielland dieser Fluchtbewegung werden, dennoch ist angesichts des Umfangs der bisherigen Flüchtlingszahlen zu erwarten, dass die Zahl der Flüchtlinge aus der Ukraine in den nächsten Wochen weiter deutlich ansteigt. Die zentrale daraus entstehende Herausforderung besteht darin, die für die Betreuung der Flüchtlinge notwendigen Voraussetzungen in den Bereichen Wohnen, Schule, Gesundheit und Arbeit sicherzustellen.

März 2022 • <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/69457>

Frühere Ausgaben

7/2022 **What is Driving the EU ETS Carbon Price?**

Angela Köppl, Stefan Schleicher (WIFO), Jean-Yves Caneill (European Roundtable on Climate Change and Sustainable Transition)

März 2022 • <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/69454>

6/2022 **Stark steigende Energiepreise – Optionen für eine Entlastung von Haushalten und Unternehmen**

Josef Baumgartner, Gabriel Felbermayr, Claudia Kettner, Angela Köppl, Daniela Kletzan-Slamanig, Simon Loretz, Margit Schratzenstaller

März 2022 • <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/69453>

5/2022 **Arbeitsangebot in der COVID-19-Krise und Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern in Österreich**

René Böheim, Marian Fink, Christine Zulehner

März 2022 • <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/69433>

4/2022 **Automatisches Pensionssplitting wird Altersarmut der Frauen kaum reduzieren können**

Christine Mayrhuber

März 2022 • <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/69434>

3/2022 **Kurzanalyse zu den Entwicklungen in der Ukraine-Krise. Auswirkungen auf Österreich und die EU**

Josef Baumgartner, Elisabeth Christen, Gabriel Felbermayr, Peter Huber, Stefan Schiman, Thomas Url

Februar 2022 • <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/69423>

2/2022 **Tourismusanalyse 2021: Gästenächtigungen auf dem Niveau von 1970. Trotz rasant steigender COVID-19-Infektionszahlen positive Bilanz für Weihnachtstourismus 2021**

Oliver Fritz, Anna Burton

Februar 2022 • <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/69333>

1/2022 **Beschäftigung 2021: nicht alle Branchen konnten von der guten Entwicklung profitieren**

Julia Bock-Schappelwein, Ulrike Famira-Mühlberger

Jänner 2022 • <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/69291>

Kostenloser Download: https://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo_research_briefs

Der Wirtschaftshistoriker des WIFO mit breiter Forschungsagenda – Felix Butschek zum 90. Geburtstag

Karl Aiginger, Ewald Walterskirchen

Der Wirtschaftshistoriker des WIFO mit breiter Forschungsagenda – Felix Butschek zum 90. Geburtstag

Felix Butschek war zwischen 1962 und 1997 im WIFO beschäftigt, zunächst als Mitarbeiter für Sozialpolitik und Regionalfragen, später auch als Stellvertretender Leiter des Institutes. Seine sehr breit angelegten Forschungsagenden und seine lebendigen, zeitnahen und durchaus auch kontroversiellen Diskussionsbeiträge haben das Institut und seine Belegschaft stark beeinflusst. Mit der Zeit widmete er sich immer mehr wirtschaftshistorischen Themen und Fragestellungen.

Kontakt: Felix Butschek (felix.butschek@wifo-pens.ac.at), Karl Aiginger (karl.aiginger@wifo.ac.at), karl.aiginger@europaplattform.at), Ewald Walterskirchen (ewald.walterskirchen@wifo.ac.at)

WIFO's Economic Historian with a Broad Research Agenda – Felix Butschek on his 90th Birthday

Felix Butschek was employed at WIFO between 1962 and 1997, initially as a staff member for social policy and regional issues, and later also as Deputy Director of the Institute. His very broad research agendas and his lively, timely and quite controversial contributions to the discussions had a strong influence on the institute and its staff. Over time, he devoted himself more and more to economic-historical topics and issues.

Felix Butschek wurde 1932 in Brünn geboren. Seine Familie lebte dort als deutsche Minderheit in geschlossenem deutschem Umfeld. Der Vater war Direktor der deutschen Sektion der Pensionsversicherungsanstalt in Brünn. Die Familie wanderte 1945 – rechtzeitig vor der Vertreibung der Sudetendeutschen – nach Österreich aus und fand in Graz ihre neue Heimat. Felix Butschek besuchte dort das Gymnasium und studierte Rechtswissenschaften an der Grazer Universität, wo er 1954 promovierte.

Im ersten Jahrzehnt seiner beruflichen Laufbahn widmete sich Felix Butschek politischen Fragen, vor allem dem Verhältnis von Sozialdemokratie und Kirche. Er arbeitete 1955 bis 1962 im Sozialministerium, kurze Zeit war er auch Sekretär von Bundespräsident Adolf Schärf. Sein besonderes Interesse galt der politischen Diskussion und dem Journalismus. Er hatte Kontakt zum Schriftsteller Friedrich Torberg und zu Günther Nanning, dem Herausgeber des "Forum". Butschek schrieb für die "Zukunft", das "Forum", die "Furche" und viele andere Publikationsorgane. In seinen Artikeln für die "Furche" wollte er vor allem Sozialdemokratie und Kirche einander näher bringen. Ebenso wie Bundeskanzler Kreisky und Kardinal König hielt er die Trennung von Kirche und Sozialdemokratie für überholt.

Seine öffentlichkeitswirksamen, journalistischen Aktivitäten waren schwer mit seiner Beamten-tätigkeit in Einklang zu bringen. So

bewarb er sich 1962 am WIFO und wurde dort als Referent für Arbeitsmarkt und Soziales aufgenommen. Im Laufe der Zeit weitete er sein Tätigkeitsfeld auf die regionale Wirtschaft und die Wirtschaftsgeschichte aus. Auch am WIFO schrieb er weiter viele kämpferische Artikel für die "Presse", die "Finanznachrichten", die "Wirtschaftspolitischen Blätter" und andere Zeitschriften. Mit Otto Schulmeister und Thomas Chorherr von der "Presse" hatte er regen Kontakt. Die hitzigen Diskussionen mit einigen 1968ern im WIFO-Kollegium gaben ihm genügend Zündstoff für zahlreiche Kolumnen. Er war kein Teamworker, auch seine wissenschaftlichen Artikel schrieb er fast immer allein. Aber ohne persönliche Anstöße wäre seine pointierte Meinung nie so fundiert geworden. Kontroversen hat er nie gescheut und auch nicht persönlich genommen.

Felix Butschek arbeitete am SPÖ-Wirtschaftsprogramm "Leistung, Aufstieg und Sicherheit" mit, das Ende der 1960er-Jahre maßgeblich zum Aufwind der SPÖ unter Bruno Kreisky beitrug. Der Tenor war: Eine gute Wirtschaftspolitik ist die beste Sozialpolitik. Am WIFO verfasste Butschek die Arbeitsmarktprognosen für das Sozialministerium, leitete eine Arbeitsgruppe des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen und hatte gute Kontakte zur OECD. Er verfasste die Migrationsberichte für die OECD und nahm an den OECD-Tagungen in Paris teil. Schon früh zeigten sich Butscheks historische Interessen: Im Jahr 1978 erschien

sein Buch "Die österreichische Wirtschaft 1938 bis 1945" – gleichzeitig seine Habilitationsschrift. In den 1970er-Jahren gab Butschek gemeinsam mit Hans Seidel und Helmut Kramer einige Sammelwerke zur Wirtschaftsentwicklung heraus, die im Gustav Fischer Verlag erschienen. In dieser Zeit wurde die "Neue Linke" zu seinem großen politischen Feindbild, das in vielen seiner Zeitungsartikel auftauchte. Er wurde auch immer mehr zum Verteidiger des Wirtschaftswachstums, was er in seinem Buch "Wirtschaftswachstum. Eine Bedrohung?" auf den Punkt brachte.

Im Jahr 1981 übernahm Helmut Kramer die Leitung des Institutes von Hans Seidel, Felix Butschek wurde Stellvertretender Leiter. Auf wissenschaftlicher Ebene verschob sich sein Interessenschwerpunkt zur Institutionenökonomie und zu wirtschaftshistorischen Themen. Er sah die Institutionenökonomie als Alternative zur Neoklassik, welche die Rolle der Institutionen unterschätzte. Die spätere Wachstumspolitik gab ihm Recht.

Sein Buch "Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert" erschien im Jahr 1985. Wie in den meisten seiner Bücher lag auch hier der Schwerpunkt auf der jüngsten Entwicklung. Butschek dehnte aber seine Forschungen sukzessive immer weiter in die Vergangenheit aus. In den 1990er-Jahren schrieb er Artikel zum Umbruch im Osten, zu den aktuellen Problemen der österreichischen Pensionsversicherung und zu zahlreichen anderen Themen. Sein Buch "Der österreichische Arbeitsmarkt – von der Industrialisierung bis zur Gegenwart" wurde im Jahr 1992 veröffentlicht.

Die Pensionierung im Jahr 1997 bedeutete für Felix Butschek keine große Zäsur. Er rechnete es dem WIFO hoch an, dass es interes-

sierten "Pensionisten" einen Schreibtisch und die Infrastruktur des Hauses zur Verfügung stellte. Butschek kam ebenso wie Hans Seidel und Josef Steindl in der Pension fast täglich ans WIFO. Kurt Rothschild, Gunther Tichy, Ewald Walterskirchen und Alois Guger kamen einmal pro Woche als Diskutanten hinzu. Damit setzte für Butschek eine besonders produktive Periode ein.

Im Jahr 2002 erschien sein Hauptwerk "Europa und die industrielle Revolution", in dem er die Ursachen der industriellen Revolution bis in die Antike zurückverfolgte. Er sah die Individualisierung und Demokratie in Griechenland sowie das hochentwickelte Rechtssystem in der römischen Antike als wichtige Voraussetzungen für die Industrialisierung in Europa an. Dieses Buch wurde mit neuem Vorwort und anderem Titel: "Industrialisierung, Verlauf, Konsequenzen" als UTB-Taschenbuch veröffentlicht.

Sein Arbeitsleben ist noch immer nicht zu Ende. Soeben hat Felix Butschek gemeinsam mit Gunther Tichy und Ewald Walterskirchen ein Buch zur "Geschichte des WIFO" fertiggestellt, das im Frühjahr 2022 im Böhlau Verlag erscheint.

Die WIFO-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter sowie die WIFO-Pensionistinnen und -Pensionisten wünschen Felix Butschek alles Gute zu seinem 90. Geburtstag. Es war und ist nicht immer leicht, aber immer produktiv, mit ihm zu diskutieren. Seine Positionen waren immer kontroversiell, Freundschaften mit den WIFO-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern haben darunter aber nie gelitten. Butscheks ganzer Stolz liegt in der Ausstattung seiner Innenstadtwohnung mit originalen Biedermeier- und Barockmöbeln – wie es sich eben für einen Historiker geziemt, der seine Freizeit gern in Antiquitätenläden verbringt.

1. Literaturhinweise

Butschek, F. (1978). *Die österreichische Wirtschaft 1938 bis 1945*. Gustav Fischer Verlag.

Butschek, F. (1985). *Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert*. Gustav Fischer Verlag.

Butschek, F. (1992). *Der österreichische Arbeitsmarkt – von der Industrialisierung bis zur Gegenwart*. Lucius & Lucius.

Butschek, F. (2002). *Europa und die Industrielle Revolution*. Böhlau Verlag.

Butschek, F. (2011). *Österreichische Wirtschaftsgeschichte – von der Antike bis zur Gegenwart*. Böhlau Verlag.

Butschek, F. (2016). *Wirtschaftswachstum. Eine Bedrohung?* Böhlau Verlag.

Europäische Wirtschaftspolitik 2021/22

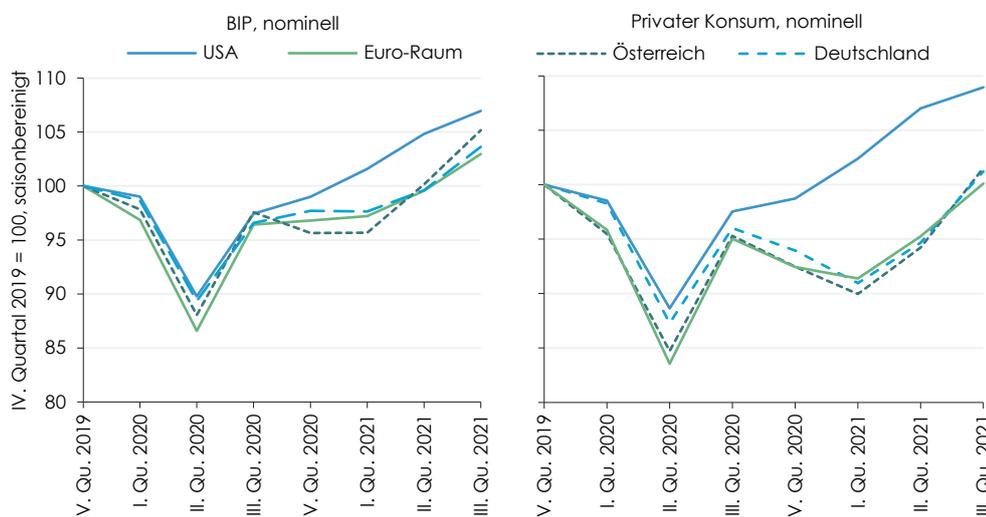
Zwischen Konjunkturerholung und Unsicherheit

Atanas Pekanov

- Die Haupttreiber der Konjunkturbelebung im Jahr 2021 waren großzügige fiskal- und geldpolitische Impulse.
- 2021 verabschiedete die EZB eine neue geldpolitische Strategie; sie sieht mittelfristig ein symmetrisches Inflationsziel von 2% vor. Dies bedeutet, dass positive und negative Abweichungen von diesem Ziel gleichermaßen unerwünscht sind.
- Die Aufbau- und Resilienzfazilität (Recovery and Resilience Facility – RRF) wurde 2021 endgültig von allen EU-Mitgliedsländern ratifiziert. Die bei der EU-Kommission eingereichten Aufbau- und Resilienzpläne wurden großteils bereits genehmigt. Somit befindet sich dieses wichtige und einzigartige EU-Instrument zur Unterstützung der Erholung von der COVID-19-Krise bereits in Umsetzung.
- Für 2022 steht u. a. eine Reform des EU-Stabilitäts- und Wachstumspaktes zur Diskussion, um die Fiskalregeln effizienter und einfacher zu gestalten. Den Hintergrund bilden die erhöhten Budgetdefizite und Schuldenstände der Mitgliedsländer bei zugleich reduziertem Zinsaufwand.

Unterschiede in der Wirtschaftserholung zwischen den USA und dem Euro-Raum

Entwicklung des BIP bzw. des privaten Konsums in der COVID-19-Krise



Die höhere Erholungsdynamik in den USA war vor allem eine Folge der rasanten Erholung des privaten Konsums, der rasch auf das Vorkrisenniveau zurückfand – anders als im Euro-Raum (Q: Macrobond, OECD).

"Die hohen Inflationsraten, aber auch die Notwendigkeit eines vorsichtigen Ausstiegs aus der lockeren Geldpolitik stellen 2022 eine Herausforderung für die Zentralbanken dar. Die Entwicklung der Inflation und vor allem die Inflationserwartungen werden entscheidend dafür sein, wie rasch die Zinssätze angehoben werden."

Europäische Wirtschaftspolitik 2021/22

Zwischen Konjunkturerholung und Unsicherheit

Atanas Pekanov

Europäische Wirtschaftspolitik 2021/22. Zwischen Konjunkturerholung und Unsicherheit

Die Konjunktur in der EU befand sich 2021 auf Erholungskurs, wurde aber weiterhin durch die hohe Unsicherheit über die weitere Entwicklung der COVID-19-Pandemie geprägt. Maßgeblich für die Konjunkturerholung war die expansive Geld- und Fiskalpolitik in der EU und im Euro-Raum, wo Ende 2021 hohe Inflationsraten verzeichnet wurden. Dieser Beitrag diskutiert drei Hauptthemen der EU-Wirtschaftspolitik 2021/22: die geldpolitische Strategie, die Fiskalregeln und das Instrument "NextGenerationEU". Die kürzlich angepassten geldpolitischen Strategien der Europäischen Zentralbank sowie der Federal Reserve tolerieren kurzfristig höhere Inflationsraten, orientieren sich aber mittelfristig weiterhin am Inflationsziel von 2%. Ausgewählte Vorschläge zur Reform der EU-Fiskalregeln gehen von der deutlich gestiegenen Verschuldung der Mitgliedsländer aus und weisen zugleich auf die strukturelle Reduktion der Gleichgewichtszinssätze hin, die die Schuldenlast verringert. Abschließend wird auf die Aufbau- und Resilienzfazilität (Recovery and Resilience Facility – RRF), das Kernstück von NextGenerationEU, eingegangen. Die RRF befindet sich bereits in der Implementierungsphase und soll in den kommenden Jahren wichtige Investitionen und Reformen unterstützen.

European Economic Policy in 2021-22. Between Economic Recovery and Uncertainty

The EU economy was on the road to recovery in 2021, but continued to be shaped by high uncertainty about the further development of the COVID-19 pandemic. Key to the economic recovery was expansionary monetary and fiscal policy in the EU and euro area, which was characterised by high inflation rates toward the end of 2021. This paper discusses three main themes of EU economic policy in 2021-22: the monetary policy strategy review, the future of fiscal rules and the implementation of the NextGenerationEU instrument. The recently adjusted monetary policy strategies of the European Central Bank as well as the Federal Reserve tolerate higher inflation rates in the short term, but remain oriented toward the 2 percent inflation target in the medium term. Selected proposals for reforming EU fiscal rules take as their starting point the significant increase in member countries' indebtedness while pointing to the secular reduction in equilibrium interest rates that reduces the debt burden. Finally, the paper discusses the Recovery and Resilience Facility (RRF), the centerpiece of NextGenerationEU. The RRF is already in the implementation phase and is expected to lead to important investments and reforms in the coming years.

JEL-Codes: E60, F01, G01, H12 • **Keywords:** Fiskalpolitik, Geldpolitik, COVID-19, Wirtschaftskrise

Begutachtung: Serguei Kaniovski, Margit Schratzenstaller • **Wissenschaftliche Assistenz:** Ursula Glauninger (ursula.glauninger@wifo.ac.at), Cornelia Schobert (cornelia.schobert@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 4. 3. 2022

Kontakt: Atanas Pekanov (atanas.pekanov@wifo.ac.at)

1. Konjunkturmaßnahmen und -erholung

Fiskal- und geldpolitische Impulse in den meisten EU-Mitgliedsländern waren 2021 die wichtigsten Faktoren der Konjunkturbelebung.

Das Jahr 2021 wurde hauptsächlich durch die COVID-19-Pandemie geprägt. Während die ersten Monate weiterhin von behördlichen Eindämmungsmaßnahmen begleitet wurden, folgte im Spätherbst und Sommer (II. und III. Quartal 2021) weltweit und in der EU eine wirtschaftliche Erholungsphase mit hohen BIP-Wachstumsraten, die teilweise durch Basiseffekte aufgrund der niedrigen Wirtschaftsaktivität im Vorjahr zu erklären sind. Obwohl im Herbst infolge der Delta- und Omikron-Varianten des SARS-CoV-2-Virus die Neuinfektionen wieder deutlich anstiegen und in einigen europäischen Ländern erneut restriktive COVID-19-Maßnahmen gesetzt wurden, wirkten sich diese vergleichsweise weniger dämpfend auf die Konjunktur aus als in der Vergangenheit.

Die Haushaltsdefizite der EU-Mitgliedsländer lagen 2021 voraussichtlich bei –6,6% des BIP (EU-Durchschnitt; Europäische Kommission, 2021a) und damit deutlich über der festgelegten Grenze von 3% (Maastricht-Kriterien). Die öffentlichen Defizite wurden aufgrund zahlreicher einzelstaatlicher Maßnahmen zur Unterstützung der Unternehmen und der privaten Haushalte ausgeweitet. Einige Mitgliedsländer erhielten 2021 bereits erste Zahlungen im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität. Auch die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank war weiterhin expansiv: Der Umfang des EZB-Anleihenankaufprogrammes (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP) wurde auf ein Rekordvolumen von 1.850 Mrd. € ausgeweitet.

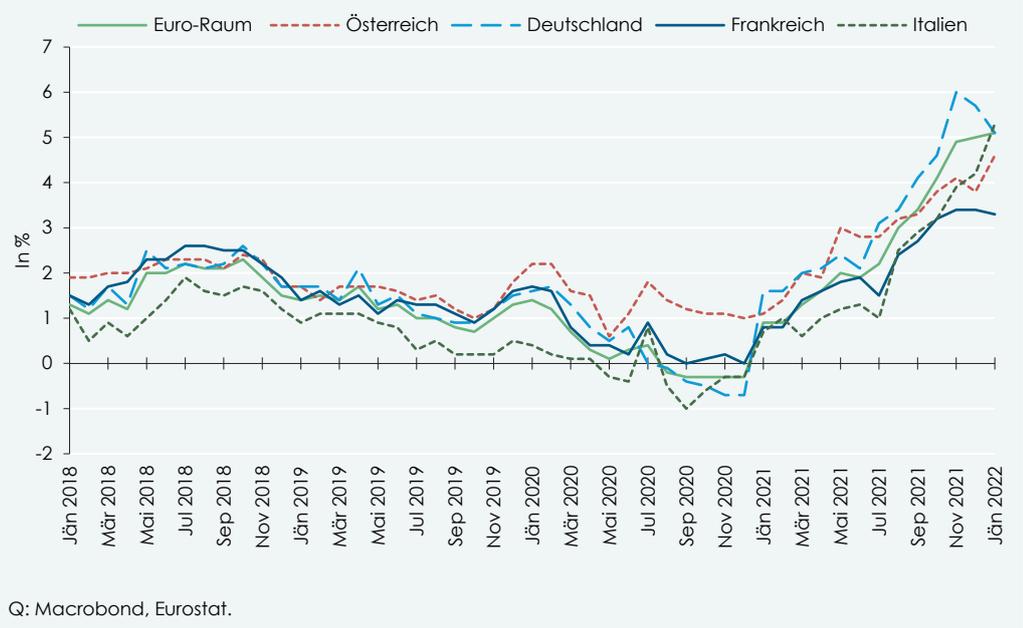
Ende 2021 verzeichneten die meisten Euro- und EU-Länder Inflationsraten weit über dem 2%-Ziel der EZB¹⁾ (Abbildung 1). Die Gründe dafür waren die Lockdown-bedingten Basis-effekte von 2020 auf 2021, eine deutliche Konjunkturerholung begleitet von relativ niedrigen Arbeitslosenquoten, der enorme Anstieg der Energiepreise (bei hoher Volatilität) sowie die expansive Geldpolitik der Zentralbanken. Getrieben von der kräftigen Erholung in Asien und einer hohen Nachfrage nach Flüssiggas sowie der geopolitischen Unsicherheit und den Spannungen zwischen Russland und Europa verteuerte sich vor allem Energie (Abbildung 2). Darüber hinaus war in der COVID-19-Krise eine deutliche Verschiebung im Konsumverhalten der privaten Haushalte von den Dienstleistungen zu den Waren beobachtbar. Der Anstieg der Ausgaben für Waren führte in Verbindung mit Problemen in den Lieferketten zu einem erheblichen Druck auf die Warenpreise. Auch wenn hierin in erster Linie der Anstieg der Nachfrage zum Ausdruck kam, kann eine solche Verschiebung der Gesamtnachfrage einen Inflationsdruck auslösen, der mit dem Effekt von Angebotsschocks vergleichbar ist (Guerrieri et al., 2021).

Eine Beschleunigung der Inflation gegen Ende 2021 war zwar von den meisten Prognoseinstituten erwartet worden, jedoch nicht in diesem Ausmaß. Die beobachteten Inflationsraten lagen deutlich über jenen Werten,

die die historische Erfahrung angesichts der Geschwindigkeit des Aufschwungs, der gestiegenen Wirtschaftstätigkeit und der sich schließenden Produktionslücke nahegelegt hatten. Die Inflationsdynamik war dabei in den USA wesentlich stärker als im Euro-Raum, da auch die wirtschaftliche Erholung in den USA viel kräftiger ausfiel. Die Wirtschaft erholte sich in den USA schneller und ausgehend von einem höheren Niveau als im Euro-Raum, in beiden Wirtschaftsräumen wurde jedoch das Vorkrisenniveau erreicht (Abbildung 3). Die höhere Erholungsdynamik in den USA war vor allem eine Folge der rasanten Erholung des privaten Konsums, der rasch auf das Vorkrisenniveau zurückfand – anders als im Euro-Raum, in Deutschland und in Österreich. Wie bereits in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 sanken das nominelle BIP und der nominelle private Konsum auch im ersten Jahr der COVID-19-Krise deutlich; ein Unterschied besteht jedoch in der Geschwindigkeit der wirtschaftlichen Erholung, die in der COVID-19-Pandemie sehr rasch erfolgte. Die Unterschiede in der Inflationsentwicklung zwischen den USA und dem Euro-Raum führt Boone (2021) auf die abweichenden politischen Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie in den beiden Regionen zurück. Sie spiegeln die unterschiedliche Arbeitsmarktpolitik wider, daher hatten die beiden Ansätze unterschiedliche Folgen für Beschäftigung, Nachfrage und Inflation.

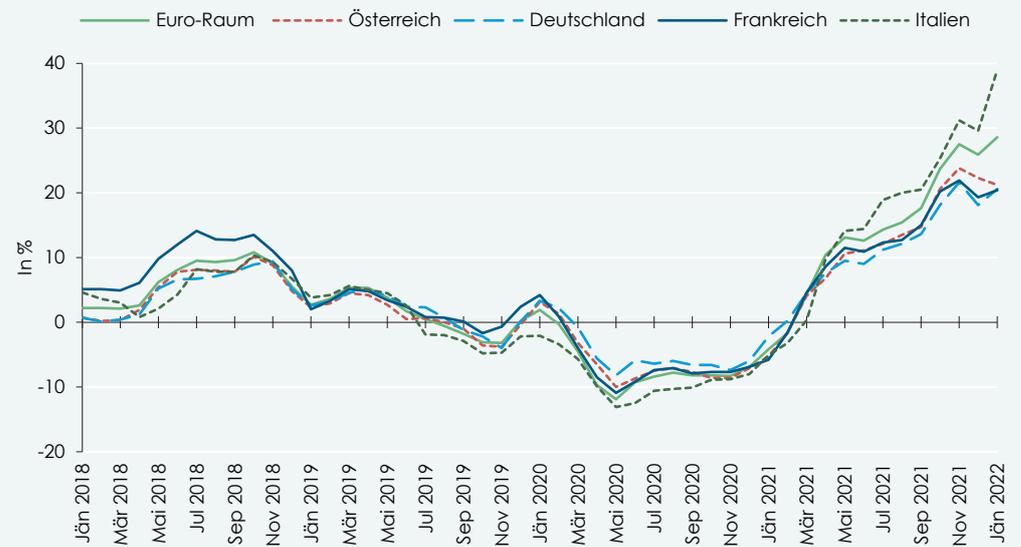
Die wirtschaftspolitischen Debatten 2021 hauptsächlich um zwei Phänomene: den sprunghaften Anstieg der Inflation zu Jahresende und die erhöhte Verschuldung aller EU-Mitgliedsländer. Es entspann sich erneut eine rege Diskussion zur Zukunft der EU-Fiskalarchitektur.

Abbildung 1: Inflationsraten laut HVPI im internationalen Vergleich



¹⁾ November 2021: Euro-Raum 4,9%, Österreich 4,1%, Deutschland 6%; Dezember 2021: Euro-Raum 5%, Österreich 3,8%, Deutschland 5,7%.

Abbildung 2: Harmonisierte Inflationsraten für Energie im internationalen Vergleich



Q: Macrobond, Eurostat.

Im Euro-Raum lag der Schwerpunkt auf der Weiterbeschäftigung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die vor allem durch Kurzarbeit gewährleistet wurde. Dagegen wurden im Rahmen des Programmes der Regierung der USA vorübergehende Entlassungen in Kauf genommen, was zu Verlusten an Einkommen und Sozialleistungen führte. Dementsprechend litt die Beschäftigung in der EU vergleichsweise weniger stark unter der COVID-19-Krise und hat bereits wieder das Vorkrisenniveau erreicht, wogegen sie in den USA immer noch darunter liegt. Die Regierung der USA erhöhte jedoch die Einkommensunterstützung deutlich, indem sie Schecks direkt an die privaten Haushalte verschicken ließ, Steuergutschriften gewährte sowie die Arbeitslosenunterstützung verlängerte und aufstockte. Die Unterstützungsleistungen fielen vor allem für Personen mit geringem Einkommen recht hoch aus. So stieg das real verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in den USA 2020 und 2021 tatsächlich deutlich an. Infolgedessen übertrafen in den USA 2021 sowohl der private Konsum insgesamt als auch die Ausgaben für Waren sogar das Vorkrisenniveau (Abbildung 3). Im Euro-Raum blieben die Einkommen dagegen in etwa auf dem gleichen Niveau wie vor der Pandemie; zugleich hat der private Konsum noch nicht wieder das Vorkrisenniveau erreicht. Diese unterschiedlichen Entwicklungen im BIP und in der privaten Konsumnachfrage erklären zum Teil den höheren Inflationsdruck in den USA.

Für 2022 ist die Frage zentral, ob die kräftige Teuerung nur vorübergehend ist oder ob die Inflation längerfristig auf hohem Niveau bleiben wird, was zu Problemen führen könnte. Die meisten Prognosen hatten für 2021 mit einer vorübergehenden Inflationswelle bis zum Sommer gerechnet, vor allem geprägt durch Basiseffekte gegenüber 2020. Diese Erwartungen wurden zum Teil revidiert, als sich der Preisauftrieb Ende 2021 beschleunigte, sodass für 2022 mittlerweile ebenfalls Inflationsraten von weit über 2% prognostiziert werden. Trotzdem gelang es der Europäischen Zentralbank und der Federal Reserve, die langfristigen Preiserwartungen unter Kontrolle zu halten. Laut den letzten EZB-Umfragen zu den Markterwartungen²⁾ gehen Finanzexpertinnen und -experten sowie Marktteilnehmerinnen und -teilnehmer davon aus, dass die Inflationsraten mittelfristig wieder dem 2%-Ziel entsprechen.

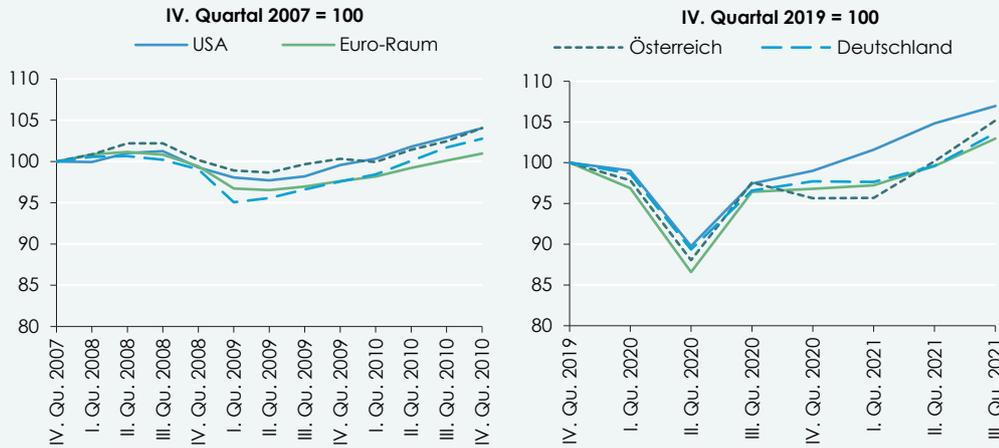
Die geopolitischen Entwicklungen in den letzten Februarwochen und die russische Invasion in der Ukraine werden den Inflationsdruck für 2022 jedoch weiterhin deutlich erhöhen. Der Anstieg der Energiepreise, speziell bei Erdöl und Erdgas, könnte die Inflationsraten kurzfristig weiter steigen lassen. Weiters könnten ein Anhalten der Lieferkettenprobleme und der wirtschaftlichen sowie geopolitischen Unsicherheit die Wirtschaftserholung deutlich dämpfen. Durch den veränderten Konjunkturausblick dürften die Federal Reserve und die EZB die Leitzinsen allmählich anheben.

²⁾ https://www.ecb.europa.eu/stats/ecb_surveys/survey_of_professional_forecasters/html/index.en.html (abgerufen am 4. 3. 2022).

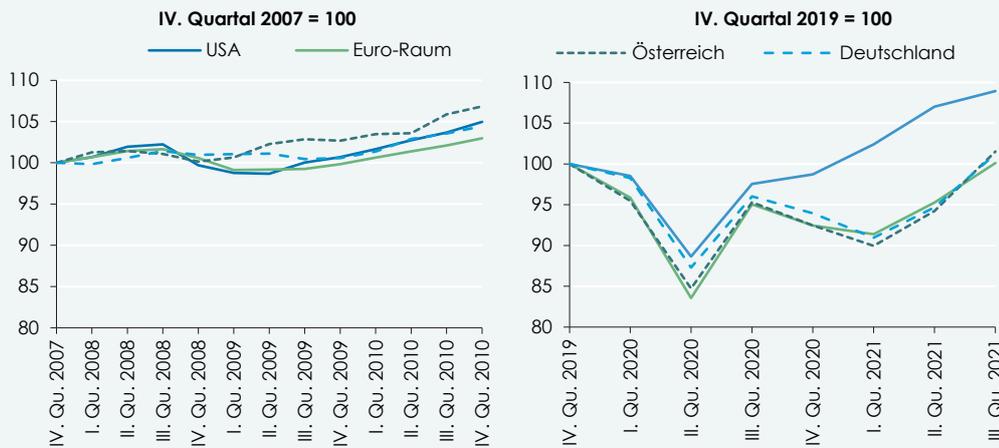
Abbildung 3: Unterschiede in der Wirtschaftserholung zwischen den USA und dem Euro-Raum

Entwicklung des BIP bzw. des privaten Konsums in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 und in der COVID-19-Krise

BIP, nominell, saisonbereinigt

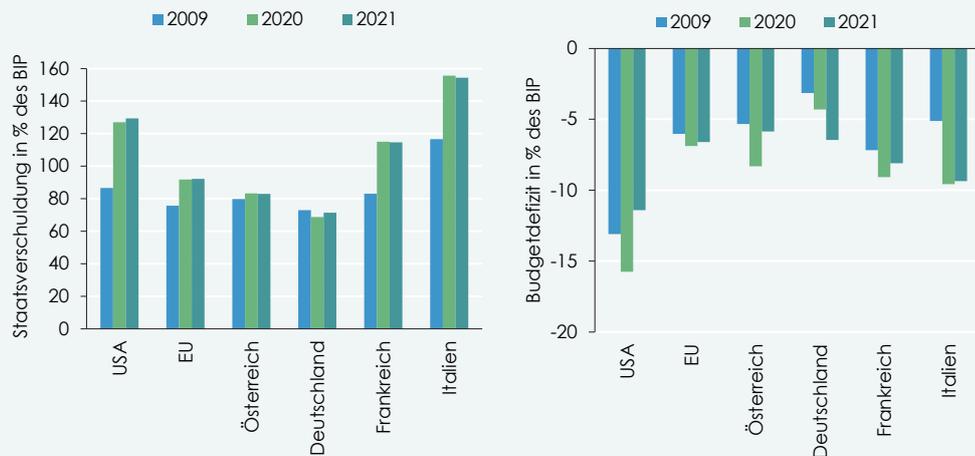


Privater Konsum, nominell, saisonbereinigt



Q: Macrobond, OECD.

Abbildung 4: Budgetdefizit und Staatsverschuldung im internationalen Vergleich



Q: Macrobond; Europäische Kommission, AMECO. 2021: Prognose.

In diesem Umfeld von Konjunkturerholung, Inflation und Unsicherheit kreist die wirtschaftspolitische Debatte in Europa seit 2021 hauptsächlich um drei Themen. Die Europäische Zentralbank hatte 2021, das Federal Reserve Board der USA bereits 2020 einen geldpolitischen Strategiewechsel verkündet, wonach vorübergehend auch Inflationsraten von über 2% toleriert werden (Kapitel 2). Während die geldpolitische Ausrichtung somit erst vor kurzem revidiert wurde, steht eine wichtige Diskussion zum fiskalpolitischen Regelwerk der EU – dem Stabilitäts- und

Wachstumspakt – erst bevor. Die Fiskalregeln und die Maastricht-Kriterien bedürfen nicht zuletzt aufgrund der stark gestiegenen Staatsverschuldung im Euro-Raum (Abbildung 4), aber auch wegen schon länger bekannter anderer Probleme einer Revision. Die aktuelle Diskussion dazu wird in Kapitel 3 skizziert. Abschließend werden entscheidende, 2021 gesetzte Schritte zur Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfähigkeit, der wichtigsten Komponente des Aufbauplans NextGenerationEU, erläutert (Kapitel 4).

2. Neue geldpolitische Strategie der EZB

Die Ergebnisse einer rezenten Überprüfung der EZB-Strategie werden die europäische Geldpolitik in den nächsten Jahren maßgeblich mitbestimmen.

2021 wurde eine lang erwartete Überprüfung der geldpolitischen Strategie der EZB abgeschlossen, deren Ergebnisse die Praxis der europäischen Geldpolitik in den kommenden Jahren bestimmen werden. Die EZB leitete diese erneute Überprüfung vor dem Hintergrund von Veränderungen des allgemeinen makroökonomischen Umfeldes in den letzten zwei Jahrzehnten und der begleitenden Diskussionen ein. Das erste und vorrangige Ziel der EZB ist gemäß Art. 127, Abs. 1 und Art. 282, Abs. 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) die Preisstabilität. Seit der letzten Überprüfung im Jahr 2003 hatte die EZB die Preisstabilität quantitativ durch ein Inflationsziel von "unter, aber nahe 2%" definiert.

Die Ergebnisse der rezenten Überprüfung wurden am 8. Juli 2021 veröffentlicht und enthalten vor allem eine nähere Bestimmung des Inflationsziels. Das Inflationsziel der EZB beträgt nun genau 2% und ist symmetrisch zu verstehen, d. h. positive und negative Abweichungen von diesem Ziel sind gleichermaßen unerwünscht. Die Geldpolitik ist damit nunmehr auf das Erreichen von Preisstabilität auf mittlere Sicht ausgerichtet. Die neue Zielsetzung ermöglicht es der EZB, kurzfristige geldpolitische Straffungsentscheidungen nach voraussichtlich vorübergehenden Preisänderungen zu vermeiden. Dies soll auch sicherstellen, dass die EZB in ihren Reaktionen über ausreichende zeitliche Flexibilität verfügt, um Schocks und deren voraussichtliche Dauer zu beurteilen.

Die Überprüfung 2021 führte auch den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ein, definierte die Finanzstabilität als ausdrückliches Ziel geldpolitischer Entscheidungen und verwies darauf, dass auch der Klimawandel bei der Analyse des makroökonomischen Umfeldes und bei geldpolitischen Erwägungen berücksichtigt werden kann und soll. Weiters wurde die Bedeutung von Immobilienpreisen in der Inflationsberechnung unterstrichen – ein begrüßenswerter Schritt, da eine Unterschätzung der Wohnungspreisentwicklung im Verbraucherpreisindex zu einem Auseinanderklaffen der statistisch berichteten Inflation und der durch die Verbrauche-

rinnen und Verbraucher empfundenen Teuerung führt.

Das Hauptziel dieses neuen Ansatzes besteht darin, die Inflationserwartungen auf dem Markt bei 2% zu verankern. Die frühere Definition des Ziels ("nahe, aber unter 2%") ließ eine Straffung der Geldpolitik durch die EZB erwarten, sobald die Inflation auf 2% stieg. Phasen mit einer Inflation von unter 2% wurden somit häufiger erwartet als Zeiten, in denen die Inflation über dem Zielwert liegt. Dies führte logischerweise dazu, dass sich die Inflationserwartungen auf ein Niveau von unter 2% einstellten. Die neue Definition sollte die Erwartungen mittelfristig in Richtung 2% erhöhen.

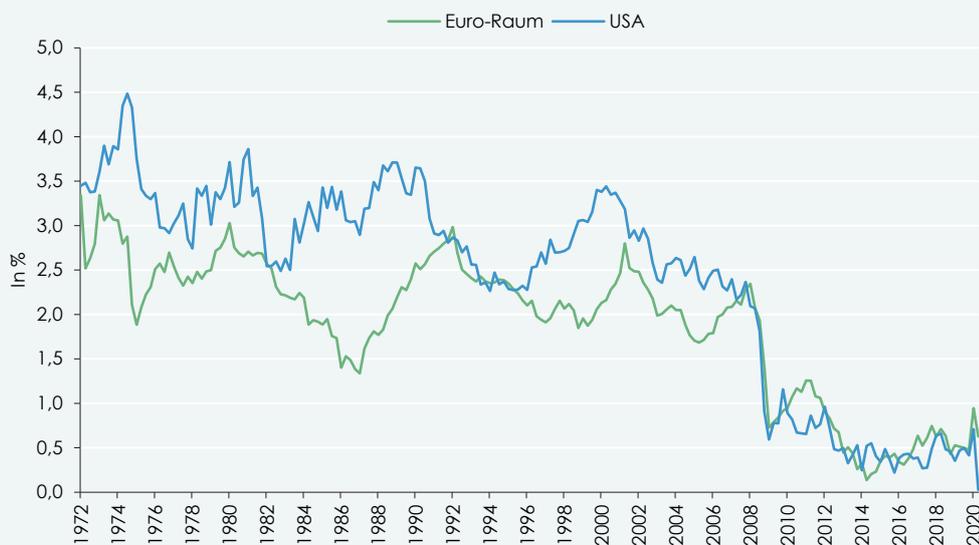
Eine Überarbeitung des Inflationsziels war notwendig geworden, damit die Geldpolitik den Veränderungen im wirtschaftlichen Umfeld in den letzten Jahrzehnten und insbesondere dem Rückgang des natürlichen Zinssatzes besser Rechnung tragen kann. In einem Umfeld mit einem sehr niedrigen natürlichen Zinssatz (Gleichgewichtszins) und einer niedrigen Inflation besteht möglicherweise nicht genügend geldpolitischer Spielraum, um die Leitzinsen in Reaktion auf eine Konjunkturabschwächung zu senken. Der natürliche Zinssatz ging in den vergangenen Jahrzehnten sowohl in den USA als auch im Euro-Raum merklich zurück (Abbildung 5), wie Holston et al. (2017) betonen. Dieser Rückgang kann auf eine Reihe von Faktoren zurückgeführt werden: die Verlangsamung des Produktivitätswachstums, demografische Verschiebungen und Schuldenabbauprozesse. Nach der globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 war der natürliche Zinssatz sogar negativ.

Die Notenbank der USA hatte bereits im August 2020 eine aktualisierte Strategie veröffentlicht. Aus ähnlichen Gründen wie die EZB konzentrierte sich die Federal Reserve auf die Bedeutung eines Inflationsziels von 2%. Sie wählte jedoch ausdrücklich einen Ansatz, der als "Average Inflation Targeting" (AIT) bezeichnet wird. Er besagt, dass auf Zeiten, in denen die Inflation unter dem Zielwert liegt, Phasen folgen, in denen das

Gegenteil der Fall ist. Die Federal Reserve ist also explizit bestrebt, Perioden mit niedriger Inflation durch die vorübergehende Tolerierung einer höheren Inflation auszugleichen, indem sie praktisch einen Preisniveauniveau umsetzt und somit einen Ansatz der histori-

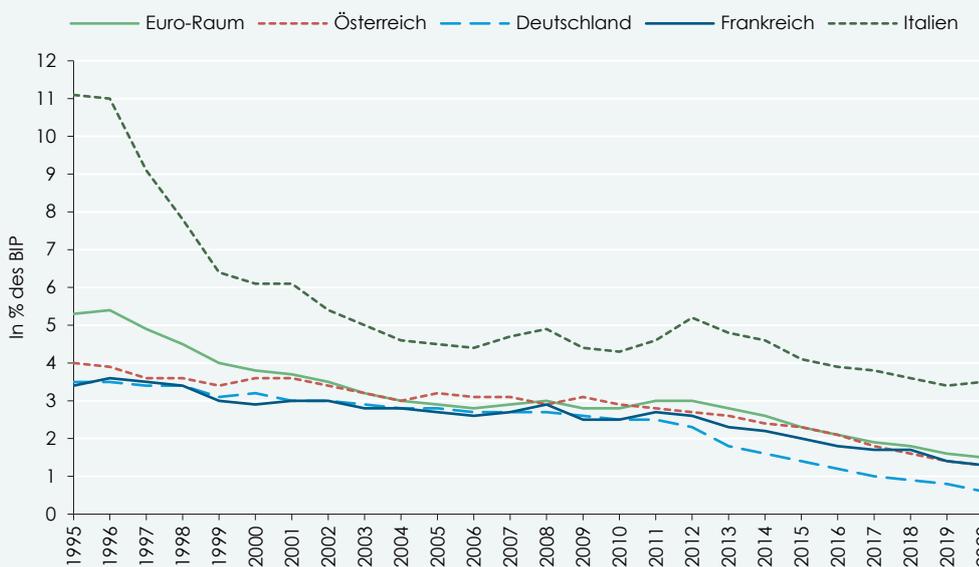
schen Abhängigkeit verfolgt. Das Mandat der Federal Reserve wird auch dadurch gestärkt, dass nicht nur die Preisstabilität, sondern zugleich ausdrücklich ein Höchstmaß an Beschäftigung angestrebt wird.

Abbildung 5: **Entwicklung des natürlichen Zinssatzes in den USA und im Euro-Raum**



Q: Federal Reserve Bank of New York. Methodologie nach Holston et al. (2017).

Abbildung 6: **Zinszahlungen des Staates**



Q: Eurostat.

Die europäische Geldpolitik unterstützte nach Ausbruch der COVID-19-Krise schnell und zielgerichtet die Wirtschaft des Euro-Raumes. Nach anfänglichen Turbulenzen Ende Februar und Anfang März 2020 führte die expansive Ausgestaltung des Pandemie-

Notfallankaufsprogrammes (PEPP) zur Stabilisierung der Finanzmärkte, die durch die Flexibilität des Programmes bezüglich der Dauer, der Anlageklasse und der Aufteilung der Anleihenkäufe auf die Mitgliedsländer abgesichert wurde. Eine Abweichung vom

EZB-Kapitalschlüssel erlaubte es, überproportional jenen Ländern zu helfen, die besonders hart von der COVID-19-Pandemie getroffen worden waren, und berücksichtigte damit die Heterogenität des Euro-Raumes. Die Effizienz des Programmes wurde durch die Interaktion mit der expansiven Fiskalpolitik und den verschiedenen wirtschaftspolitischen Hilfsmaßnahmen der Mitgliedsländer noch erhöht.

Die hohen Inflationsraten, aber auch die Notwendigkeit eines vorsichtigen Ausstiegs aus der lockeren Geldpolitik stellen 2022 eine Herausforderung für die Zentralbanken dar. Die Entwicklung der Inflation und vor allem die Inflationserwartungen werden

entscheidend dafür sein, wie rasch die Stützungsprogramme zurückgefahren und die Zinssätze angehoben werden. Ausschlaggebend für das weitere Vorgehen der EZB wird auch die mittelfristige Inflationsprognose sein – die Geldpolitik soll nur dann gestrafft werden, wenn die prognostizierten Inflationsraten mittelfristig über dem 2%-Ziel liegen. Falls dagegen nur kurzfristig mit hohen Inflationsraten zu rechnen ist und die Teuerung vor allem angebotsseitig durch hohe Energie- und Transportkosten sowie Lieferkettenprobleme getrieben wird, wäre eine kräftige Anhebung der Leitzinsen der falsche Zugang, da dadurch nur die Gesamtnachfrage und somit der Wirtschaftsaufschwung gedämpft würde.

3. Reform der Fiskalregeln

Eine zentrale Reformdiskussion kreist um die künftige Architektur der Europäischen Währungsunion und die Zukunft des Stabilitäts- und Wachstumspaktes.

Eine weitere zentrale Frage ist die Zukunft der Architektur der Europäischen Währungsunion und des Regelwerks des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Die Europäische Kommission hat bereits 2019 Gespräche über eine Reform dieses wirtschaftspolitischen Rahmens aufgenommen. Die COVID-19-Pandemie veränderte das wirtschaftspolitische Umfeld und führte zur Aktivierung der Ausstiegsklausel aus dem Stabilitäts- und Wachstumspakt sowie zur Aussetzung der regelmäßigen Mitteilungen im Rahmen des Europäischen Semesters und der länderspezifischen Empfehlungen. Die Aussetzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes wurde mittlerweile um das Jahr 2022 verlängert, so dass die Maastricht-Kriterien für Schulden und Defizite erneut nicht bindend sind. Die Debatte über die Reform des allgemeinen fiskalischen Rahmens hält jedoch an und sollte auch im Zentrum der französischen EU-Ratspräsidentschaft stehen, die am 1. Jänner 2022 begonnen hat.

Von zentraler Bedeutung für die Diskussion über die Zukunft des europäischen wirtschaftspolitischen Steuerungsrahmens und der Fiskalregeln ist die Veränderung des wirtschaftlichen Umfelds in den letzten Jahrzehnten.

Der ursprüngliche Gedanke hinter den fiskalischen Regeln war, dass angesichts der gemeinsamen Geldpolitik eine starke Divergenz in der Verschuldung der Mitgliedsländer die Stabilität der gesamten Wirtschafts- und Währungsunion gefährden kann. Durch die Festlegung von Regeln zur Begrenzung von Schulden und Defiziten versuchte die ursprüngliche Maastricht-Architektur, Schuldenkrisen zu verhindern. Es besteht jedoch ein breiter Konsens darüber, dass die Maastricht-Regeln ihr Ziel nicht vollständig erfüllt haben (Benassy-Quere et al., 2017), vor allem was den Schuldenabbau in der EU-Peripherie anbelangt. Das umfassende Regelwerk besteht aus zwei Verträgen, zehn Verordnungen, einer Richtlinie und einer Mitteilung, ist übermäßig komplex und wurde im Laufe der Jahre mehrfach geändert. Die Vorgaben lassen sich in den Mitgliedsländern nur schwer mit dem Verfahren bei einem übermäßigen Defizit (Excessive Deficit Procedure – EDP) durchsetzen (European Fiscal Board, 2019). In Krisenzeiten schränken

die Maastricht-Regeln zudem die Möglichkeiten der Euro-Länder ein. So erschwerten sie etwa während der Euro-Schuldenkrise eine antizyklische Fiskalpolitik zur Ankurbelung der Wirtschaft.

Als der Stabilitäts- und Wachstumspakt und die Maastricht-Kriterien Ende der 1980er- und in den 1990er-Jahren ausgearbeitet wurden, waren die langfristigen Realzinsen, die näherungsweise den Gleichgewichtszinsen entsprechen, deutlich höher. Die Schwellenwerte der Maastricht-Kriterien – ein jährliches Haushaltsdefizit von höchstens 3% des BIP und eine Schuldengrenze von 60% des BIP – wirken zudem etwas willkürlich und spiegeln lediglich die Durchschnittswerte der beiden Indikatoren in den damaligen EU-Mitgliedsländern zur Zeit der Formulierung wider (Buti & Gaspar, 2021). Da sich sowohl das Zins- als auch das Schuldenniveau seither erheblich verändert haben, könnte über eine Revision der Grenzwerte nachgedacht werden, da niedrige Gleichgewichtszinssätze bei gegebenem Primärüberschuss höhere Schuldenstände tragbar machen.

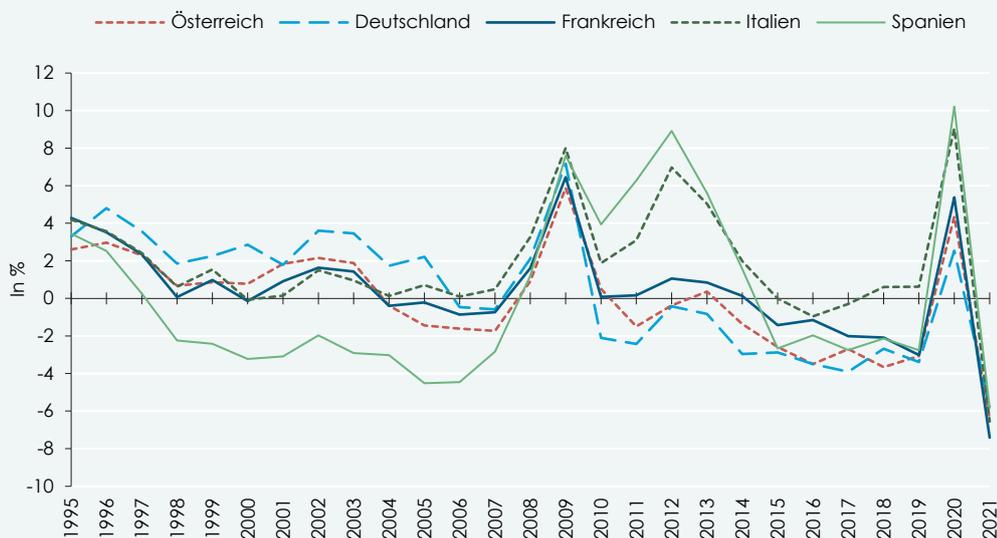
Die Gleichgewichtszinssätze sind in den letzten drei Jahrzehnten erheblich gesunken (Abbildung 5). Der Gleichgewichtszinssatz ist der reale Zinssatz, der mit dem Produktionspotential der Volkswirtschaft bei Vollbeschäftigung übereinstimmt. In dieser hypothetischen Situation sollte die Sekundärmarktrendite für 10-jährige Staatsanleihen dem Gleichgewichtszinssatz und die Inflation dem Inflationsziel entsprechen. Ein niedriger realer Gleichgewichtszinssatz ist im Allgemeinen ein Zeichen für eine schwache Gesamtnachfrage in der Wirtschaft und zeigt, dass die Ersparnisse die Investitionen übersteigen. In einer solchen Situation kann sich die Wirtschaft in einer längeren Phase der strukturellen Stagnation befinden, wie von Hansen (1939) und in jüngerer Zeit von Summers (2014) postuliert.

Der langfristige Rückgang der realen Gleichgewichtszinssätze ist auf eine Reihe von Ursachen zurückzuführen und lässt sich daher kaum durch konjunkturelle Faktoren oder spezifische Ereignisse, wie die globale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise oder die COVID-19-Pandemie, erklären. Dazu zählen:

- demografische Veränderungen,
- ein geringes Produktivitätswachstum und
- eine wachsende Ungleichheit.

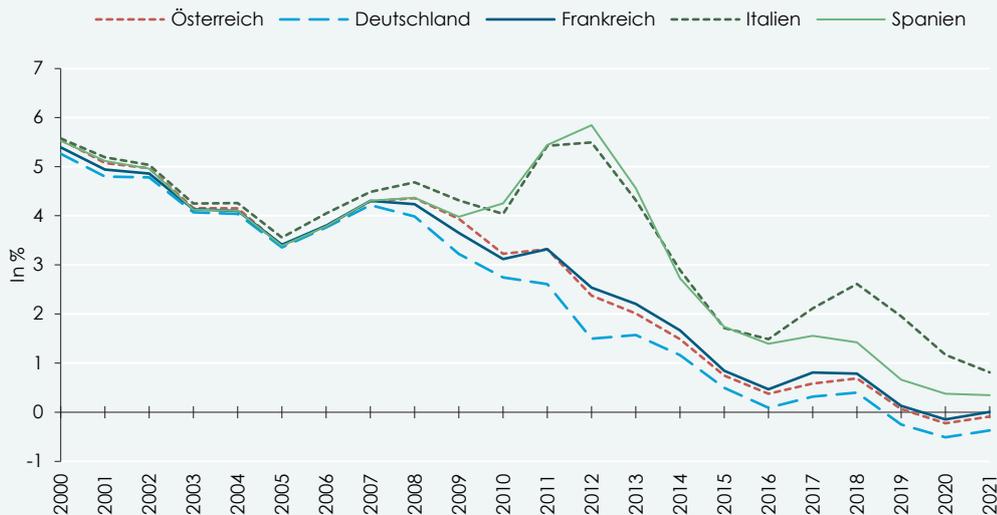
Diese strukturellen Faktoren trugen sämtlich zum Rückgang des neutralen realen Zinssatzes bei und drückten diesen unter die BIP-Wachstumsrate. Der Rückgang des Zinsniveaus lässt sich an der Entwicklung der realisierten Sekundärmarktrenditen auf Staatsanleihen ablesen, die zur Approximation der langfristigen Zinssätze dienen kann (Abbildung 8).

Abbildung 7: **Zinsdifferenziale im internationalen Vergleich**



Q: Macrobond; OECD, Main Economic Indicators; Europäische Kommission, AMECO. Berechnung: 10-jährige Sekundärmarktrenditen minus Wachstumsraten des nominellen BIP.

Abbildung 8: **Sekundärmarktrenditen auf 10-jährige Staatsanleihen im internationalen Vergleich**



Q: Macrobond, Eurostat.

Je niedriger der neutrale Zinssatz und der aktuelle Zinssatz im Vergleich zur Verschuldung sind, desto höher kann das Defizit sein, ohne dass sich die Tragfähigkeit der Verschuldung verschlechtert.

Wenn der Gleichgewichtszinssatz r geringer ist als das reale Wirtschaftswachstum g (Abbildung 7), so nimmt der fiskalpolitische Spielraum zu, da in dieser Situation ein Primärdefizit ausgewiesen werden kann, ohne dass die Schuldenquote steigt. Dies hat wichtige Implikationen für die Schuldendynamik und die Tragfähigkeit der Verschuldung. Letztere ergibt sich rechnerisch aus einer Kombination des Mittelwertes und der Varianz des neutralen Zinssatzes, der BIP-Wachstumsrate und des Primärsaldos. Je niedriger der neutrale Zinssatz und der aktuelle Zinssatz im Vergleich zur Verschuldung sind, desto niedriger kann der Primärsaldo bzw. desto höher kann das Defizit sein, ohne dass sich die Tragfähigkeit der Verschuldung verschlechtert. Dies eröffnet einen größeren fiskalpolitischen Spielraum für öffentliche Investitionen, die Kosten der öffentlichen Verschuldung werden geringer und der Nutzen höher. Öffentliche Investitionen sollten jedoch nach wie vor auch nach ihrem Nutzen für den Wohlstand und nach den potentiellen künftigen Steuereinnahmen beurteilt werden. Ein Umfeld von $r < g$ lässt mehr öffentliche Investitionen als sinnvoll erscheinen, vor allem wenn sie entscheidend und notwendig sind, um große Herausforderungen wie beispielsweise den Klimawandel zu bewältigen. Neben langfristigen Investitionen sind öffentliche Investitionen in einem solchen Niedrigzinsumfeld auch im Hinblick auf die makroökonomische Stabilität sinnvoller.

Dies gilt insbesondere dann, wenn der Gleichgewichtszinssatz nahe an der unteren Nullgrenze (Zero Lower Bound) liegt. Da die Geldpolitik den erforderlichen neutralen Zinssatz dann nicht angemessen widerspiegeln kann, fällt die Last der wirtschaftlichen Stabilisierung der Fiskalpolitik zu. In dieser Situation ist die Fiskalpolitik aufgrund höherer Fiskalmultiplikatoren wirksamer als unter normalen Umständen.

Eine erfolgreiche Reform der Fiskalregeln sollte mindestens drei schwer miteinander vereinbare Kriterien erfüllen. Erstens müssen die Fiskalregeln eine antizyklische Wirkung aufweisen, d. h. in Zeiten einer Rezession eine expansive Fiskalpolitik erlauben – insbesondere dann, wenn der nominelle Zinssatz an der unteren Nullgrenze liegt. Sie müssen aber zugleich langfristig und glaubwürdig einen stetigen Rückgang der Schuldenquoten sicherstellen. Zweitens müssen im Zuge einer solchen Reform Anreize für die EU-Mitgliedsländer und die Europäische Kommission zur Einhaltung und Durchsetzung der Regeln geschaffen werden. Und drittens müssen die Fiskalregeln politisch durchsetzbar sein – ein Punkt, der in den letzten Jahren jegliche Fortschritte in der Reformdiskussion verhindert hat.

Übersicht 1 zeigt eine exemplarische Zusammenstellung einiger Vorschläge zur Reform

der Fiskalregeln. Die wichtigsten Streitpunkte in dieser Debatte betreffen folgende Fragen:

- Soll eine automatische Regel zur verbindlichen jährlichen Reduktion des Schuldenstandes formuliert werden, wie etwa die aktuelle Bestimmung, jährlich ein Zwanzigstel der Schulden abzubauen?
- Sollen die Fiskalregeln Ausnahmen für spezifische Ausgaben, wie etwa "grüne" Investitionen, und damit eine Unterscheidung zwischen "guten" und "schlechten" Ausgaben vorsehen?
- Sollen die Fiskalregeln länderspezifisch sein oder für alle Länder gelten?
- Soll zwischen Notausgaben und strukturellen Ausgaben unterschieden werden?
- Soll ein Anpassungspfad zur Kompensation früherer Defizitüberschreitungen vorgesehen werden, womit Länder für übermäßige Defizite in der Vergangenheit bestraft würden? Soll es dabei Ausnahmen geben?
- Soll eine Ausgabenregel formuliert werden, d. h. eine Obergrenze für das Wachstum der Primärausgaben?
- Sollen Schulden der EU-Mitgliedsländer vergemeinschaftet werden (European Safe Asset)?
- Soll eine gemeinsame Fiskalinstitution geschaffen werden?
- Sollen die Maastricht-Obergrenzen für die bestehende Verschuldung und das Defizit angehoben werden?

Drei spezifische Reformvorschläge haben in den letzten Monaten besonders an Bedeutung gewonnen. Giavazzi et al. (2021) entwickelten einen Zwei-Säulen-Vorschlag zur Überarbeitung der bestehenden Fiskalregeln und zur Einrichtung einer neuen Europäischen Schuldenagentur, die einen Teil der durch die COVID-19-Pandemie bedingten Schulden aufnehmen soll. Als erste Säule wird vorgeschlagen, die Fiskalregeln anzupassen und eine Obergrenze für die Wachstumsrate der Primärausgaben festzulegen. Dieser Schwellenwert würde so berechnet, dass langfristig (auf 10 Jahre) eine bestimmte, vorher festgelegte Senkung der Schuldenquote erreicht wird. Bei diesem Ansatz wird der bestehende Schuldenstand in zwei Teile aufgeteilt – einen, der schneller und einen, der langsamer abgebaut werden sollte, wobei die Anpassungsgeschwindigkeit des schneller abzubauenden Teils höher ist. Bei dem sich langsamer adaptierenden Teil handelt es sich um Schulden, die aufgrund außergewöhnlicher Umstände oder spezifischer, im Voraus festgelegter politischer Ziele der EU aufgenommen wurden, entweder in einmaligen Krisen wie der COVID-19-Krise, oder aufgrund langfristiger Investitionen, etwa im Rahmen des Green Deal.

Übersicht 1: Vorschläge zur Reform der Fiskalregeln

	Vorschlag
Feld et al. (2018)	Einführung einer Obergrenze für das jährliche bereinigte nominelle Ausgabenwachstum. Strukturelle Defizitregel für das mittelfristige Ziel durch ein Mehrzweck-Anpassungskonto ("Erinnerung" in der Haushaltsregel, um über den Konjunkturzyklus hinweg einen nahezu ausgeglichenen Haushalt zu erreichen). Vorgegebene Schuldenquote als langfristige Obergrenze, die mit einem Schuldenkorrekturfaktor erreicht wird ("Erinnerung" in der Haushaltsregel, um frühere übermäßige Ausgaben auszugleichen).
European Fiscal Board (2019)	Einfaches langfristiges Ziel für das Verschuldungsniveau. Einfache Regel für das Wachstum der Nettoausgaben; Differenzierung der Anpassungsraten für den Abbau der Staatsverschuldung zwischen den Ländern.
Giavazzi et al. (2021)	Zwei-Säulen-Vorschlag zur Überarbeitung der bestehenden Fiskalregeln sowie Einrichtung einer Europäischen Schuldenmanagement-Agentur, die einen Teil der pandemiebedingten Schulden aufnehmen soll. Anpassung der Fiskalregeln zur Festsetzung einer maximalen Wachstumsrate der staatlichen Primärausgaben. Die Haushaltsanpassung sollte als jährlicher Pfad zum Schuldenabbau festgelegt werden, wobei die Schulden in einen Teil, der schneller abgebaut wird, und einen Teil, der langsamer abgebaut werden kann, aufgeteilt werden (Schulden durch die COVID-19-Krise und Schulden für EU-Prioritäten wie etwa den Green Deal). Auslagerung eines Teils der Schulden der EU-Mitgliedsländer in eine neu geschaffene Europäische Schuldenmanagement-Agentur mit dem Ziel, den Zinsaufwand für die gesamte EU zu senken und die Arbeit der EZB auf den Staatsanleihenmärkten zu unterstützen.
Francová et al. (2021)	Zwei-Säulen-Konzept, das eine Obergrenze für das Haushaltsdefizit von 3% sowie einen Referenzwert für den gesamtstaatlichen Schuldenstand von 100% vorsieht und eine Ausgabenregel enthält. Ausgabenobergrenzen, die sich am Trendwachstum orientieren, würden an die Stelle der bestehenden mittelfristigen Ziele treten, die in Form eines strukturellen Saldos ausgedrückt werden. Das Wachstum der Staatsausgaben sollte das Potential- oder Trendwachstum nicht übersteigen.
Blanchard et al. (2021)	Verzicht auf fiskalische Regeln sowie Defizit- und Schuldenschwellen, stattdessen Einführung einer länderspezifischen Schuldentragfähigkeitsanalyse (Debt Sustainability Analysis – DSA), einer Art von Standard für verschiedene Länder, und begleitender Schuldenabbaupläne, die auf jedes Mitgliedland zugeschnitten sind.
Martin et al. (2021)	Länderspezifische Schwellenwerte für die Schuldentragfähigkeit und mittelfristiges Verschuldungsziel; Abschaffung der allgemeinen Schwellenwerte für den Schuldenstand (60% des BIP) und das Defizit (3% des BIP). Ausgabenregel für die Entwicklung der nominellen Primärausgaben.

Q: WIFO-Zusammenstellung.

In der zweiten Säule des Vorschlags wird der Plan erörtert, einen Teil der Schulden der Mitgliedsländer auf eine neu geschaffene Europäische Schuldenmanagement-Agentur zu übertragen, um die Kosten der Verschuldung für die gesamte EU zu senken und die Arbeit der EZB auf den Schuldenmärkten zu unterstützen. In zahlreichen Diskussionen wurde das Fehlen einer zentralen fiskalischen Institution, die auf Euro lautende sichere Staatsanleihen ausgeben könnte, als einer der Hauptmängel der Architektur des Euro-Raumes bezeichnet. Die vorgeschlagene Europäische Schuldenmanagement-Agentur würde eine solche Institution umfassen, um die große Nachfrage nach staatlichen, auf Euro lautenden sicheren Vermögenswerten zu befriedigen. Die Verlagerung eines Teils der Schulden auf die neu geschaffene Agentur würde nicht nur die Schuldenkosten senken, sondern auch die Tragfähigkeit des bestehenden Schuldenbestandes erhöhen und die EZB bei der künftigen Verkürzung ihrer Bilanz zusätzlich unterstützen.

Die neue Agentur würde einen Teil der Staatsanleihen der Mitgliedsländer aufkaufen und diese Käufe durch gemeinsame neue Schulden der Agentur finanzieren. Die Agentur kann die Anleihen des jeweiligen Mitgliedslandes annullieren und sie durch einen jährlichen Beitrag zum künftigen Haushalt der Agentur ersetzen, der zur Begleichung der Kosten für die Verwaltung der gemeinsamen Schulden dient, wobei das Verhältnis der Schulden zum BIP des betroffenen

Mitgliedslandes gleichbleibe. Der jährliche Beitrag würde sich nach dem für die Finanzierung der Agentur erforderlichen Zinssatz, der BIP-Wachstumsrate des Mitgliedslandes (um einen antizyklischen Charakter der Beiträge zu gewährleisten) und dem Schuldenstand der Agentur im Verhältnis zum BIP richten. Das Gesamtvolumen der von der Agentur aufgekauften Anleihen würde den während der COVID-19-Krise aufgelaufenen Schulden entsprechen. Die Vorteile der Emission bestünden darin, dass die Wertpapiere aufgrund einer Sicherheits- und Liquiditätsprämie zu den günstigsten Konditionen gehandelt und somit zu den sichersten im Euro-Raum zählen würden. Eine unmittelbare Auswirkung wäre die Verringerung der für die Fiskalregeln und die Maastricht-Kriterien relevanten Staatsschuld, ähnlich wie schon jetzt die Zuschüsse aus dem Aufbauplan NextGenerationEU nicht das Defizit der Mitgliedsländer erhöhen, obwohl sie teilweise durch deren künftige Beiträge an die EU zurückfließen.

Der Vorschlag von Francová et al. (2021) fokussiert auf eine Anhebung des Referenzwertes für die maximale Schuldenquote von 60% auf 100% des BIP und die Einführung einer Ausgabenregel, während der Grenzwert von 3% für die jährliche Neuverschuldung beibehalten werden soll. Die Ausgabenregel soll die derzeit geltenden mittelfristigen Schuldenreduktionsziele ersetzen, indem eine Obergrenze für das Ausgabenwachstum festgelegt wird, die sich am BIP-Trendwachstum orientiert. Das Tempo des

Schuldenabbaus soll für Länder, deren Schuldenstand bei über 100% ihres BIP liegt, weiterhin ein Zwanzigstel der erforderlichen Anpassung pro Jahr betragen. Der Grund für die Anhebung der höchstzulässigen Schuldenquote ist der strukturell rückläufige Trend des Zinsniveaus, der, wie bereits erwähnt, durch den Rückgang der langfristigen Gleichgewichtszinsen bedingt ist. In einem Niedrigzinsumfeld kann ein höherer Schuldenstand bei der vorgesehenen Defizitgrenze von 3% und einer prognostizierten nominellen Wachstumsrate von 3% bequem bedient werden, da das erwartete Trendwachstum von 1% und das Inflationsziel von 2% nun niedriger sind. Ein solcher höherer Referenzwert für den Schuldenstand im Verhältnis zum BIP ist unter dem Gesichtspunkt einer verstärkten Nachfrage nach Staatsanleihen auf dem Markt sinnvoll und spiegelt auch die derzeitige höhere Staatsverschuldung in der EU wider. Nach Ansicht von Francová et al. (2021) würde eine Anhebung des Grenzwertes die Glaubwürdigkeit der fiskalpolitischen Regeln erhöhen, wogegen ein Festhalten an der ursprünglichen Schuldenobergrenze von 60% des BIP und ein Abbau in Richtung dieses Referenzwertes in vielen EU-Ländern unrealistische Schuldenanpassungen erfordern würden.

Darüber hinaus sollte ein neuer Fiskalrahmen laut Francová et al. (2021) eine jährliche Ausgabenobergrenze enthalten, die besagt, dass das Wachstum der Staatsausgaben nicht höher sein darf als das Potential- oder Trendwachstum. Eine solche Ausgabenregel würde als implizite Schuldenbremse fungieren und dürfte somit die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen gewährleisten. Nur jene Länder, deren Schuldenquote bei über 100% des BIP liegt, müssten einen zusätzlichen mittelfristigen Anpassungspfad beschreiten und einen Plan für die Primärsalden aufstellen, um mittelfristig das Referenzniveau zu erreichen. Dieser Anpassungspfad kann jedoch bei einem schweren Wirtschaftsabschwung vorübergehend ausgesetzt werden, wenn die Ausgabenregel die einzige verbindliche Vorgabe ist. Bei einem Verstoß gegen die Regeln (die 3%-Defizitgrenze, die jährliche Ausgabenobergrenze oder den Anpassungspfad für den Primärsaldo) kann ein Verfahren bei einem übermäßigen Defizit (Excessive Deficit Procedure – EDP) eingeleitet werden. Selbst falls kein Verfahren eingeleitet wird, soll durch die Dokumentation des Regelverstoßes in einem Anpassungskonto eine Kompensation festgelegt werden, durch die frühere Verstöße in wirtschaftlich besseren Zeiten ausgeglichen werden.

Der Reformvorschlag von Francová et al. (2021) besticht durch die leicht verständliche Formulierung und die minimale Anpassung bestehender Regeln, ohne dem Regelwerk neue Klauseln hinzuzufügen. Zudem trägt er dem derzeitigen Niedrigzinsumfeld

teilweise Rechnung. Aus all diesen Gründen eignet er sich für die politische Praxis.

Martin et al. (2021) argumentieren für eine Abschaffung der für sie willkürlich festgelegten Schwellenwerte für den Schuldenstand (60% des BIP) und das Defizit (3% des BIP), da sie einer analytischen Begründung ermangeln würden und ihre Einhaltung für eine Reihe von EU-Ländern derzeit fast unmöglich sei. Diese Abschaffung sollte nach Ansicht der Autoren ohne eine Änderung des Vertrags der Arbeitsweise der EU (AEUV) möglich sein, da die Schwellenwerte in den Anhang (Protokoll 12 des AEUV) eingebettet sind. Weiters wird argumentiert, dass die Schwellenwerte für die Schuldentragfähigkeit nur länderspezifisch berechnet werden können, da sie hauptsächlich von der Differenz zwischen dem Gleichgewichtszinssatz und der realen Wachstumsrate sowie von der Fähigkeit und Bereitschaft des jeweiligen Landes abhängen, ein bestimmtes Niveau des Primärüberschusses zu halten. Martin et al. (2021) schlagen daher vor, dass jedes Land ein mittelfristiges Verschuldungsziel festlegt, das auf einer Bewertung durch die unabhängigen nationalen Fiskalräte beruht und dann von der EU gebilligt wird, wobei der maximale Primärsaldo und die Risiken für das Zins-Wachstumsraten-Differential berücksichtigt werden. Nachdem ein Schuldenziel festgelegt worden ist, soll eine Ausgabenregel dafür sorgen, dass die Entwicklung der nominellen Primärausgaben mit dem Schuldenziel vereinbar ist. Damit käme dem Schuldenabbau eine höhere Priorität zu als dem Defizit. Martin et al. (2021) lehnen eine goldene Regel zwar an sich ab, räumen aber ein, dass die unabhängigen Fiskalräte einige Investitionen als langfristig produktionssteigernd bewerten könnten. Darüber hinaus erkennen die Autoren einen Bedarf an einem zukünftigen Finanzinstrument (ähnlich NextGenerationEU) zur Finanzierung spezifischer öffentlicher Investitionsprogramme der EU unter Verwendung von Schulden, aber ohne Rückgriff auf einen europäischen Haushalt.

Eine wichtige Rolle sollen laut Martin et al. (2021) gestärkte nationale Fiskalräte und der Europäische Fiskalrat spielen. Diese Institutionen sollen die Schuldentragfähigkeit bewerten und den Mitgliedsländern Leitlinien zur Umsetzung der nationalen Haushaltsregeln an die Hand geben. Das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit (EDP) soll für Situationen bestehen bleiben, in denen ein eindeutiger Verstoß gegen die vorher festgelegte Ausgabenregel vorliegt, und die Sanktionen sollen glaubwürdiger gestaltet werden. Ähnlich wie im Vorschlag von Francová et al. (2021) soll ein Anpassungskonto eingeführt werden, um eine Kompensation vergangener übermäßiger Ausgaben sicherzustellen und über das künftige Ausgabenverhalten vergangene Versäumnisse auszugleichen.

4. NextGenerationEU

Die EU folgte 2020 bereits in den ersten Monaten der COVID-19-Pandemie dem Vorschlag der Europäischen Kommission, einen zeitlich befristeten europäischen Aufbaufonds einzurichten. NextGenerationEU (NGEU) soll in den kommenden Jahren eine vollständige Erholung von der COVID-19-Krise gewährleisten und verhindern, dass die Krise zu dauerhaften Entwicklungsunterschieden zwischen den Mitgliedsländern führt. NextGenerationEU zielt darauf ab, die durch die COVID-19-Pandemie entstandenen wirtschaftlichen und sozialen Schäden zu beheben, einige der strukturellen Probleme der EU-Volkswirtschaften anzugehen und eine raschere "grüne" und digitale Transformation zu erreichen. NGEU basiert zum Teil auf den seit langem geführten Diskussionen über die Notwendigkeit, die EU-Mechanismen zur Bewältigung von Wirtschaftskrisen und die Architektur der Europäischen Währungsunion zu verbessern und zu optimieren.

Im Juli 2020 einigten sich die EU-Führungsspitzen auf ein Paket, in dessen Mittelpunkt die Aufbau- und Resilienzfazilität (RRF) steht. Sie soll die wirtschaftliche und soziale Erholung von der COVID-19-Krise erleichtern, die europäischen Volkswirtschaften und Gesellschaften widerstandsfähiger machen und sie besser für die Herausforderungen und Chancen des bevorstehenden "grünen" und digitalen Wandels rüsten. Im Detail verfolgt die RRF vier Prioritäten: intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, sozialen und territorialen Zusammenhalt, gesundheitliche, wirtschaftliche und institutionelle Nachhaltigkeit sowie Maßnahmen für die nächste Generation. Die Ausschüttung von Finanzmitteln im Rahmen der RRF ist an strukturelle Investitionen und Reformen gekoppelt, deren Umsetzung anhand spezifischer Meilensteine und Ziele überprüft wird. Anfang 2022 hatten bereits 26 der 27 EU-Länder entsprechende Aufbau- und Resilienzpläne eingereicht, wovon 22 bereits von der Europäischen Kommission bewilligt wurden³⁾. Zur Finanzierung der RRF wurden in der zweiten

Jahreshälfte 2021 langfristige europäische Anleihen im Wert von über 71 Mrd. € auf den Kapitalmärkten platziert. Die Nachfrage überstieg das Angebot um das 7- bis 14-Fache (Europäische Kommission, 2021b) – ein starkes Signal für das Vertrauen der Anleger in den Euro. Die durchschnittlichen Finanzierungskosten liegen bei 0,14%, was für Mitgliedsländer, die Darlehen aus dem Konjunkturprogramm erhalten, äußerst vorteilhaft ist, da sie direkt vom niedrigen Zinssatz profitieren. Der Zinssatz für 10-jährige italienische Staatsanleihen liegt dagegen bei über 1%. 20 Mitgliedsländer erhielten bereits 2021 RRF-Mittel in Form von Darlehen und Zuschüssen in Höhe von insgesamt 46,4 Mrd. € (Europäische Kommission, 2021b). NGEU verlieh auch der Diskussion um die EU-Eigenmittel einen großen Schub (Bachtrögler-Unger et al., 2021).

In den 22 bisher genehmigten Aufbau- und Resilienzplänen veranschlagten die Mitgliedsländer fast 40% der vorgesehenen Ausgaben für Klimaschutzmaßnahmen und mehr als 26% für den digitalen Wandel⁴⁾. Dies übertrifft die vereinbarten Ziele, wonach 37% der RRF-finanzierten Gesamtausgaben für den Klimaschutz und 20% für den Bereich Digitalisierung vorgesehen sind. Nach Schätzungen von Pfeiffer et al. (2021) für die Europäische Kommission entfalten die Investitions- und Reformprogramme der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne nicht nur aufgrund der Effekte umfangreicher öffentlicher Investitionen auf das BIP, sondern auch aufgrund der begleitenden fiskalischen Spillover-Effekte durch die Handelsströme große makroökonomische Wirkungen. Falls die Investitionsvorhaben rasch umgesetzt werden, könnte das reale BIP in der EU 27 2024 um etwa 1,5% höher ausfallen als ohne die Investitionen im Rahmen von NGEU (Pfeiffer et al., 2021). Ein erheblicher Teil dieser BIP-Steigerung ist auf Spillover-Effekte zurückzuführen, was auf die Vorteile eines gemeinsamen Vorgehens hinweist.

Anfang 2022 waren bereits 22 Aufbau- und Resilienzpläne genehmigt. 40% der beantragten Mittel waren für Klimaschutzmaßnahmen und 26% für den digitalen Wandel vorgesehen.

5. Literaturhinweise

Bachtrögler-Unger, J., Schratzenstaller, M., & Sinabell, F. (2021). Der europäische COVID-19-Aufbauplan. *WIFO-Monatsberichte*, 94(4), 321-334. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/67137>.

Bénassy-Quéré, A., Brunnermeier, M., Enderlein, H., Farhi, E., Fuest, C., Gourinchas, P.-O., Martin, P., Pisani-Ferry, J., Rey, H., Schnabel, I., Véron, N., Weder di Mauro, B., & Zettelmeyer, J. (2018). Reconciling risk sharing with market discipline: A constructive approach to euro area reform. *CEPR Policy Insight*, 91.

Blanchard, O. J., Leandro, A., & Zettelmeyer, J. (2021). Redesigning the EU Fiscal Rules: From Rules to Standards. *Economic Policy*, 36(106), 195-236.

Boone, L. (2022, 18. Jänner). *The EA and the US in the COVID-19 crisis: Implications for the 2022-2023 policy stance*. ECOSCOPE. <https://oecdecoscope.blog/2022/01/18/the-ea-and-the-us-in-the-covid-19-crisis-implications-for-the-2022-2023-policy-stance/>.

³⁾ Der Autor war von Mai bis Dezember 2021 Teil der bulgarischen Übergangsregierung. In der Position des stellvertretenden Premierministers war er für den EU-Fonds zuständig und hat in dieser Rolle den bulgari-

schen Aufbau- und Resilienzplan entwickelt und eingereicht.

⁴⁾ https://ec.europa.eu/economy_finance/recovery_and-resilience-scoreboard/index.html (abgerufen am 4. 3. 2022).

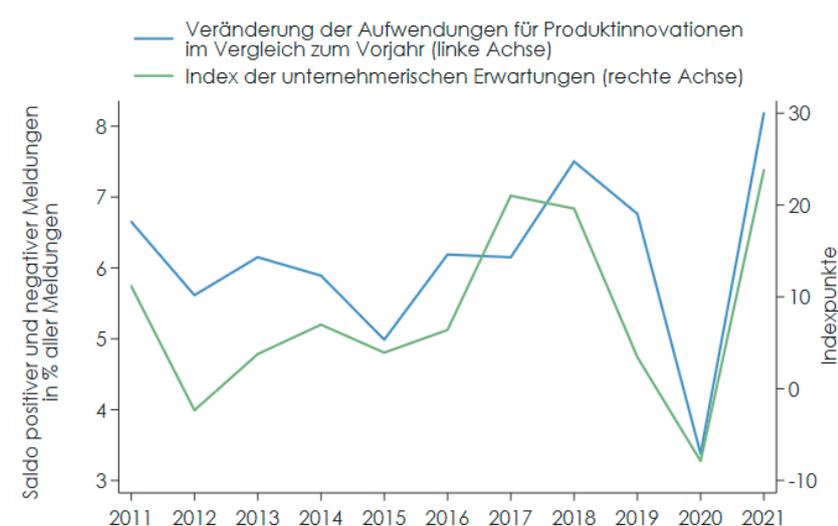
- Buti, M., & Gaspar, V. (2021, 8. Juli). *Maastricht values*. *voxeu.org*. <https://voxeu.org/article/maastricht-values>.
- Constâncio, V. (2018). *Completing the Odyssean journey of the European monetary union. Remarks by Vítor Constâncio, Vice-President of the ECB, at the ECB Colloquium on "The Future of Central Banking"*.
- Europäische Kommission (2021a). *European economic forecast. Autumn 2021*. <https://data.europa.eu/doi/10.2765/199989>.
- Europäische Kommission (2021b). *Semi-annual report on the execution of the NextGenerationEU funding operations pursuant to Article 12 of Commission Implementing Decision C(2021)2502*. COM(2022) 43 final.
- European Fiscal Board (2019). *Assessment of EU fiscal rules, with a focus on the six and two-pack legislation*.
- Feld, L., Schmidt, C., Schnabel, I., & Wieland, V. (2018, 12. September). *Refocusing the European fiscal framework*. *voxeu.org*, CEPR Policy Portal. <https://voxeu.org/article/refocusing-european-fiscal-framework>.
- Francová, O., Hitaj, E., Goossen, J., Kraemer, R., Lenarčič, A., & Palaiodimos, G. (2021). *EU fiscal rules: Reform considerations*. *ESM Discussion Paper*, 17.
- Giavazzi, F., Guerrieri, V., Lorenzoni, G., & Weymuller, C.-H. (2021). *Revising the European Fiscal Framework*. https://www.omfif.org/wp-content/uploads/2022/01/giavazzi-et-al-reform_sqp-final-draft.pdf.
- Guerrieri, V., Lorenzoni, G., Straub, L., & Werning, I. (2021). *Monetary Policy in Times of Structural Reallocation*. *BFI Working Papers*, (2021-111).
- Hansen, A. H. (1939). *Economic Progress and Declining Population Growth*. *The American Economic Review*, 29(1), 1-15.
- Holston, K., Laubach, T., & Williams, J. C. (2017). *Measuring the natural rate of interest: International trends and determinants*. *Journal of International Economics*, 108(1), S59-S75. <https://doi.org/10.1016/j.jinteco.2017.01.004>.
- Leandro, A., & Zettelmeyer, J. (2018). *The Search for a Euro Area Safe Asset*. *PIIE Working Paper*, (18-3). <https://doi.org/10.2139/ssrn.3135456>.
- Martin, P., Pisani-Ferry, J., & Ragot, X. (2021). *Reforming the European Fiscal Framework*. *Conseil d'Analyse Economique*.
- Pfeiffer, P., Varga, J., & Veld, J. in 't. (2021). *Quantifying spillovers of next generation EU investment*. *European Economy Discussion Papers*, 144. <https://data.europa.eu/doi/10.2765/80561>.
- Summers, L. H. (2014, 30. Oktober). *Reflections on the new "Secular Stagnation hypothesis"*. *voxeu.org*. <https://voxeu.org/article/larry-summers-secular-stagnation>.

Kräftiger Anstieg der Innovationsausgaben österreichischer Unternehmen im zweiten Jahr der COVID-19-Pandemie

Andreas Reinstaller

- Der Anteil der Unternehmen, die neue Produkte eingeführt haben, stieg 2021 leicht gegenüber dem Vorjahr.
- Besonders kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Unternehmen mit einer geringen Innovationsintensität hielten wie bereits im Vorjahr auch 2021 ihre Produktinnovationen zurück.
- Die Ausgaben für die Einführung neuer Produkte legten 2021 kräftig zu. Der entsprechende Indikator erreichte den höchsten Stand seit zehn Jahren.
- Während 2020 die Unternehmen aller Größenklassen versucht hatten, ihre Innovationausgaben stabil zu halten, war 2021 eine breit getragene Expansion zu beobachten. Die Fortdauer der COVID-19-Krise dürfte 2021 aber vor allem KMU zusehends Schwierigkeiten bereitet haben.
- Viele Unternehmen, die ihre Innovationsausgaben 2020 gleich gelassen oder reduziert hatten, weiteten diese 2021 aus.
- Die Meldungen zu den für 2022 geplanten Innovationsausgaben spiegeln die vorsichtig-optimistischen Geschäftserwartungen wider. Die Mehrzahl der Unternehmen plant, die Ausgaben konstant zu halten.

Aufwendungen für Produktinnovationen



"Mit der Verbesserung der Geschäftserwartungen im zweiten Jahr der COVID-19-Pandemie ging eine merkliche Ausweitung der Innovationsausgaben einher. Unsicherheiten bestehen aber fort. Bei einer Fortdauer der Pandemie könnte vor allem die Innovationskraft von KMU langfristig beeinträchtigt werden."

Mit der Verbesserung der unternehmerischen Erwartungen haben die heimischen Unternehmen 2021 ihre Innovationsausgaben stark angehoben (Q: WIFO-Konjunkturtest).

Kräftiger Anstieg der Innovationsausgaben österreichischer Unternehmen im zweiten Jahr der COVID-19-Pandemie

Andreas Reinstaller

Kräftiger Anstieg der Innovationsausgaben österreichischer Unternehmen im zweiten Jahr der COVID-19-Pandemie

Die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Dezember 2021 zeigen, dass die österreichischen Unternehmen ihre Innovationsausgaben 2021 ausgeweitet haben. Das noch ungünstige wirtschaftliche Umfeld hat aber zu Zurückhaltung bei der Einführung neuer Produkte geführt. Unter der Fortdauer der COVID-19-Krise dürfte 2021 vor allem die Innovationstätigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen gelitten haben.

JEL-Codes: O31, D22, E32 • **Keywords:** Produktinnovationen, Konjunkturschwankungen, Konjunkturtest

Begutachtung: Agnes Kügler • **Wissenschaftliche Assistenz:** Nicole Schmidt-Padickakudy (nicole.schmidt-padickakudy@wifo.ac.at), Tim Slickers (tim.slickers@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 28. 2. 2022

Kontakt: Andreas Reinstaller (andreas.reinstaller@wifo.ac.at)

Strong Increase in Innovation Spending by Austrian Companies in the Second Year of the COVID-19 Pandemic

The results of the December 2021 WIFO-Konjunkturtest (business cycle survey) show that Austrian companies expanded their innovation spending in 2021. However, the still unfavourable economic environment has led to restraint in the introduction of new products. The persistence of the COVID-19 crisis is likely to have hit the innovation activity of small and medium-sized enterprises in particular.

1. Einleitung

Die COVID-19-Pandemie führte 2020 zu einem Rückgang der Innovationstätigkeit österreichischer Unternehmen (vgl. Reinstaller, 2021). Der Anteil der Unternehmen, die neue Produkte auf den Markt gebracht haben, ging gegenüber 2019 zurück und auch die Ausgaben für die Entwicklung und Einführung neuer Produkte entwickelten sich nach einer mehrjährigen Phase der kontinuierlichen Expansion gedämpft, wenngleich ein Bestreben der Unternehmen erkennbar war, ihre Innovationsausgaben auf dem Vorjahresniveau zu halten. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Unternehmen mit einer geringen Innovationsintensität schränkten 2020 ihre Produktinnovationen ein. Zudem war auch in der Planung für 2021 eine Zurückhaltung der Unternehmen erkennbar.

Diese Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests wurden durch die im Frühsommer 2021 veröffentlichte Globalschätzung der Statistik Austria gestützt: Wie diese Daten zeigen, sank 2020 der Finanzierungsanteil des Unternehmenssektors an den gesamten F&E-Ausgaben in Österreich kräftig von 48,1% auf 41,4%. In absoluten Zahlen entspricht dies einem Rückgang der F&E-Finanzierung des Unternehmenssektors um knapp 700 Mio. € von 5,73 Mrd. € im Jahr 2019 auf 5,03 Mrd. € 2020.

Internationale Studien zeigen ähnliche Entwicklungen in anderen Ländern. Für Deutschland kommen Diekhof et al. (2021) zu dem Ergebnis, dass die Innovationsausgaben deutscher Unternehmen 2020 um etwa 2% geringer waren als im Vorjahr, wobei vor allem kleinere Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten ihre Ausgaben stärker einschränkten. Auch nach Sektoren war die Entwicklung heterogen. Während etwa die IKT-Dienstleister und die pharmazeutische Industrie ihre F&E-Ausgaben 2020 kräftig anhaben, stagnierten oder sanken sie in Branchen, die unter den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und den folgenden Lieferkettenproblemen litten, etwa in der Automobilindustrie. Gegen Ende 2020 hat sich die Lage dort aber wieder stabilisiert.

Die Ergebnisse des F&E-Anzeigers der Europäischen Kommission (vgl. Grassano et al., 2021), der das F&E-Verhalten von multinationalen Unternehmen und Großunternehmen untersucht, zeichnen ein differenzierteres Bild. Demzufolge steigerten die 2.500 darin berücksichtigten Großbetriebe ihre Ausgaben 2020 um 6% gegenüber 2019, wenngleich der Zuwachs schwächer ausfiel als in den Vorjahren. Auch hier waren die Effekte aber sehr asymmetrisch verteilt. Die F&E-Ausgaben von IKT-Dienstleistern, IKT-Herstellern und Unternehmen in der Gesundheitsbranche stiegen teilweise stark an, während

Unternehmen aus den Bereichen Automobilherstellung, Luft- und Raumfahrt sowie Chemie ihre F&E-Ausgaben reduzierten.

Die hier präsentierten Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests von Dezember 2021 deuten für 2021 auf eine kräftige Ausweitung der Innovationsausgaben. In der Einführung neuer Produkte waren die heimischen Unterneh-

men angesichts des unsicheren Umfeldes hingegen noch vorsichtig. KMU zeigen dabei eine stärkere Zurückhaltung in ihrem Innovationsverhalten als größere Unternehmen. Auch Unternehmen in Branchen mit geringerer Innovationsintensität verhalten sich im Vergleich zu solchen in innovationsintensiven Branchen noch abwartend.

2. Datengrundlage

Ende des Jahres 2021 wurden im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests wieder Fragen zur Einführung neuer Produkte gestellt¹⁾. Seit 2011 findet diese Erhebung einmal jährlich im Dezember statt. Die daraus gewonnenen Ergebnisse vermitteln ein erstes Stimmungsbild zum Innovationsverhalten österreichi-

scher Unternehmen in der COVID-19-Pandemie. An der aktuellen Befragungswelle im Dezember 2021 nahmen 475 Unternehmen teil. Die Indikatoren, die in den Auswertungen verwendet wurden, sind im folgenden Textkasten zusammengefasst.

Verwendete Indikatoren

Anteil innovativer Unternehmen: Anteil aller positiven Meldungen zur Frage, ob im abgelaufenen Jahr neue Produkte eingeführt wurden, an allen befragten Unternehmen (vgl. Reinstaller, 2019).

Veränderung der Aufwendungen für Produktinnovationen im Meldejahr gegenüber dem Vorjahr: Die Unternehmen melden, ob derartige Aufwendungen getätigt wurden und ob diese gegenüber dem Vorjahr höher, niedriger oder gleich hoch ausgefallen sind. Die Meldungen werden als Salden ausgewiesen. Dabei wird vom Anteil der positiven Meldungen an allen Meldungen eines Jahres der Anteil der negativen Meldungen abgezogen. Der Indikator wurde so normiert, dass er Werte zwischen -1 und +1 annehmen kann. Bei einem Wert von null halten sich positive und negative Meldungen die Waage.

Geplante Aufwendungen für Produktinnovationen im Folgejahr im Vergleich zum Meldejahr: Berechnung analog zum vorigen Indikator.

Index der unternehmerischen Erwartungen zur Geschäftslage: Der Indikator setzt sich aus monatlichen Meldungen zu Fragen zur Entwicklung der Produktion und der Beschäftigung in den kommenden drei Monaten und zur Entwicklung der Geschäftslage in den kommenden sechs Monaten zusammen. Die Meldungen zu diesen Fragen wurden für jedes Unternehmen zuerst über die monatlichen Meldungen der drei Indikatoren saldiert und daraus ein Jahresdurchschnitt über alle Meldungen des Unternehmens in einem Jahr berechnet.

3. Produktneueinführungen stabilisierten sich 2021 nach Einbruch im Vorjahr

Die unternehmerischen Erwartungen hellten sich im Jahresverlauf 2021 deutlich auf. Aggregiert man die Monatswerte dieses Indikators zu Jahreswerten, so zeigt sich nach dem starken Einbruch im Jahr 2020 eine markante Verbesserung (Abbildung 1).

Der Anteil der Unternehmen, die im WIFO-Konjunkturtest eine Einführung neuer Produkte meldeten, war bereits seit 2015 stetig gesunken und brach im Jahr 2020 nochmals um 5,2 Prozentpunkte ein²⁾. 2021 stieg dieser Anteil um lediglich 0,6 Prozentpunkte. Das deutet darauf hin, dass die Unternehmen trotz ihrer überwiegend positiven Geschäftserwartungen das wirtschaftliche Umfeld weiterhin als ungünstig für die Markteinführung neuer Produkte eingeschätzt haben.

Der Rückgang des Anteils innovativer Unternehmen im Jahr 2020 war vor allem bei kleineren und mittelgroßen Unternehmen markant. Diese Größenklassen wiesen auch 2021 die höchsten Anteile an Unternehmen auf, die keine neuen Produkte eingeführt haben (Abbildung 2). Vergleicht man die rezenten Ergebnisse mit den durchschnittlichen Werten, die zwischen 2011 und 2019 beobachtet wurden, so wird die Abweichung vom langfristigen Verhalten sichtbar: Hatten in den Jahren 2011 bis 2019 noch durchschnittlich 38,7% der Unternehmen mit 100 bis 249 Beschäftigten sowie 36,7% der Unternehmen mit 250 bis 499 Beschäftigten die Einführung neuer Produkte gemeldet, so waren es 2021 lediglich 28,9% bzw. 23,8%.

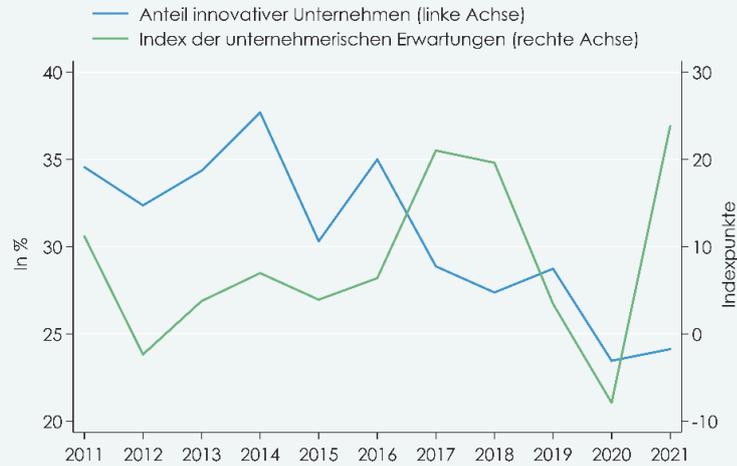
Der Anteil der Unternehmen, die neue Produkte eingeführt haben, stieg 2021 leicht gegenüber dem Vorjahr.

¹⁾ Siehe Reinstaller (2019) für eine detaillierte Beschreibung der Teilerhebung zur Einführung neuer Produkte bzw. Hölzl und Schwarz (2014) für eine Beschreibung des gesamten WIFO-Konjunkturtests.

²⁾ Die Zahlen für das Jahr 2020 können leicht von jenen abweichen, die in Reinstaller (2021) ausgewiesen wurden, da sich die Zusammensetzung der Unternehmensstichprobe leicht verändert hat.

Abbildung 1: **Produktinnovationen**

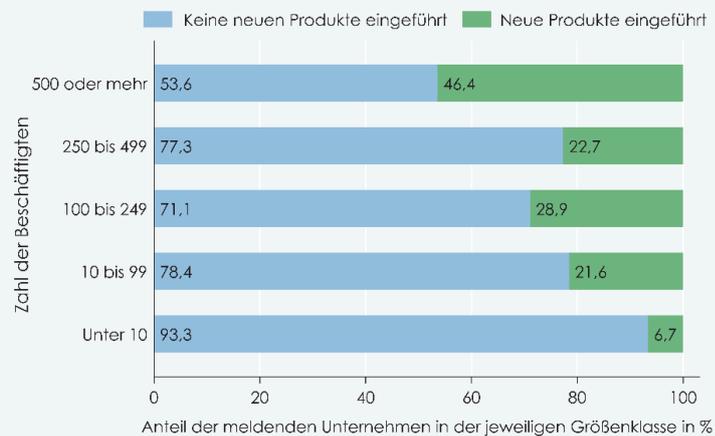
Anteil der Unternehmen mit Produktinnovationen in % an allen meldenden Unternehmen und Index der unternehmerischen Erwartungen als Saldo positiver und negativer Meldungen in % aller Meldungen



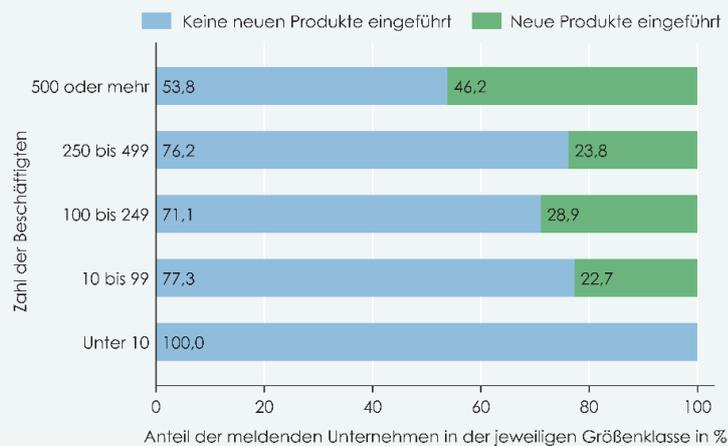
Q: WIFO-Konjunkturtest.

Abbildung 2: **Produktinnovationen im Meldejahr nach Unternehmensgrößenklassen**

2020



2021



Q: WIFO-Konjunkturtest.

Vor der COVID-19-Pandemie hatten im langjährigen Durchschnitt 27,9% der Unternehmen mit 10 bis 99 Beschäftigten die Einführung neuer Produkte gemeldet. Bei Kleinunternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten waren es 18,8% gewesen. Ein Vergleich mit den Ergebnissen für 2020 und 2021 zeigt, dass in der Krise vor allem KMU die Markteinführung neuer Produkte eingeschränkt haben.

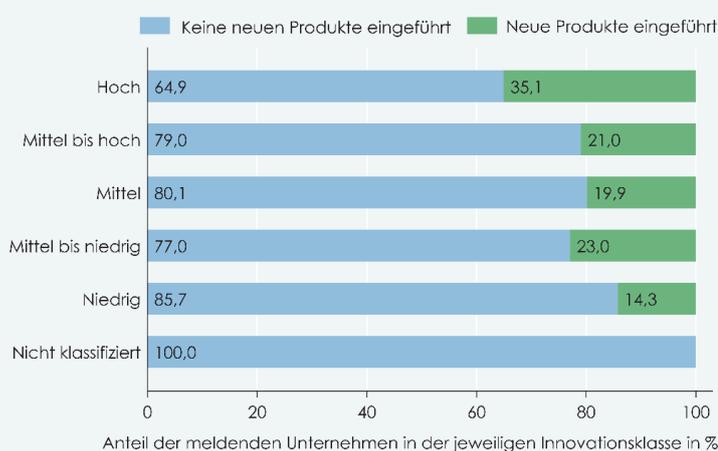
Schlüsselt man den Anteil der Unternehmen, die neue Produkte eingeführt haben, nach der Innovationsintensität ihrer Branchen auf, so weichen insbesondere Unternehmen in Branchen mit einer mittleren und geringen

Innovationsintensität vom langfristigen Durchschnitt ab³⁾. In Branchen mit einer niedrigen Innovationsintensität lag 2020 der Anteil der Unternehmen mit neuen Produkten um 11,9 Prozentpunkte unter dem langjährigen Durchschnitt vor der COVID-19-Pandemie. 2021 betrug die Differenz sogar 13,9 Prozentpunkte. In Branchen mit mittlerer Innovationsintensität war 2020 der Anteil innovativer Unternehmen um 4,4 Prozentpunkte geringer als im langjährigen Durchschnitt vor der COVID-19-Pandemie. 2021 sank er nochmals, wodurch sich der Abstand zum langjährigen Durchschnitt auf 10,9 Prozentpunkte vergrößerte.

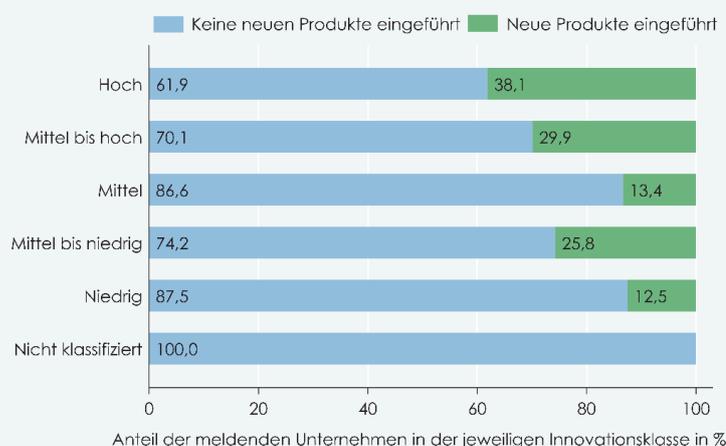
Besonders KMU und Unternehmen in Branchen mit einer geringen Innovationsintensität haben auch 2021 ihre Produktinnovationen zurückgehalten.

Abbildung 3: **Produktinnovationen nach Innovationsintensität der Branche**

2020



2021



Q: WIFO-Konjunkturtest.

Kleiner wurde der Abstand 2021 in Branchen mit hoher (2020 –6,9 Prozentpunkte, 2021 –3,9 Prozentpunkte), mittlerer bis hoher (2020 –10,7 Prozentpunkte, 2021 –1,8 Prozentpunkte) und mittlerer bis niedriger

Innovationsintensität (2020 –5,5 Prozentpunkte, 2021 –2,9 Prozentpunkte). In diesen Bereichen hat sich die Situation gegenüber 2020 also teils merklich verbessert.

³⁾ Die zugrundeliegende Innovationstaxonomie ist in Peneder (2010) beschrieben. Für die vorliegende Arbeit wurde eine aktualisierte Fassung unter Verwen-

dung der aktuellen ÖNACE-2008-Klassifikation herangezogen.

4. Aufwendungen für die Einführung neuer Produkte 2021 kräftig gestiegen

Die Ausgaben für die Einführung neuer Produkte stiegen 2021 kräftig an. Der entsprechende Indikator erreichte den höchsten Stand seit zehn Jahren.

Die Aufwendungen für die Einführung neuer Produkte im Meldejahr (Abbildung 4, linke Grafik) waren bereits 2019 rückläufig gewesen und brachen 2020 nochmals stark ein, auch wenn der Indikator über null blieb und der gewichtete Überhang positiver Meldungen noch immer knapp 3,4% betrug. 2021 nahm dagegen der Anteil der Unternehmen, die ihre Innovationsausgaben gegenüber dem Vorjahr erhöht haben, kräftig zu. Der Überhang positiver Meldungen betrug zuletzt knapp 8,2%, was einem Anstieg um 4,8 Prozentpunkte entspricht. Damit erreichte dieser Indikator den höchsten Stand seit seiner Einführung im Jahr 2011.

Abbildung 4 (rechte Grafik) zeigt am aktuellen Rand die geplanten Innovationsausgaben für das Jahr 2022. Dieser Indikator bildet die Planungsunsicherheit der Unternehmen ab und ist stark von der laufenden Einschätzung geprägt. So waren die befragten Unternehmen im Meldejahr 2020 noch davon ausgegangen, ihre Innovationsausgaben 2021 erneut senken zu müssen, revidierten ihre Planungen jedoch im Laufe des Jahres 2021. Für das Jahr 2022 waren die Unternehmen zum Zeitpunkt der Meldung (Dezember 2021) optimistisch und planten eine erneute Ausweitung ihrer Innovationsausgaben. In Abhängigkeit der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung 2022 sind jedoch neuerliche Revisionen möglich.

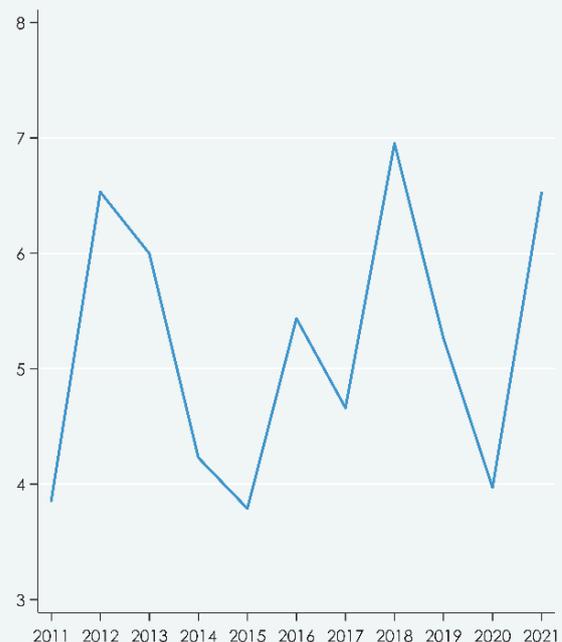
Abbildung 4: Aufwendungen für Produktinnovationen im Meldejahr und geplante Aufwendungen für Produktinnovationen im Folgejahr

Saldo positiver und negativer Meldungen in % aller Meldungen, Gewichtung nach Unternehmensgröße

Aufwendungen für Produktinnovationen im Meldejahr



Geplante Aufwendungen für Produktinnovationen im Folgejahr



Q: WIFO-Konjunkturtest.

Während 2020 die Unternehmen aller Größenklassen versucht hatten, ihre Innovationsausgaben stabil zu halten, so war 2021 eine breit getragene Expansion zu beobachten. Die Fortdauer der Krise dürfte 2021 aber vor allem KMU zusehends Schwierigkeiten bereitet haben.

Abbildung 5 und 6 stellen die Aufwendungen für die Einführung neuer Produkte 2020 und 2021 nach Unternehmensgrößenklasse und Innovationsintensität der Branchen dar.

Vergleicht man die langjährigen Durchschnittswerte vor der COVID-19-Pandemie mit den Werten für 2020, so zeigt sich, dass in praktisch allen Größenklassen der Anteil der Unternehmen, die ihre Ausgaben gegenüber dem Vorjahr konstant gehalten haben, zugenommen hat, während die Anteile der Unternehmen, die eine expansive Strategie verfolgen, gesunken sind. Der Vergleich

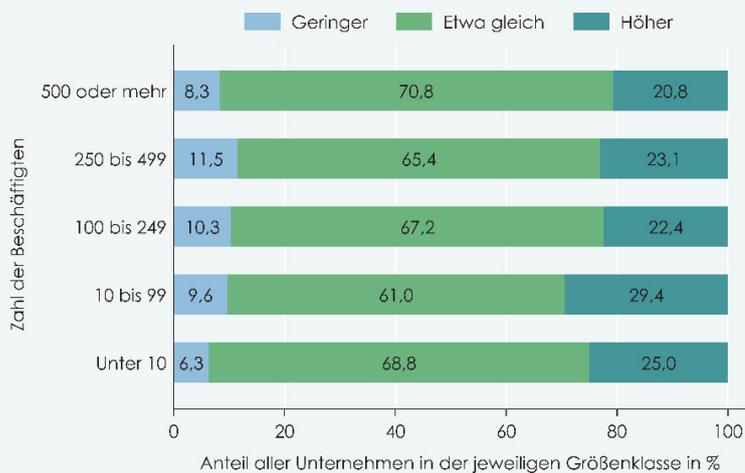
zwischen 2020 und 2021 zeigt hingegen in allen Unternehmensgrößenklassen einen starken Anstieg des Anteils der Unternehmen, die ihre Innovationsausgaben ausgeweitet haben (Abbildung 5). War 2020 noch eine Tendenz erkennbar gewesen, die Innovationsausgaben zu stabilisieren, so standen 2021 die Zeichen auf Expansion. Andererseits nahm 2021 gerade unter kleineren und mittleren Unternehmen mit bis zu 250 Beschäftigten der Anteil der Unternehmen zu, die ihre Innovationsausgaben gesenkt haben. Die Innovationstätigkeit eines Teils der KMU dürfte durch die Fortdauer der COVID-19-

Pandemie und damit das Anhalten der Krise erschwert worden sein. In der Folge wurde die Gruppe der KMU hinsichtlich des Inno-

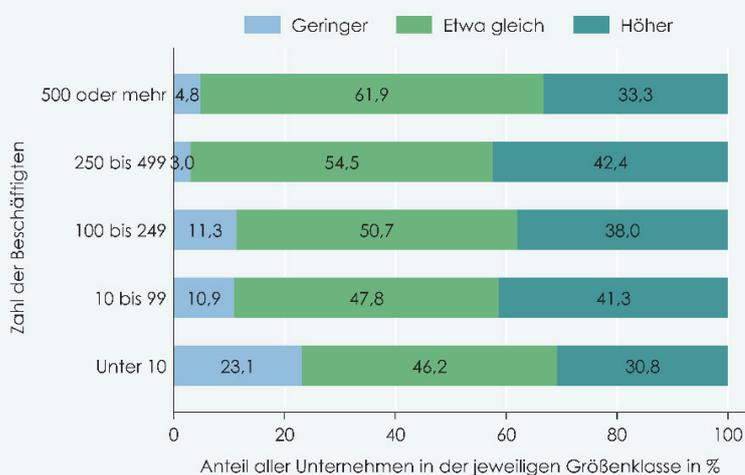
vationsverhaltens in der Pandemie deutlich heterogener.

Abbildung 5: **Aufwendungen für die Produktinnovationen im Meldejahr nach Unternehmensgrößenklassen**

2020



2021



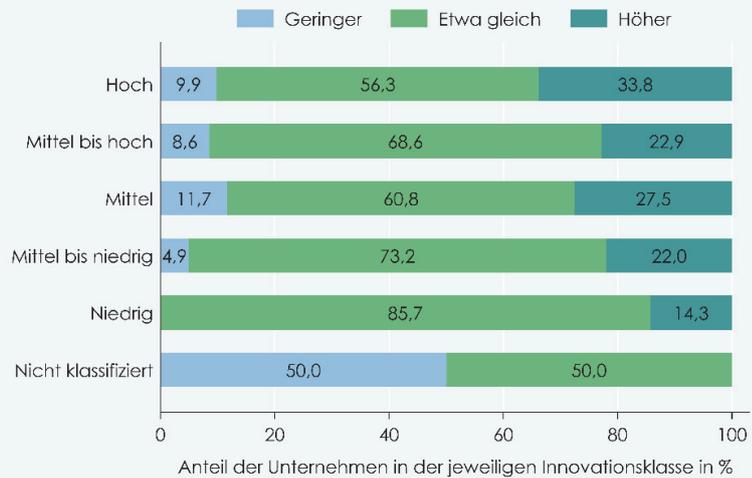
Q: WIFO-Konjunkturtest.

Die Auswertung nach der Innovationsintensität der Branchen (Abbildung 6) zeigt ähnlich wie jene nach Unternehmensgrößenklassen für 2021 eine breit getragene Ausweitung der Innovationsausgaben: Der Anteil der Unternehmen, die eine Ausweitung meldeten, war 2021 in sämtlichen Branchentypen höher als im Vorjahr. Zugleich stieg in den meisten Branchentypen der Anteil der Unternehmen, die ihre Ausgaben zurückgefahren haben, allerdings nur leicht. Am kräftigsten war dieser Anstieg bei Unternehmen mit mittelhoher und niedriger Innovationsintensität. Einzig bei den Unternehmen mit mittlerer Innovationsintensität sank dieser Anteil gegenüber 2020.

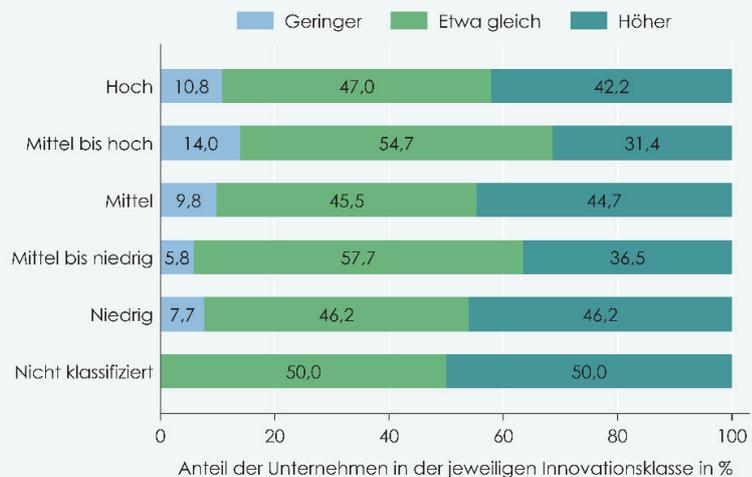
Langfristig neigen die Unternehmen dazu, ihre Aufwendungen für die Einführung neuer Produkte konstant zu halten oder diese zu erhöhen. Abbildung 7 (oben) zeigt das Ausgabenverhalten der Unternehmen in den Meldejahren 2019 und 2020. Von den Unternehmen, die ihre Aufwendungen 2019 erhöht hatten, weiteten nur 35,3% diese auch 2020 aus. Dieser Anteil lag knapp 6 Prozentpunkte unter dem langfristig beobachteten Wert (Durchschnitt 2011/2019). Der Anteil der Unternehmen, die ihre Aufwendungen 2020 erhöhten, nachdem sie diese 2019 konstant gehalten hatten, wich dagegen kaum vom langfristigen Durchschnitt ab.

Abbildung 6: Aufwendungen für Produktinnovationen im Meldejahr nach der Innovationsintensität der Branche

2020



2021



Q: WIFO-Konjunkturtest.

Viele Unternehmen, die ihre Innovationsausgaben 2020 gleich gelassen oder reduziert hatten, weiteten diese 2021 aus.

Die Meldungen zu den für 2022 geplanten Aufwendungen für die Einführung neuer Produkte spiegeln die vorsichtig optimistischen Geschäftserwartungen wider. Die Mehrzahl der Unternehmen plant, die Ausgaben konstant zu halten.

44,4% der Unternehmen, die ihre Ausgaben 2019 gesenkt hatten, hoben diese 2020 an – um rund 5 Prozentpunkte mehr als im langfristigen Durchschnitt.

2021 veränderte sich dieses Bild merklich (Abbildung 7, unten). Der Anteil der Unternehmen, die ihre Ausgaben im Vorjahr gesenkt hatten und diese im Meldejahr wieder ausweiteten, war 2021 mit 63,2% sehr hoch – um knapp 20 Prozentpunkte höher als 2020. Auch der Anteil der Unternehmen, die im Vorjahr versucht hatten, ihre Innovationsausgaben gleich zu halten, und diese im Meldejahr erhöhten, stieg 2021 auf 30% an und war damit um knapp 10 Prozentpunkte höher als 2020. Rückläufig war 2021 lediglich der Anteil der Unternehmen, die ihre Innovationsausgaben zwei Jahre in Folge aus-

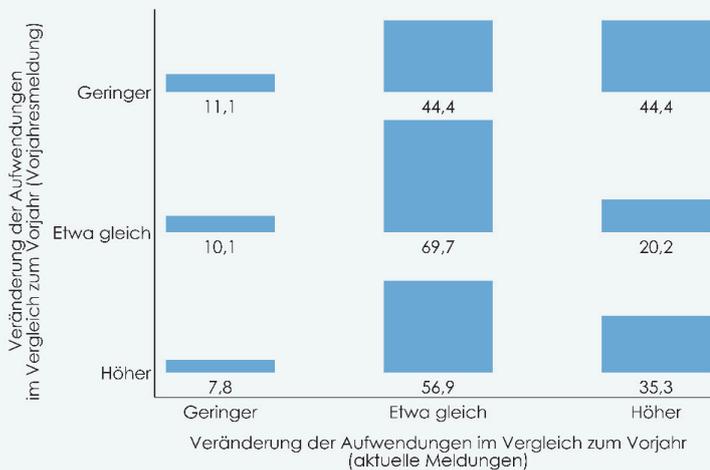
weiteten haben: Er sank von 35,3% im Jahr 2020 auf 29,6% 2021.

Die Betrachtung der 2021 getätigten und der für 2022 geplanten Aufwendungen für die Einführung neuer Produkte auf Unternehmensebene bestätigt den beobachteten Optimismus für das Jahr 2022 (Abbildung 8). Grundsätzlich überwiegt noch die Vorsicht: Die Mehrzahl der Unternehmen möchte 2022 das Vorjahresniveau halten, ungeachtet dessen, ob sie 2021 ihre Innovationsausgaben gesenkt, konstant gehalten oder gesteigert haben. Der Anteil der Unternehmen, die ihre Innovationsausgaben 2022 ausweiten wollen, ist jedoch in allen Gruppen sehr hoch. So planen 54,5% der Unternehmen, die bereits 2021 ihre Innovationsausgaben erhöht haben, für 2022 eine erneute Ausweitung.

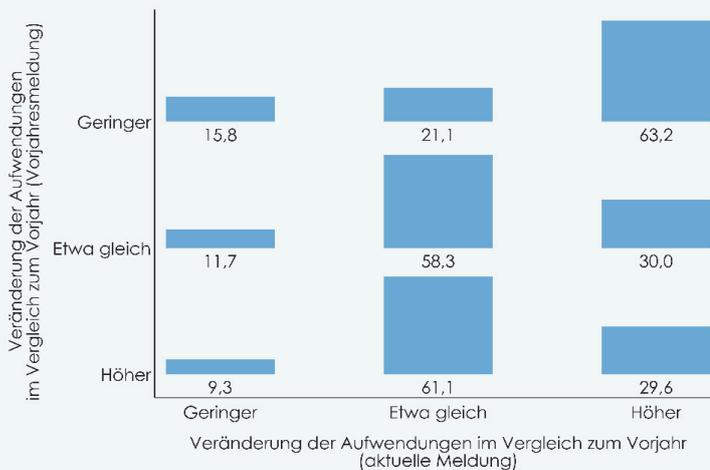
Abbildung 7: **Aufwendungen für Produktinnovationen im Meldejahr im Vergleich zur Vorjahresmeldung**

Anteil der Unternehmen in % der Vorjahresmeldungen je Antwortkategorie

2020



2021



Q: WIFO-Konjunkturtest.

5. Schlussfolgerungen

Nachdem sich die Innovationstätigkeit im heimischen Unternehmenssektor 2020 gedämpft entwickelt hatte, deuten die Daten des WIFO-Konjunkturtests vom Dezember 2021 auf eine kräftige Wiederbelebung der Innovationsausgaben. Der Anteil der befragten Unternehmen, die angaben, ihre Innovationsausgaben ausgeweitet zu haben, erreichte 2021 einen Höchststand.

Die Unternehmen sehen ihre Innovationstätigkeiten als strategisch bedeutsam an, weshalb sie trotz der wirtschaftlichen Unsicherheit weiter in Innovation investierten. Wie die Befragungsergebnisse von Friesenbichler et al. (2021) zeigten, dämpfte die deutliche Zunahme der Unsicherheit in der COVID-19-Krise zwar die Investitionsbereitschaft der Un-

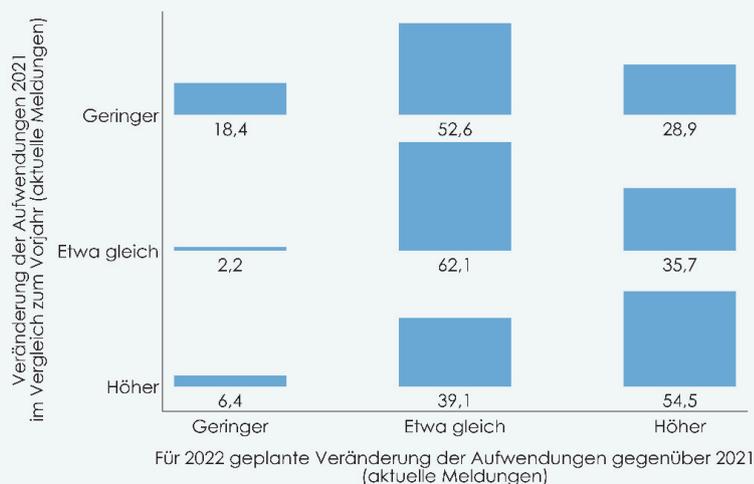
ternehmen und führte zu Änderungen in der Personalpolitik. Von der COVID-19-Pandemie weitgehend unberührt blieben hingegen die F&E-Ausgaben bzw. die Projekte zur Produktentwicklung. Gleichzeitig haben die Unternehmen Digitalisierungsprojekte vorangetrieben. Diese Beobachtungen decken sich mit den Ergebnissen des WIFO-Konjunkturtests. Dennoch ist weiterhin eine gewisse Zurückhaltung erkennbar, die sich 2021 u. a. in einem nur sehr schwachen Anstieg des Anteils der Unternehmen niederschlug, die neue Produkte eingeführt haben. Wenn gleich sich die Geschäftserwartungen 2021 stark verbesserten, dürften innovationsstarke Unternehmen die Entwicklung der Märkte 2021 noch nicht als hinreichend

stabil eingeschätzt haben, um neue Produkte einzuführen. Trotzdem war auch 2021 der Anteil der Unternehmen, die neue

Produkte eingeführt haben, höher als jener der Unternehmen ohne Produkteinführungen.

Abbildung 8: **Aufwendungen für Produktinnovationen 2021 und geplante Veränderung 2022**

Anteil der Unternehmen in % der Meldungen je Antwortkategorie (zu den Aufwendungen im Meldejahr)



Q: WIFO-Konjunkturtest.

Die Ergebnisse deuten auch darauf hin, dass das zweite Jahr der COVID-19-Pandemie vor allem in KMU zu einer Einschränkung der Innovationstätigkeiten geführt hat. Bei einer

Fortdauer der Pandemie besteht möglicherweise die Gefahr, dass die Innovationskraft dieser Unternehmen nachhaltig Schaden nimmt.

6. Literaturhinweise

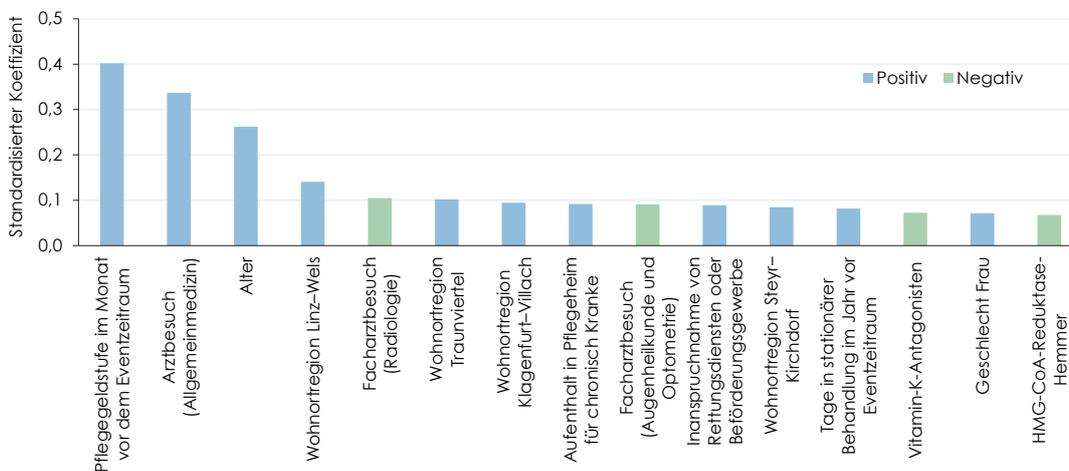
- Diekhof, J., Bastian, K., Georg, L., Christian, R., Schmitt, J., & Stenke, G. (2021). The Impact of the Covid-19 Crisis on Innovation. First In-sights from the German Business Sector. *ZEW Expert Brief*, (21-06).
- Friesenbichler, K. S., Hölzl, W., Kügler, A., & Reinstaller, A. (2021). Unternehmerische Unsicherheit und wirtschaftspolitische Risikofaktoren in der COVID-19-Krise. Ergebnisse des Updates der WIFO-Industriebefragung vom Sommer 2020. *WIFO-Monatsberichte*, 94(6), 461-470. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/67256>.
- Grassano, N., Hernandez Guevara, H., Fako, P., Tuebke, A., Amoroso, A., Georgakaki, A., Napolitano, L., Pasimeni, F., Rentocchini, F., Compañó, R., Fatica, S., & Panzica, R. (2021). *The 2021 EU Industrial R&D Investment Scoreboard. Executive Summary*. Joint Research Centre. <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/fb50fc5e-570e-11ec-91ac-01aa75ed71a1/language-en>.
- Hölzl, W., & Schwarz, G. (2014). Der WIFO-Konjunkturtest: Methodik und Prognoseeigenschaften. *WIFO-Monatsberichte*, 87(12), 835-850. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/50863>.
- Peneder, M. (2010). Technological Regimes and the Variety of Innovation Behaviour: Creating Integrated Taxonomies of Firms and Sectors. *Research Policy*, 39(3), 323-334. <https://doi.org/10.1016/j.respol.2010.01.010>.
- Reinstaller, A. (2019). Produkteinführungen österreichischer Unternehmen und Konjunkturschwankungen. *WIFO-Monatsberichte*, 92(3), 173-182. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/61702>.
- Reinstaller, A. (2020). Auswirkungen der COVID-19-Krise auf die Forschungs- und Entwicklungsausgaben des Unternehmenssektors in Österreich. *WIFO-Monatsberichte*, 93(6), 449-460. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/66144>.
- Reinstaller, A. (2021). COVID-19-Krise dämpft die Innovationstätigkeit österreichischer Unternehmen. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Dezember 2020. *WIFO-Monatsberichte*, 94(2), 127-138. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/66921>.
- Statistik Austria (2021). Globalschätzung: Bruttoinlandsausgaben für F&E 2005-2020. Finanzierung der in Österreich durchgeführten Forschung und experimentellen Entwicklung. https://www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_umwelt_innovation_mobilitaet/forschung_und_innovation/globalschaetzung_forschungsquote_jaehrlich/023703.html (abgerufen am 9. 2. 2022).

Gesundheitsleistungen und Pflegegeldbezug

Ulrike Famira-Mühlberger, Christine Mayrhuber, Klaus Nowotny

- Der erstmalige Pflegegeldbezug lässt sich relativ gut prognostizieren. Rezente Gesundheitsleistungen sind für den Eintritt in das Pflegegeldsystem von großer Bedeutung.
- Die am stärksten mit dem erstmaligen Pflegegeldbezug korrelierten Faktoren sind das Alter, stationäre Aufenthalte in Krankenanstalten, Kontakte zu Allgemeinmedizinerinnen und -medizinern und die Verschreibung von Heilmitteln für das Nervensystem.
- Die höchste Präzedenz für den Übertritt in eine höhere Pflegegeldstufe weisen die bisherige Pflegegeldstufe am Ende des Beobachtungszeitraums, das Alter, sowie die Verschreibung von Medikamenten für das Nervensystem auf.
- Zu den wichtigsten Faktoren, die mit dem Eintritt in die stationäre Pflege korrelieren, zählen die bisherige Pflegegeldstufe, Kontakte zu Allgemeinmedizinerinnen und -medizinern, sowie das Alter.
- Am höchsten mit der Dauer der Krankenhausaufenthalte korreliert sind die Diagnose der essentiellen (primären) Hypertonie und Computertomografien von Kopf und Hals sowie Abdomen und Becken.

Die 15 wichtigsten Merkmale, die einen Effekt auf Eintritte in stationäre Pflege haben



"Den stärksten positiven Effekt auf den Eintritt in stationäre Pflege hat die Pflegegeldstufe im Monat vor dem Eventzeitraum."

Am stärksten mit dem Eintritt in die stationäre Pflege korreliert sind die bisherige Pflegegeldstufe, Kontakte zu Allgemeinmedizinerinnen und -medizinern sowie das Alter (Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger, WIFO).

Gesundheitsleistungen und Pflegegeldbezug

Ulrike Famira-Mühlberger, Christine Mayrhuber, Klaus Nowotny

Gesundheitsleistungen und Pflegegeldbezug

Dieser Beitrag analysiert auf Basis innovativer Modelle und detaillierter Gesundheitsdaten die Zusammenhänge zwischen den bezogenen Gesundheitsleistungen von älteren Personen und dem Pflegegeldsystem. Der erstmalige Pflegegeldbezug lässt sich relativ gut prognostizieren. Das Alter, stationäre Aufenthalte in Krankenanstalten, Kontakte zu Allgemeinmedizinerinnen und -medizinern sowie die Verschreibung von Heilmitteln für das Nervensystem korrelieren am stärksten mit dem erstmaligen Pflegegeldbezug. Beim Übertritt in eine höhere Pflegegeldstufe zählen die bisherige Pflegegeldstufe, das Alter sowie die Verschreibung von Medikamenten für das Nervensystem zu den wesentlichsten Faktoren. Die bestehende Pflegegeldstufe korreliert stark mit dem Eintritt in stationäre Pflege, ebenso wie die Häufigkeit von Kontakten zu Allgemeinmedizinerinnen und -medizinern sowie das Alter. In einem statistischen Zusammenhang mit der Dauer der Krankenhausaufenthalte von Pflegegeldbeziehenden stehen die zuvor erfolgte Diagnose der essentiellen (primären) Hypertonie sowie rezente Computertomografien. Der Beitrag zieht gesundheitspolitische Schlussfolgerungen aus diesen Erkenntnissen.

Health Care Services and Receipt of Care Allowance

This paper uses innovative models and detailed health care data to analyse the relationships between the health care services received by older persons and the long-term care allowance system. First-time receipt of long-term care benefits can be predicted relatively well. Age, inpatient stays in hospitals, contacts with general practitioners and the use of drugs for the nervous system correlate most strongly with the first-time receipt of long-term care benefits. When moving to a higher care allowance level, the most important factors are the previous care allowance level, age and the use of drugs for the nervous system. Existing care allowance level correlates strongly with entry into inpatient care, as does frequency of contact with general practitioners and age. Previous diagnosis of essential (primary) hypertension and recent computed tomography scans are statistically related to the length of hospitalisation of long-term care benefit recipients. The article draws health policy conclusions from these findings.

JEL-Codes: I11, I19 • **Keywords:** Gesundheit, Pflege, Pflegegeld, Gesundheitsleistungen

Der vorliegende Beitrag basiert auf einer Studie des WIFO im Auftrag des Dachverbandes der Sozialversicherungsträger: Ulrike Famira-Mühlberger, Christine Mayrhuber, Klaus Nowotny, Pflege und Gesundheit (Oktober 2021, 104 Seiten, 50 €, kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/67194>).

Begutachtung: Matthias Firgo • **Wissenschaftliche Assistenz:** Stefan Weingärtner (stefan.weingaertner@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 28. 2. 2022

Kontakt: Ulrike Famira-Mühlberger (ulrike.famira-muehlberger@wifo.ac.at), Christine Mayrhuber (christine.mayrhuber@wifo.ac.at), Klaus Nowotny (klaus.nowotny@wifo.ac.at)

1. Problemaufriss und Forschungsziele

Die demografische Entwicklung der kommenden Jahrzehnte lässt eine stark wachsende Zahl an alten und hochaltrigen Menschen erwarten. Damit wird auch die Zahl der pflegebedürftigen Personen steigen. Mit dem Anstieg der Nachfrage nach Pflegedienstleistungen sind ceteris paribus neben den privaten Kosten auch höhere Kosten für die öffentliche Hand verbunden (Famira-Mühlberger, 2020; Klien et al., 2020). Vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedeutung des Pflegesystems für den öffentlichen Haushalt rücken die Zusammenhänge zwischen den abgerufenen Gesundheitsleistungen und dem Eintritt in das Pflegegeldsystem, dem Übertritt in eine höhere Pflegegeldstufe, dem Eintritt in die stationäre Pflege sowie die gesundheitlichen Faktoren

für die Krankenhausaufenthalte von pflegegeldbeziehenden Personen verstärkt ins Zentrum des Interesses. Entsprechende Analysen erlauben die Ableitung von Maßnahmen für eine verbesserte Versorgung und die Entwicklung von Präventionsansätzen.

Dementsprechend widmet sich der vorliegende Beitrag zunächst der Prüfung der Möglichkeit einer systematischen Prognose des erstmaligen Pflegegeldbezugs und analysiert in weiterer Folge die wichtigsten Determinanten für, erstens, den Übertritt in eine höhere Pflegegeldstufe, zweitens, den Eintritt in stationäre Pflege und drittens die Dauer des Krankenhausaufenthaltes von pflegegeldbeziehenden Personen.

2. Methoden und Daten

Die empirische Untersuchung basiert auf pseudonymisierten Individualdaten von 550.960 Personen ab 60 Jahren, die in den Jahren 2016 bis 2018 in Österreich Pflegegeld bezogen. Um die Möglichkeit einer systematischen Prognose des erstmaligen Pflegegeldbezugs zu prüfen, werden zudem die Daten für 435.332 Personen ohne Pflegegeldbezug im selben Zeitraum verwendet.

Neben persönlichen Merkmalen wie Alter, Geschlecht und Wohnort stehen für die Personen in der Stichprobe auch Informationen über die in den Jahren 2016 bis 2018 in Anspruch genommenen Gesundheitsleistungen zur Verfügung. Diese umfassen die Kontakthäufigkeit zu (Fach-)Ärztinnen und Ärzten bzw. weiteren Vertragspartnern (Bandagisten, Rettungsdiensten usw.), die abgegebenen Heilmittel (nach Anatomisch-Therapeutisch-Chemischer Klassifikation – ATC) sowie Daten aus dem Bereich der Krankenhäuser. Letztere geben Aufschluss über die Häufigkeit und Dauer von Krankenhausaufenthalten, die gestellten Haupt- und Zusatzdiagnosen (nach der internationalen statistischen Klassifikation der Krankheiten und Gesundheitsprobleme ICD-10) und die erbrachten medizinischen Einzelleistungen.

Die persönlichen Merkmale und die Inanspruchnahme bzw. Häufigkeit des Bezugs von Gesundheitsleistungen innerhalb eines festgelegten Beobachtungszeitraums dienen in der Folge dazu, um den Eintritt der erwähnten Ereignisse (erstmaliger Pflegegeldbezug, Übertritt in eine höhere Pflegegeldstufe bzw. stationäre Pflege sowie die Dauer des Krankenhausaufenthaltes) in einem zeitlich nachgelagerten Eventzeitraum zu modellieren. Dazu werden im Rahmen einer explorativen Datenanalyse Methoden des statistischen Lernens angewendet. Diese sind geeignet, um aus einer hohen Anzahl potentieller Erklärungsfaktoren jene Variablen

herauszufiltern, die ceteris paribus den stärksten statistischen Zusammenhang mit dem zukünftigen Eintritt des jeweiligen Ereignisses aufweisen. Durch die explorative Vorgangsweise können auch noch unbekannte, in den Daten vorhandene Korrelationen aufgedeckt werden. Folglich sind die Ergebnisse der explorativen Datenanalyse aber nicht als Kausalrelationen, sondern als statistische Korrelationen (bzw. Präzedenzen) zwischen der Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen und Veränderungen im Pflegegeldbezug zu verstehen.

Konkret kommen – je nach Fragestellung – logistische bzw. Poisson-Regressionen zur Anwendung. Um eine Überanpassung¹⁾ zu verhindern, werden zudem drei gängige Regularisierungsmethoden verwendet: LASSO²⁾, Ridge-Regression und Elastic Net. Insbesondere die LASSO-Methode bietet sich hier an, da diese die Parameter von Variablen mit geringem Erklärungswert auf null schrumpft. Daraus ergibt sich eine datengetriebene Variablenselektion, welche die Interpretierbarkeit der Ergebnisse verbessert.

Um die Stärke der Regularisierung zu wählen, wird der Datenbestand in Trainings- und Testdaten geteilt. Die Trainingsdaten (etwa 75% aller Beobachtungen) werden verwendet, um die Modelle mittels fünffacher Kreuzvalidierung³⁾ zu optimieren. Die Einschätzung der Modellgüte erfolgt dann anhand der Testdaten. Da diese nicht zur Schätzung und Optimierung des Modells herangezogen wurden ("Out-of-Sample"-Prognose), eignet sich diese Vorgangsweise zur Ermittlung dessen, wie gut das geschätzte Modell Ereignisse in anderen, ihm noch "unbekanntem" Daten prognostizieren kann.

Für die Analyse wurden Pflegegeld- und Gesundheitsleistungsdaten verschränkt.

Bei der Modellierung wurden Methoden des statistischen Lernens bzw. der explorativen Datenanalyse angewendet.

Zur Ermittlung statistischer Korrelationen dienen logistische und Poisson-Regressionen mit gängigen Regularisierungsmethoden.

3. Gesundheitsleistungen und erstmaliger Pflegegeldbezug

Zur Beantwortung der Frage, ob der erstmalige Pflegegeldbezug auf Basis der Daten über die erbrachten Gesundheitsleistungen systematisch prognostiziert werden kann, werden Beobachtungen für Personen im Alter zwischen 60 und 85 Jahren herangezogen, welche im Dezember 2017 keinen Pflegegeldbezug aufwiesen (Beobachtungszeitraum). Diese Gruppe enthält sowohl Personen mit erstmaligem Pflegegeldbezug im

Laufe des Jahres 2018 als auch Personen, für welche bis Ende Dezember 2018 kein Pflegegeldbezug verzeichnet ist (Eventzeitraum).

Eine Voruntersuchung auf Basis wenig detaillierter Daten⁴⁾ unter Kombination unterschiedlicher Eventzeiträume (erstmaliger Pflegegeldbezug im Jänner 2018, im I. Quartal 2018, im 1. Halbjahr 2018 sowie im Gesamtjahr 2018) und Beobachtungszeiträume

Der erstmalige Pflegegeldbezug kann in der kurzen Frist gut prognostiziert werden.

¹⁾ Eine Überanpassung ("Overfitting") tritt dann ein, wenn ein empirisches Modell zu stark an die Eigenheiten jener Daten angepasst ist, auf deren Basis es geschätzt wurde, sodass es in Daten, für die es nicht optimiert wurde, weniger gute Prognosen liefert.

²⁾ "Least Absolute Shrinkage and Selection Operator" (siehe Tibshirani, 1996).

³⁾ Dazu wurden fünf Teildatensätze gebildet, von denen vier zur Modellbildung dienen (Trainingsdaten) und der fünfte als Testdatensatz, um die Modellgüte

zu beurteilen. Dieses Vorgehen wird fünfmal wiederholt, bis jeder der fünf Teildatensätze einmal Testdatensatz war.

⁴⁾ Die abgegebenen Heilmittel wurden auf der höchsten Ebene der ATC-Klassifikation (anatomische Gruppen), Diagnosen auf Ebene der ICD-Krankheitskapitel und medizinische Einzelleistungen auf Ebene der Kapitel im Leistungskatalog des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz aggregiert.

Das Alter, Spitalsaufenthalte und Arztbesuche korrelieren am stärksten mit dem erstmaligen Pflegegeldbezug.

Die Erstellung eines Vorlaufindikators ist trotz guter Prognoseleistung mit den angewandten Methoden nicht möglich.

(III. Quartal 2017, 2. Halbjahr 2017, Gesamtjahr 2017, Jahre 2016 und 2017) zeigt, dass der erstmalige Pflegegeldbezug vor allem in der kurzen Frist gut prognostiziert werden kann. So erreicht ein Logit-Modell, das auf Basis der im III. Quartal 2017 bezogenen Gesundheitsleistungen die Wahrscheinlichkeit eines erstmaligen Pflegegeldbezugs im Jänner 2018 schätzt, in den Testdaten eine Fläche unter der ROC-Kurve von 0,88⁵⁾. Wird der Monat unmittelbar vor dem Eventzeitraum nicht in die Betrachtung miteinbezogen, nimmt die Modellgüte ab. Auch Modelle, welche längere Eventzeiträume und/oder längere Beobachtungszeiträume nutzen, weisen eine geringere Prognosefähigkeit auf. Jedoch können die Modelle selbst dann, wenn der Monat unmittelbar vor Beginn des Eventzeitraums ausgespart wird und die Beobachtungs- und Eventzeiträume auf ein ganzes Jahr ausgedehnt werden, noch sehr gut zwischen Personen mit und ohne erstmaligen Pflegegeldbezug im Eventzeitraum unterscheiden (Fläche unter der ROC-Kurve: 0,82).

Ein höherer Detailgrad in der Messung der Gesundheitsleistungen führt hingegen nicht zwangsweise zu einer Verbesserung der Modellgüte: Die Steigerung der Prognosefähigkeit durch eine tiefere Aufschlüsselung der abgegebenen Heilmittel, Diagnosen oder medizinischen Einzelleistungen erhöht zwar die Modellgüte, jedoch nur marginal (auf höchstens 0,89 bzw. auf 0,83, wenn der unmittelbar vor dem Eventzeitraum liegende Monat nicht berücksichtigt wird). Diese Ergebnisse sind auch gegenüber einer Verschiebung des Eventzeitraums robust.

Zu den in der kurzen Frist am stärksten mit dem erstmaligen Pflegegeldbezug korrelierten Faktoren zählen laut den verwendeten multivariaten Modellen das Alter, stationäre Krankenhausaufenthalte sowie die Kontakthäufigkeit zu Allgemeinmedizinerinnen und -medizinern, aber auch Abgaben von Heilmitteln der ATC-Gruppe "N" (Nervensystem). Auch Computertomografien oder Diagnosen wie "Hirnfarkt", Unfälle im privaten Bereich oder "essentielle Hypertonie"⁶⁾ weisen in der kurzen Frist eine deutliche Präzedenz für den erstmaligen Pflegegeldbezug auf.

Trotz der hohen Prognosefähigkeit lässt sich aus den Daten kein kurzfristiger Vorlaufindikator für den zukünftigen Pflegegeldbezug auf individueller Ebene entwickeln, da die untersuchten Ereignisse in den vorhandenen Daten und der zugrundeliegenden Grundgesamtheit nicht ausgewogen verteilt sind: In den Jahren 2016 bis 2018 wurden in der rund 1,9 Mio. Personen umfassenden Altersgruppe der 60- bis 85-Jährigen pro Monat im Durchschnitt etwas mehr als 3.600 erstmalige Pflegegeldbezüge beobachtet. Selbst wenn man von dieser Zahl jene Personen abzieht, welche bereits Pflegegeld beziehen, entstände selbst bei einer sehr geringen relativen Ausfallsrate eine hohe Zahl an Falschpositiv-Klassifizierungen, d. h. das Modell würde zu viele Personen fälschlicherweise der Gruppe der erstmalig Pflegegeldbeziehenden zuteilen. Die Entwicklung eines Vorlaufindikators auf individueller Ebene scheint damit trotz der bereits guten Prognoseleistung der hier verwendeten Methoden weitere Forschung vorauszusetzen, welche alternative fortgeschrittene Klassifikationsmethoden evaluiert.

4. Gesundheitliche Gründe für den Übertritt in eine höhere Pflegegeldstufe

Abbildung 1 stellt die Pflegegeldstufen aller im Datensatz enthaltenen Personen ab 60 Jahren zu zwei Zeitpunkten dar: am Ende des Beobachtungszeitraums (1. Jänner 2017) sowie am Ende des Eventzeitraums (1. Jänner 2018). Wie dieser Vergleich zeigt, verbleibt der Großteil der Personen auf derselben Pflegegeldstufe: Nur 18,2% der Pflegegeldbeziehenden ab 60 Jahren traten im Jahr 2017 in eine höhere Stufe über. Weiters ist ersichtlich, dass die meisten Änderungen Höhereinstufungen sind, meist um eine Pflegegeldstufe, oft auch um zwei. Eine multivariate Analyse auf Basis von LASSO-Regressionen zeigt die Wahrscheinlichkeit des

Übertrittes in eine höhere Pflegegeldstufe unter Berücksichtigung persönlicher Merkmale, der im Beobachtungszeitraum abgerufenen Gesundheitsleistungen und gestellten Diagnosen sowie der Pflegegeldstufe am Ende des Beobachtungszeitraums (Dezember 2016). Die Darstellung der Regressionsergebnisse erfolgt jeweils in zwei Schritten: Zunächst werden die wichtigsten Einflussfaktoren nach fünf Merkmalskategorien beschrieben (Diagnosen, Medikamente bzw. Heilmittel, medizinische Einzelleistungen, Fachgebiete medizinischer Leistungen und sonstige persönliche Charakteristika).

⁵⁾ ROC-Kurven (von "Receiver Operating Characteristic") werden verwendet, um die Richtig-positiv-Rate eines Klassifizierungsverfahrens (Sensitivität) seiner Falsch-positiv-Rate (Ausfallsrate oder 1-Spezifität) gegenüberzustellen. Im Allgemeinen sind Modelle mit einer möglichst hohen Sensitivität bei möglichst geringer Ausfallsrate wünschenswert. Solche Modelle weisen

eine die Fläche unter der ROC-Kurve (auch AUC, "Area under the Curve") nahe 1 auf. Modelle mit einer AUC zwischen 0,8 und 0,9 kann ein "exzellentes" Unterscheidungsvermögen attestiert werden (siehe Hosmer & Lemeshow, 2000, 162).

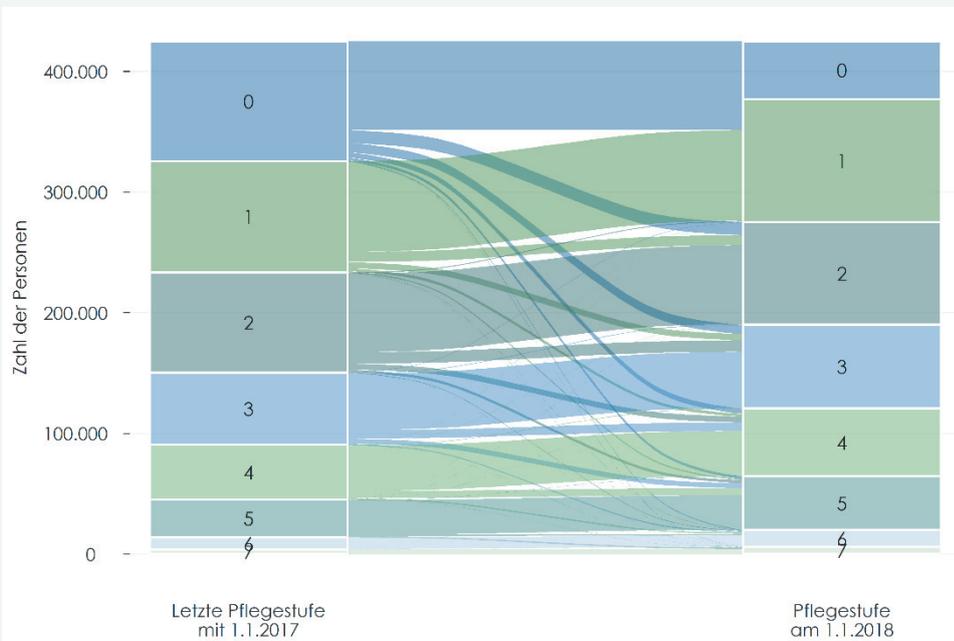
⁶⁾ Bluthochdruck, der mit keiner anderen Erkrankung in Verbindung steht.

Im zweiten Schritt erfolgt eine Gesamtanalyse aller Merkmalkategorien, wobei die 15

insgesamt bedeutendsten Faktoren herausgegriffen und grafisch dargestellt werden⁷⁾.

Abbildung 1: **Pflegegeldbezug der ab 60-Jährigen**

Pflegestufe am Ende des Beobachtungs- bzw. Eventzeitraums



Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger, WIFO.

Wie die LASSO-Regressionen zeigen, korreliert die bisherige Pflegegeldstufe (im Dezember 2016) am stärksten mit dem Übergang in eine höhere Pflegegeldstufe im Jahr 2017: Eine bereits hohe Pflegegeldeinstufung reduziert also ceteris paribus deutlich die Wahrscheinlichkeit einer Höhereinstufung. Der Grund dafür liegt wohl auch in der Definition der Anspruchsvoraussetzungen für die einzelnen Pflegegeldstufen. Für die Pflegegeldstufen 5 bis 7 gelten die gleichen Voraussetzungen bezüglich des Pflegeaufwands (dieser muss mehr als 180 Stunden im Monat ausmachen), nur das qualitative Ausmaß des Pflegebedarfs divergiert⁸⁾. Zusätzlich sind in den oberen Pflegegeldstufen oftmals geringere Veränderungen im Krankheitszustand zu beobachten, der sich häufig bis zum Tod nicht mehr verändert.

Ein höheres Alter korreliert ceteris paribus positiv mit dem Übertritt in eine höhere Pflegegeldstufe. Unter den Diagnosen kommt Demenzerkrankungen und bösartigen Neu-

bildungen die höchste Bedeutung zu. Die medizinische Einzelleistung, die den höchsten positiven statistischen Zusammenhang mit dem Übergang in eine höhere Pflegegeldstufe aufweist, ist die Computertomografie des Kopf- und Halsbereichs. Die Implantation eines künstlichen Hüftgelenks korreliert ebenso wie die Implantation eines künstlichen Kniegelenks ceteris paribus negativ mit der Wahrscheinlichkeit einer Höhereinstufung. Eine mögliche Begründung könnte sein, dass diese Eingriffe nur an Personen mit ansonsten stabiler Gesundheit durchgeführt werden. Die Inanspruchnahme einer Bestrahlung – wohl in der Regel als Folge einer bösartigen Neubildung – ist mit einer erhöhten Übertrittswahrscheinlichkeit in eine höhere Pflegegeldstufe verbunden. Die Medikamente bzw. Heilmittel, deren Verschreibung am häufigsten einer Höhereinstufung vorausgeht, sind Substanzen, die mit unterschiedlichen Demenzerkrankungen in Verbindung stehen. Die Ergebnisse zeigen die hohe Bedeutung dieser Erkrankungen für

⁷⁾ Während in Famira-Mühlberger et al. (2021) die jeweils wichtigsten 10 Einflussfaktoren in den Bereichen Diagnosen, medizinische Einzelleistungen, Fachgebiete ärztlicher Leistungen, Medikamente bzw. Heilmittel sowie der sonstigen persönlichen Merkmale veranschaulicht wurden, werden in diesem Beitrag nur die 15 insgesamt wichtigsten Merkmale grafisch dargestellt.

⁸⁾ Die Voraussetzungen für Pflegegeldstufe 5 lauten: Mehr als 180 Stunden Pflegeaufwand und Vorliegen von außergewöhnlichem Pflegeaufwand. Für Pflege-

geldstufe 6 sind mehr als 180 Stunden Pflegeaufwand und die Notwendigkeit zeitlich unkoordinierter Betreuungsmaßnahmen oder einer dauernden Beaufsichtigung aufgrund einer Eigen- oder Fremdgefährdung erforderlich. Pflegegeldstufe 7 wird gewährt, wenn der Pflegeaufwand 180 Stunden überschreitet und zugleich keine zielgerichteten Bewegungen der vier Extremitäten mit funktioneller Umsetzung möglich sind (oder ein gleich zu achtender Zustand vorliegt). Siehe dazu das Bundespflegegeldgesetz 1993 in der letztgültigen Fassung.

die Projektion von Übertritten in höhere Pflegegeldstufen.

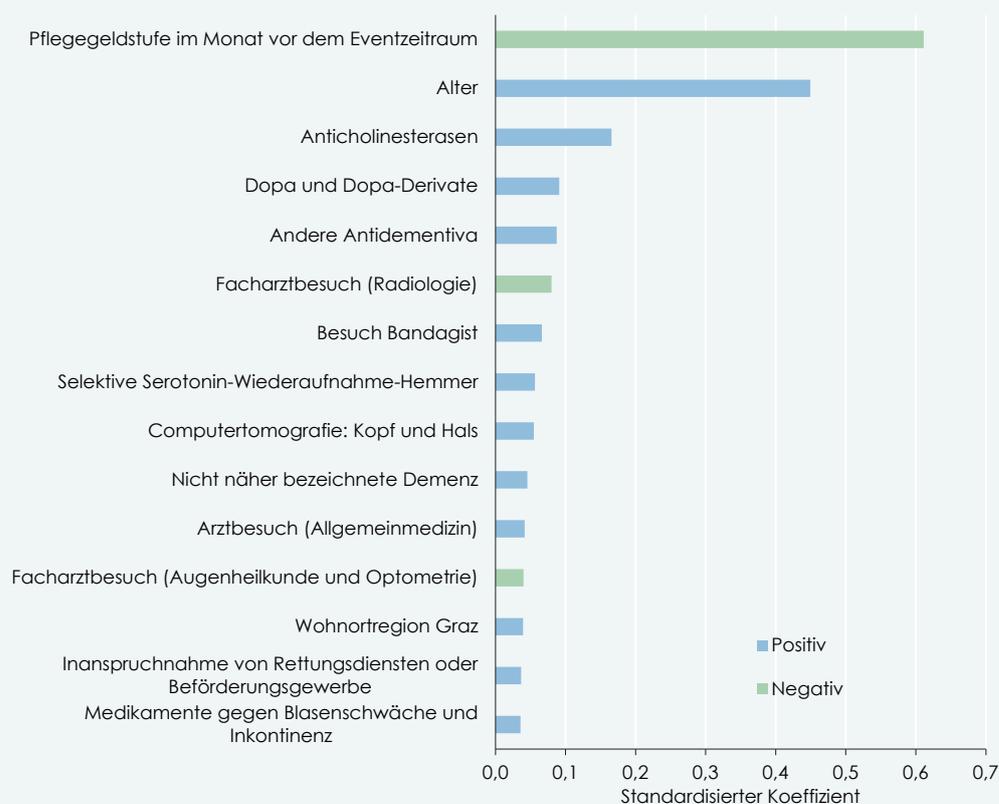
Neben dem Alter der Personen dürfte auch der Wohnort der Pflegebedürftigen die Übertrittswahrscheinlichkeit beeinflussen (siehe dazu unten).

Eine bereits hohe Pflegegeldstufe senkt die Wahrscheinlichkeit einer Höhereinstufung, ein höheres Alter und die Verschreibung von Heilmitteln für das Nervensystem erhöhen sie.

Die 15 insgesamt bedeutendsten Faktoren für den Übertritt in eine höhere Pflegegeldstufe zeigt Abbildung 2. Hierbei wurden in der Analyse alle fünf Merkmalskategorien zusammengefasst. Den stärksten negativen Effekt hat demgemäß die Höhe der Pflegegeldstufe im Monat vor dem Eventzeitraum. Schwach negativ mit der Übertrittswahrscheinlichkeit korreliert die Inanspruchnahme radiologischer bzw. augenärztlicher Leistungen. Wenig überraschend ist die deutlich positive Korrelation zwischen höherem Alter und einer Anhebung der

Pflegegeldstufe. Positive Korrelationen, wenn auch schwächer, zeigt die Verschreibung von mit Demenz verbundenen Medikamenten (Anticholinesterasen, Dopa und Dopa-Derivate oder andere Antidementiva) bzw. Stimmungsaufhellern (Serotonin-Wiederaufnahme-Hemmer). Die einzige medizinische Einzelleistung, die zu den 15 wichtigsten Faktoren für eine Höhereinstufung zählt, ist die Computertomografie im Kopf- und Halsbereich, die einzige Diagnose jene der (nicht näher bezeichneten) Demenz. Wie erwähnt, scheint auch der Wohnort der betroffenen Personen eine Rolle zu spielen: So weisen Pflegebedürftige in Graz ceteris paribus eine erhöhte Wahrscheinlichkeit auf, in eine höhere Pflegegeldstufe überzutreten als Personen in anderen Regionen. Der Grund dafür ist unklar – hier zeigt sich weiterer Forschungsbedarf.

Abbildung 2: Die 15 wichtigsten Merkmale, die einen Effekt auf Übertritte in eine höhere Pflegegeldstufe haben



Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger, WIFO.

5. Gesundheitliche Gründe für den Eintritt in stationäre Pflege

Im Jahr 2017 traten 7,7% der Pflegegeldbeziehenden ab 60 Jahren in die stationäre Pflege ein. Auch hier zeigen die Ergebnisse die Wahrscheinlichkeit des Eintrittes in die stationäre Pflege unter Berücksichtigung persönlicher Eigenschaften, der im Beobachtungszeitraum abgerufenen Gesundheitsleistungen und gestellten Diagnosen

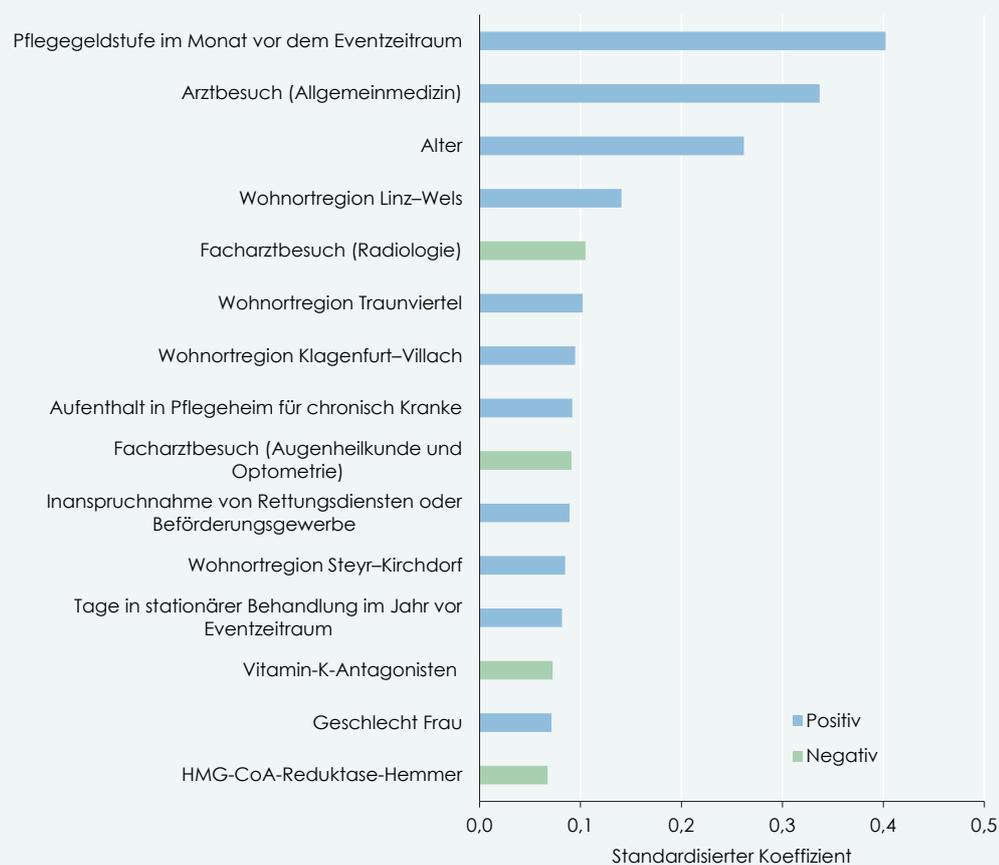
sowie der Pflegegeldstufe am Ende des Beobachtungszeitraums (Dezember 2016).

Die multivariate Analyse auf Basis der LASSO-Regressionen zeigt, dass die Pflegegeldstufe im Dezember 2016 die stärkste Korrelation mit einem Eintritt in stationäre Pflege im Jahr 2017 hat: Je höher die Pflegegeldstufe,

desto höher ist ceteris paribus die Wahrscheinlichkeit des Eintrittes. Ebenso stark korrelieren die Inanspruchnahme ärztlicher Leistungen von Allgemeinmedizinerinnen und -medizinern – in diesem Zusammenhang wohl ein Indiz für einen schlechten Gesundheitszustand – sowie ein höheres Alter. Unter den Diagnosen sind Unfälle im privaten Bereich (z. B. Stürze), Demenz und psychischen Störungen als Einflussfaktoren für den Wechsel in die stationäre Pflege von hoher Bedeutung. Die wesentlichste medizinische Einzelleistung, die die Wahrscheinlichkeit des Eintrittes in die stationäre Pflege erhöht, ist eine Computertomografie des Kopf- und Halsbereichs. Patientinnen und Patienten mit Nierenersatztherapien und Kathetereingriffen der Herzkranzgefäße haben ceteris paribus eine geringere Wahrscheinlichkeit, in die stationäre Pflege überzutreten. Es zeigt sich, dass auch manche kurativen Eingriffe (z. B.

die Implantation künstlicher Hüft- oder Kniegelenke) die Wahrscheinlichkeit eines Wechsels in die stationäre Pflege reduzieren. Eine mögliche Erklärung wäre, dass es sich dabei zum Teil um Eingriffe handelt, die nur bei Personen mit stabilem Gesundheitszustand durchgeführt werden. Einen negativen Effekt auf die Wahrscheinlichkeit des Eintrittes in die stationäre Pflege hat ceteris paribus auch die Einnahme gerinnungshemmender Medikamente und Cholesterinsenker. Wie die Analyse der persönlichen Merkmale zeigt, korrelieren neben der Pflegegeldstufe und dem Alter auch bestimmte Wohnortregionen positiv mit dem Eintritt in die stationäre Pflege⁹⁾. Eine Erklärung dafür könnte ein Angebotseffekt sein, nämlich, dass in diesen Regionen zusätzliche Kapazitäten geschaffen wurden oder mehr Kapazitäten vorhanden sind als anderswo.

Abbildung 3: Die 15 wichtigsten Merkmale, die einen Effekt auf Eintritte in stationäre Pflege haben



Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger, WIFO.

⁹⁾ Linz–Wels, Traunviertel, Klagenfurt–Villach, Steyr–Kirchdorf, die östliche Steiermark und das Mühlviertel.

Die Pflegegeldstufe, Arztbesuche, das Alter und bestimmte Wohnortregionen korrelieren positiv mit Eintritt in stationäre Pflege.

Die Analyse aller Merkmalskategorien zeigt Abbildung 3, die die 15 wesentlichsten Merkmale für den Eintritt in stationäre Pflege darstellt. Den stärksten positiven Effekt auf den Eintritt in die stationäre Pflege hat die Pflegegeldstufe im Monat vor dem Eventzeitraum. Erhöht ist Eintrittswahrscheinlichkeit auch für Personen, die im Beobachtungszeitraum eine Ärztin bzw. einen Arzt für Allgemeinmedizin konsultiert haben, sowie für Personen höheren Alters. Weiters zeigen sich positive Korrelationen der Eintrittswahrscheinlichkeit mit gewissen NUTS-3-Regionen (Linz-Wels, Traunviertel, Klagenfurt-Villach und Steyr-Kirchdorf), mit dem Aufenthalt in einem

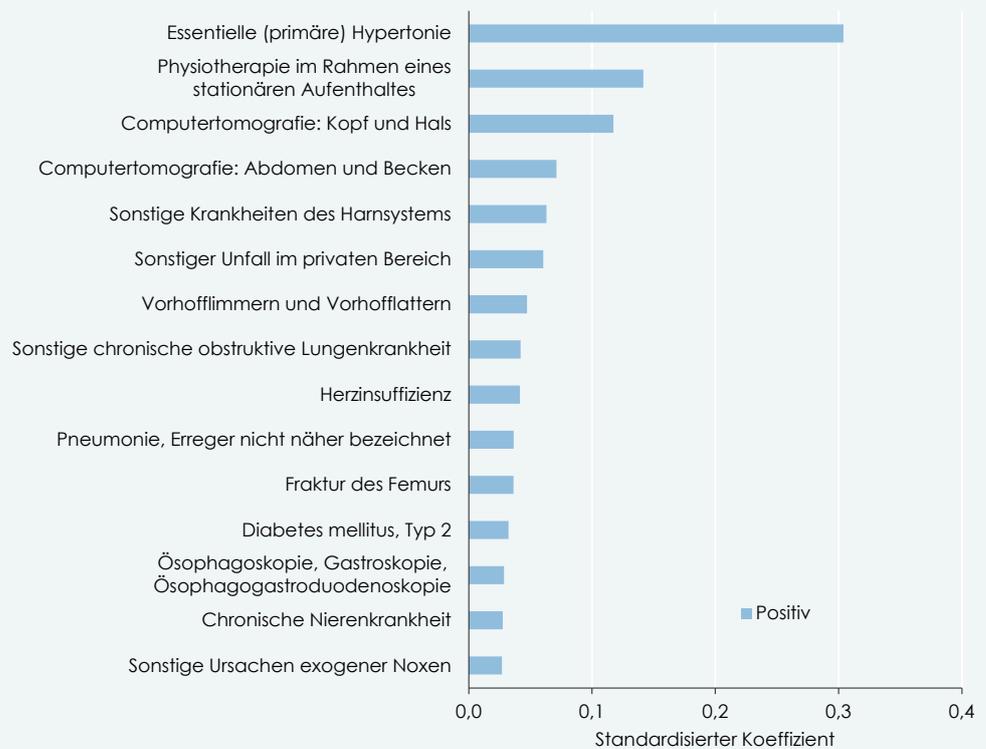
Pflegeheim für chronisch Kranke, mit der Inanspruchnahme von Rettungsdiensten und mit der Dauer einer stationären Behandlung in Krankenhäusern. Für Frauen ist die Wahrscheinlichkeit eines Eintrittes in stationäre Pflege höher als für Männer. Negative Effekte gehen von einer vorherigen Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen von Radiologinnen und Radiologen bzw. Augenärztinnen und -ärzten aus. Gleiches gilt für die Einnahme von gerinnungshemmenden Medikamenten (Vitamin-K-Antagonisten) und Cholesterinsenkern (HMG-CoA-Reduktase-Hemmer).

6. Dauer des Krankenhausaufenthalts von Pflegegeldbeziehenden

Krankenhausaufenthalte wurden in den bisher dargestellten Analysen als medizinische Einzelleistungen berücksichtigt. Die Dauer der Krankenhausaufenthalte von Pflegegeldbeziehenden im Eventzeitraum 2017

steht jedoch ihrerseits in einem engen Zusammenhang mit den medizinischen Leistungen, die im Beobachtungszeitraum 2016 in Anspruch genommen wurden.

Abbildung 4: Die 15 wichtigsten Merkmale, die einen Effekt auf die Dauer des Krankenhausaufenthalts haben



Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger, WIFO.

Bluthochdruck, Physiotherapie und Computertomografien korrelieren positiv mit der Dauer der Krankenhausaufenthalte.

Im Durchschnitt verbrachten Pflegegeldbeziehende 2017 8,1 Nächte im Krankenhaus, wobei sowohl die Verteilung als auch die Dauer der Aufenthalte entlang der Pflegegeldstufen variieren: Mit höherer Pflegestufe nimmt die Anzahl der Aufenthalte ab, die Aufenthaltsdauer jedoch zu. Die Zusammenhänge zwischen der Dauer stationärer Aufenthalte der Pflegegeldbeziehenden und ihren Merkmalen (erhaltene Diagnosen, in An-

spruch genommene medizinische Einzelleistungen) zeigen folgendes Bild: Insgesamt haben Krankheitsdiagnosen einen stärkeren Effekt auf die Dauer von Krankenhausaufenthalten der Pflegegeldbeziehenden als die sonstigen medizinischen Einzelleistungen, wie die durchgeführten multivariate Analysen der LASSO-Regressionen zeigen. Ausgehend von den ICD-10-Hauptdiagnosen zeigt die essentielle (primäre) Hypertonie (Blut-

hochdruck) vor Harnwegserkrankungen und sonstigen Unfällen im privaten Bereich die stärkste Korrelation mit der Aufenthaltsdauer. Unter Einbeziehung der medizinischen Einzelleistungen gehen auch die Inanspruchnahme einer Physiotherapie oder einer Computertomografie von Kopf, Hals bzw. Abdomen im Beobachtungszeitraum mit längeren stationären Aufenthalten einher (Abbildung 4).

Die Quantifizierung der wesentlichsten Gesundheitsleistungen jener Pflegegeldbeziehenden, die auch Krankenhausaufenthalte haben, zeigt klare Präventionsfelder auf. So hätten vor allem Maßnahmen zur Reduktion von Hypertonie positive Wirkungen, die bis hin zur Verkürzung des Krankenhausaufenthaltes von Pflegegeldbeziehenden reichen.

7. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Die wesentlichen Erkenntnisse aus der Analyse der Zusammenhänge zwischen der gesundheitlichen Entwicklung von älteren Personen (gemessen an den bezogenen Gesundheitsleistungen) und dem Pflegegeldsystem sind folgende:

- Der erstmalige Pflegegeldbezug lässt sich relativ gut prognostizieren.
- Rezente Gesundheitsleistungen sind für den Eintritt ins Pflegegeldsystem von großer Bedeutung.
- Zu den am stärksten mit dem erstmaligen Pflegegeldbezug korrelierten Faktoren zählen in der kurzen Frist
 - das Alter,
 - stationäre Aufenthalte in Krankenhäusern,
 - Kontakte zu Allgemeinmedizinerinnen und -medizinern sowie
 - die Verschreibung von Heilmitteln, die auf das Nervensystem wirken.
- Die Etablierung eines Vorlaufindikators auf individueller Ebene erscheint trotz der guten Prognoseleistung auf Basis der beschriebenen Daten und Methoden verfrüht. Dazu bedürfte es zunächst weiterer Forschung, um alternative Modelle und Ansätze zu evaluieren, welche möglicherweise die Modellgüte weiter verbessern.
- Die höchste Präzedenz für den Übertritt in eine höhere Pflegegeldstufe zeigen
 - die bisherige Pflegegeldstufe (am Ende des Beobachtungszeitraums),
 - das Alter, sowie
 - die Verschreibung von Heilmitteln, die auf das Nervensystem wirken.
- Zu den wichtigsten Faktoren, die mit dem Eintritt in die stationäre Pflege korrelieren, zählen
 - die Pflegegeldstufe am Ende des Beobachtungszeitraums,
 - Kontakte zu Allgemeinmedizinerinnen und -medizinern, sowie
 - das Alter.
- Zu den Faktoren mit der höchsten Korrelation mit der Dauer der Krankenhausaufenthalte zählen
 - die Diagnose von Bluthochdruck,
 - Physiotherapien im Rahmen eines stationären Aufenthaltes sowie
 - Computertomografien von Kopf und Hals sowie Abdomen und Becken.

Aus diesen Ergebnissen lassen sich folgende gesundheitspolitische Schlussfolgerungen ziehen:

- Relevanz des Alters: Personen, die sich nur durch ihr Alter von Vergleichspersonen unterscheiden, aber die dieselben Gesundheitsleistungen bezogen, haben eine höhere Wahrscheinlichkeit, ins Pflegegeldsystem einzutreten, in höhere Pflegegeldstufen überzutreten und in die stationäre Pflege zu wechseln. Die durchgeführten Analysen zeigen, dass das Alter für die Ermittlung der Pflegebedürftigkeit eine überproportionale Rolle spielt und Personen aufgrund ihres Alters, aber nicht primär auf Basis ihres Gesundheitszustandes eingestuft werden, wobei ein höheres Alter oftmals mit einem Funktionsverlust für die Aktivitäten des täglichen Lebens einhergeht.
- Bedeutung von Demenz: Sowohl für den Eintritt in das Pflegegeldsystem als auch für eine Höhereinstufung kommt Demenzerkrankungen eine hohe Bedeutung zu. Hier sollten die Präventionsfelder ausgebaut werden.
- Allgemeinmedizinerinnen und -mediziner spielen sowohl beim Eintritt in das Pflegegeldsystem als auch beim Eintritt in die stationäre Pflege eine wesentliche Rolle. Häufige Arztbesuche bedeuten eine höhere Wahrscheinlichkeit, in das Pflegegeldsystem bzw. in die stationäre Pflege einzutreten. Die Erklärung dafür ist vermutlich, dass sich der allgemeine Gesundheitszustand verschlechtert, was Besuche bei Allgemeinmedizinerinnen und -medizinern notwendig macht. Diese Ärztinnen und Ärzte sind daher für die Einschätzung der Entwicklung des Pflege- bzw. Pflegegeldsystems zentral und sollten durch verstärkte Kooperation in die künftige Gestaltung des Systems eingebunden werden (siehe auch Famira-Mühlberger et al., 2019).
- Personen, die in bestimmten Regionen Österreichs leben, weisen ceteris paribus höhere Wahrscheinlichkeiten auf, erstmalig Pflegegeld zu beziehen, in eine höhere Pflegegeldstufe zu wechseln, oder in die stationäre Pflege überzutreten. Die Gründe dafür müssten genauer untersucht werden.

- Manche kurativen Eingriffe könnten das Pflegegeldsystem entlasten, da die betroffenen Personen durch die Eingriffe länger fit bleiben können und nicht auf Pflege angewiesen sind. Dazu zählen etwa Hüft- oder Kniegelenksimplantationen oder kurative Eingriffe am Herzen. Dies wäre in einer Kosten-Nutzen-Analyse zu berücksichtigen.
- Die Diagnose der essentiellen (primären) Hypertonie (Bluthochdruck) steht in einem statistischen Zusammenhang mit längeren Krankenhausaufenthalten der Pflegegeldbeziehenden. Entsprechende Präventionsmaßnahmen sollten verstärkt und hinsichtlich ihrer Wirkung evaluiert werden.

8. Literaturhinweise

- Famira-Mühlberger, U. (2020). *Pflegevorsorge in Gemeinden*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/66284>.
- Famira-Mühlberger, U., Firgo, M., & Streicher, G. (2019). *Geriatrische Versorgung in Wien im Kontext des demographischen Wandels*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/62221>.
- Famira-Mühlberger, U., Mayrhuber, C., & Nowotny, K. (2021). *Pflege und Gesundheit*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/67194>.
- Hosmer, D. W., & Lemeshow, S. (2000). *Applied Logistic Regression. Second Edition*. John Wiley & Sons.
- Klien, M., Pitlik, H., Firgo, M., & Famira-Mühlberger, U. (2020). *Ein Modell für einen strukturierten vertikalen Finanzausgleich in Österreich*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/65854>.
- Tibshirani, R. (1996). Regression shrinkage and selection via the Lasso. *Journal of the Royal Statistical Society*, 58(1), 267-288.

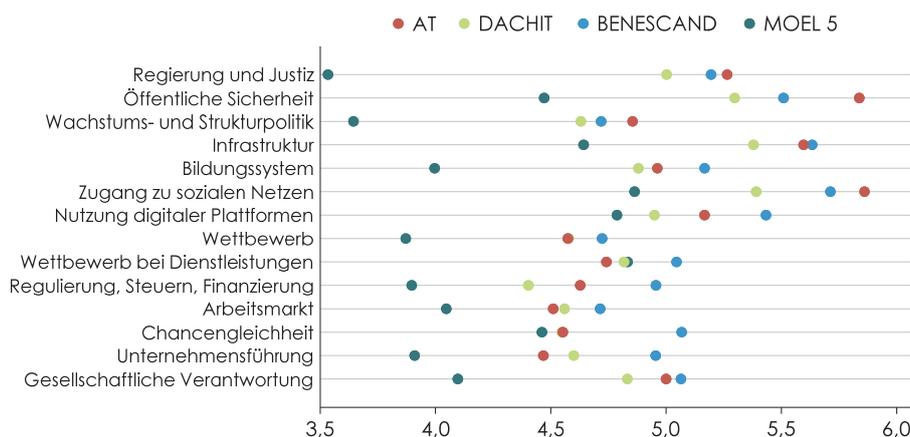
Österreichs Standortqualität im Executive Opinion Survey 2021

Michael Peneder, Alexandros Charos

- Im Executive Opinion Survey (EOS) befragt das World Economic Forum weltweit Führungskräfte zur Qualität ihres Wirtschaftsstandortes. Das WIFO ist der nationale Partner für die Befragung in Österreich. An der letzten Befragungswelle 2021 nahmen 130 Führungskräfte teil.
- Österreich erweist sich insgesamt als attraktiver Standort für die Unternehmen. So ist z. B. das Vertrauen in öffentliche Institutionen sowie die Zufriedenheit mit der physischen Infrastruktur insgesamt hoch.
- Angesichts der COVID-19-Krise zeigen die Führungskräfte hierzulande auch ein größeres Vertrauen in die Fähigkeit der Regierung, auf Veränderungen zu reagieren und im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger zu handeln, als im Durchschnitt der Vergleichsländer.
- Bei zahlreichen Indikatoren bleibt Österreich jedoch hinter dem Durchschnitt einer Vergleichsgruppe zurück, die fünf kleine offene Volkswirtschaften in der EU umfasst.
- Vergleichsweise schwach schneidet Österreich bei den ethischen Standards in der Politik, der Vermittlung von Innovation und Kreativität durch das Bildungssystem, der räumlichen Mobilität der Arbeitskräfte, bei der Start-up-Finanzierung, der Verständlichkeit des Steuersystems oder der Gleichstellung von Frauen und Männern in der Kinderbetreuung und Altenpflege ab.

Einschätzung der Standortqualität durch Führungskräfte – Österreich im Vergleich zu DACHIT, BENESCAND und MOEL 5

Ungewichtete Mittelwerte über Länder und Indikatoren



"Österreich ist ein attraktiver Wirtschaftsstandort, bleibt aber bei zahlreichen Indikatoren hinter anderen kleinen offenen Volkswirtschaften in der EU zurück."

Im internationalen Vergleich schätzen die befragten Führungskräfte Österreich insgesamt als attraktiven Wirtschaftsstandort ein. Allerdings bleibt Österreich oft hinter dem Durchschnitt einer Vergleichsgruppe kleiner offener Volkswirtschaften in der EU zurück (Belgien, Niederlande, Dänemark, Schweden, Finnland; Q: World Economic Forum, Executive Opinion Survey 2021 (EOS); WIFO).

Österreichs Standortqualität im Executive Opinion Survey 2021

Michael Peneder, Alexandros Charos

Österreichs Standortqualität im Executive Opinion Survey 2021

Der Executive Opinion Survey (EOS) ist eine internationale Umfrage des World Economic Forum zur Standortqualität. In Österreich wurde sie in Zusammenarbeit mit dem WIFO zuletzt von Ende April bis Ende Juni 2021 durchgeführt. Dieser Beitrag fasst die wichtigsten Ergebnisse entlang von vier Dimensionen zusammen: öffentliche Institutionen, öffentliche Güter, Märkte und Unternehmen. Zur Positionsbestimmung werden die Ergebnisse für Österreich mit den Durchschnittswerten dreier Ländergruppen verglichen, die für Österreich besonders relevant sind. Österreich erweist sich insgesamt als attraktiver Standort, bleibt aber bei zahlreichen Indikatoren hinter dem Durchschnitt einer Vergleichsgruppe kleiner offener Volkswirtschaften in der EU zurück.

Austria's Quality as a Business Location in the Executive Opinion Survey 2021

The Executive Opinion Survey (EOS) is an international survey on the quality of business locations conducted by the World Economic Forum. In Austria, it was last conducted in cooperation with WIFO from the end of April to the end of June 2021. This paper summarises the main findings along four dimensions: public institutions, public goods, markets and enterprises. To determine the position, the results for Austria are compared with the average values of three groups of countries that are particularly relevant for Austria. Austria proves to be an attractive location overall, but falls short of the average for a comparison group of small open economies in the EU with respect to a number of indicators.

JEL-Codes: F68, H11, H41, J50, L10, P52 • **Keywords:** Wettbewerbsfähigkeit, Standortqualität, Vertrauen, Wettbewerb, CSR

Begutachtung: Julia Bachtrögler-Unger • **Wissenschaftliche Assistenz:** Nicole Schmidt-Padickakudy (nicole.schmidt-padickakudy@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 1. 3. 2022

Kontakt: Michael Peneder (michael.peneder@wifo.ac.at), Alexandros Charos (alexandros.charos@wifo.ac.at)

1. Motivation und Ausgangslage

Dieser Beitrag fasst die Ergebnisse einer Umfrage zur Standortqualität zusammen, die das World Economic Forum in Zusammenarbeit mit dem WIFO unter Führungskräften von in Österreich tätigen Unternehmen durchgeführt hat. Die Umfrage ist Teil des **Executive Opinion Survey (EOS)** des World Economic Forum, der jährlich mit standardisierten Fragen in über 120 Ländern durchgeführt wird¹⁾. Als nationale Partnerorganisation des World Economic Forum organisiert und betreut das WIFO die Befragung in Österreich, während das World Economic Forum den Fragebogen entwickelt und die Daten ausgewertet hat. Für die Umfrage 2021 wurden dabei umfangreiche Änderungen vorgenommen. So wurden beispielsweise zahlreiche Dimensionen, die in der Zwischenzeit auch weltweit gut durch offizielle statistische Sekundärdaten erfasst werden, nicht mehr in die Befragung aufgenommen. Umgekehrt wurde die Erhebung um neue Fragen ergänzt, die dem gesellschaftlichen Wandel und den veränderten Schwerpunkten der internationalen Diskussion zum Thema Wettbewerbsfähigkeit Rechnung tragen. Dem Vorteil einer größeren Aktualität und gesellschaftspolitischen

Relevanz der Fragen steht daher als Nachteil die mangelnde Vergleichbarkeit mit den Umfrageergebnissen der Vorjahre gegenüber. Aussagekräftige Vergleiche im Zeitablauf werden daher erst wieder mit den Umfragen der Folgejahre möglich sein.

Darüber hinaus ergab sich für die Erhebung 2021 eine zweite wichtige Änderung. In den Vorjahren waren die Umfragedaten des EOS vom World Economic Forum auch zur Berechnung des Global Competitiveness Index (GCI) verwendet und die Ergebnisse im Rahmen des jährlichen Global Competitiveness Report der Öffentlichkeit vorgestellt worden. Aufgrund der weltweiten COVID-19-Pandemie war dem World Economic Forum nach eigenen Angaben im vergangenen Jahr keine lückenlose Durchführung des EOS im internationalen Maßstab möglich, weshalb beschlossen wurde, für 2021 keinen Index der globalen Wettbewerbsfähigkeit zu veröffentlichen. Zeitgleich mit dieser Entscheidung hat das World Economic Forum dem WIFO Ende Jänner 2022 seine aktuelle Auswertung der Befragungsdaten zur Verfügung gestellt. Um die Ergebnisse für Österreich zu dokumentieren und der Öffentlichkeit

¹⁾ World Economic Forum (2020, 79).

zugänglich zu machen, wurde daher heuer erstmals das Format eines WIFO-Monatsberichtes gewählt. Für die ausgewählten Darstellungen, Erläuterungen und Bewertungen

2. Die Befragung

In Österreich wurden die Daten für den EOS 2021 im Zeitraum von Ende April bis Ende Juni 2021 erhoben. Mit 130 gültig beantworteten Fragebögen bei einer Bruttostichprobe von 1.000 Unternehmen lag die Rücklaufquote bei 13%. Die Stichprobe umfasst folgende (aggregierten) Wirtschaftssektoren: Herstellung von Waren; Bergbau, Energie- und Wasserversorgung sowie Bauwesen; Dienstleistungen und Landwirtschaft. Ihre Zusammensetzung orientiert sich am Anteil der Sektoren an der Gesamtwertschöpfung des jeweiligen Landes. Hinsichtlich der Unternehmensgröße umfasst die Stichprobe mindestens ein Drittel Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten und ein Drittel Unternehmen mit 20 bis 250 Beschäftigten. Ein weiteres Drittel der Stichprobe wurde zufällig ausgewählt, wobei nur Unternehmen mit mindestens 10 Beschäftigten aufgenommen wurden. Mit einem Anteil von 65,4% entfiel der größte Teil der Rückmeldungen auf Dienstleistungsunternehmen, gefolgt von Unternehmen im Bereich Herstellung von Waren (25,4%). Der Rest entstammte dem sonstigen produzierenden Bereich sowie der Landwirtschaft.

Umfragungswerte sind kein objektives Maß für die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes, sondern geben subjektive Einschätzungen und damit ein Stimmungsbild der dort tätigen Führungskräfte wieder. Für die empirische Wirtschaftsanalyse sind sie vor allem dann wertvoll, wenn sie Fragen und Dimensionen berücksichtigen, die entweder von der amtlichen Statistik nicht oder für internationale Vergleiche nur unzureichend erfasst werden. Auch die Auswahl der Fragen im EOS beruht auf diesen Überlegungen und berücksichtigt dabei insbesondere die folgenden Dimensionen:

3. Ergebnisse

3.1 Vertrauen in öffentliche Institutionen

Das Vertrauen von Führungskräften in **öffentliche Institutionen** ist in Österreich relativ hoch. Dies gilt auch für den Zeitraum der letzten EOS-Umfrage von Ende April bis Ende Juni 2021. Die Werte für die einzelnen Indikatoren dieses Themenbereiches liegen sämtlich über 4. In der Gruppe der Fragen zu **Regierung und Justiz** (Abbildung 1) erreicht der Schutz der Eigentumsrechte mit einem Wert

der Daten des World Economic Forum im vorliegenden Beitrag ist ausschließlich das WIFO verantwortlich.

- **Öffentliche Institutionen:** Regierung, Justiz, öffentliche Sicherheit, Wachstumspolitik
- **Öffentliche Güter:** Infrastruktur, Bildungssystem
- **Märkte:** Wettbewerb, Regulierung, Finanzierung, Arbeitsmarkt
- **Unternehmen:** Management, Arbeitsbeziehungen, gesellschaftliche Verantwortung

Die folgenden Ergebnisse bieten eine Ergänzung zu den umfassenderen und (auch) auf offiziellen statistischen Erhebungen basierenden Berichten von World Economic Forum und WIFO²⁾. Im Unterschied zur globalen Perspektive in den Berichten des World Economic Forum fokussiert der vorliegende Beitrag auf die relative Position Österreichs im Vergleich zu den ungewichteten Mittelwerten ausgewählter, für Österreich besonders relevanter Ländergruppen:

- Zu den **DACHIT** zählen neben Österreich die industriell hoch entwickelten Nachbarländer Deutschland, Schweiz und Italien.
- Die **BENESCAND** umfassen Belgien und die Niederlande sowie die skandinavischen Länder Dänemark, Schweden und Finnland. Ähnlich wie Österreich sind diese EU-Mitgliedsländer kleine offene Volkswirtschaften mit einem hohen Grad an wirtschaftlicher Entwicklung.
- Zu den **MOEL 5** gehören neben Polen folgende Nachbarländer Österreichs: Tschechien, Ungarn, Slowenien und die Slowakei.

Die subjektive Einschätzung erfolgte einheitlich auf einer Skala von 1 bis 7, wobei höhere Werte eine höhere Standortqualität ausdrücken.

Die Umfrageergebnisse vermitteln ein Stimmungsbild der in Österreich tätigen Führungskräfte.

Das Vertrauen in öffentliche Institutionen ist in Österreich meist höher als in den Vergleichsländern.

²⁾ Siehe z. B. World Economic Forum (2020) und Peneder et al. (2020, 2021). Die WIFO-Themenplattform "Wettbewerbsfähigkeit" bietet Zugang zu weite-

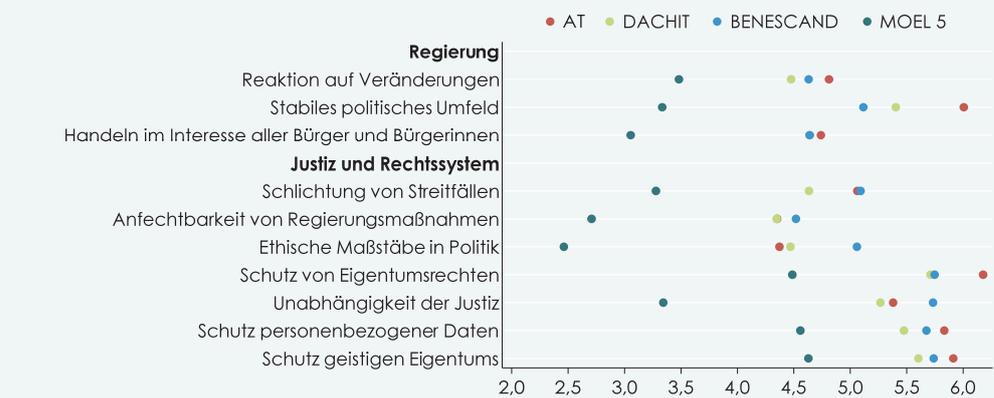
ren relevanten WIFO-Publikationen: <https://www.wifo.ac.at/themen/wettbewerbsfaehigkeit>.

rungen zu reagieren (4,8) und im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger zu handeln (4,7) als im Durchschnitt der Vergleichsländer. Die Vertrauenswerte in Bezug auf

ethische Maßstäbe in der Politik sowie die Anfechtbarkeit von Regierungsmaßnahmen (jeweils 4,4) liegen hinter jenen der BENESCAND (5,0 bzw. 4,5) zurück.

Abbildung 1: **Regierung und Justiz**

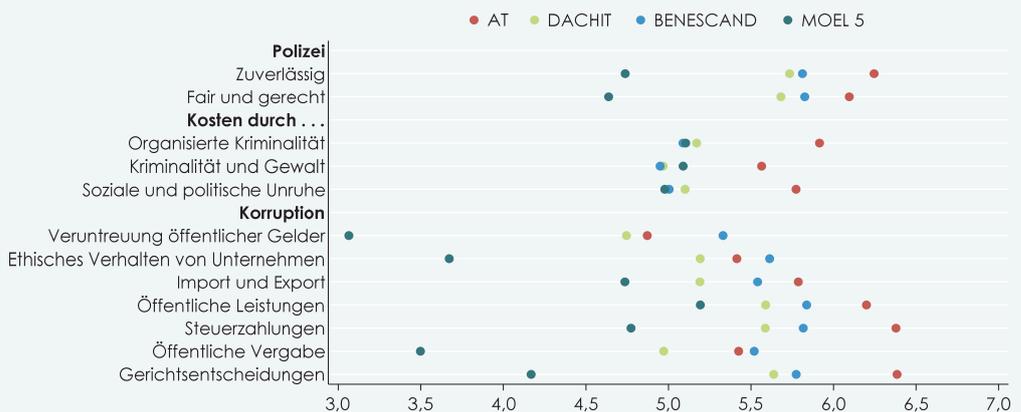
Ungewichtete Mittelwerte über Länder und Indikatoren



Q: World Economic Forum, Executive Opinion Survey 2021 (EOS); WIFO. Subjektive Einschätzungen auf einer Skala von 1 bis 7. Höhere Werte drücken eine höhere Standortqualität aus. DACHIT . . . Deutschland, Österreich, Schweiz, Italien. BENESCAND . . . Belgien, Niederlande, Dänemark, Schweden, Finnland. MOEL 5 . . . Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei.

Abbildung 2: **Öffentliche Sicherheit**

Ungewichtete Mittelwerte über Länder und Indikatoren



Q: World Economic Forum, Executive Opinion Survey 2021 (EOS); WIFO. Subjektive Einschätzungen auf einer Skala von 1 bis 7. Höhere Werte drücken eine höhere Standortqualität aus. DACHIT . . . Deutschland, Österreich, Schweiz, Italien. BENESCAND . . . Belgien, Niederlande, Dänemark, Schweden, Finnland. MOEL 5 . . . Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei.

Bei der subjektiven Bewertung der **öffentlichen Sicherheit** durch die Führungskräfte liegt Österreich in fast allen Indikatoren über dem Durchschnitt der Vergleichsländer (Abbildung 2). Die Polizei wird allgemein als verlässlich (6,2) sowie als fair und gerecht (6,1) eingeschätzt. Kosten durch organisierte Kriminalität (5,9), Kriminalität und Gewaltverbrechen (5,6) sowie soziale und politische Unruhen (5,8) belasten die Unternehmen in Österreich weniger als in den Vergleichsgruppen. Am relativ schlechtesten wird die

Standortqualität in Bezug auf die Veruntreuung öffentlicher Gelder bewertet (4,9), hier liegt Österreich hinter dem BENESCAND-Durchschnitt (5,3). Nicht erfasste Zuzahlungen oder Bestechungsgelder sind nach Ansicht der befragten Führungskräfte in Österreich weniger häufig als im Durchschnitt der Vergleichsländer. Dies gilt vor allem im Zusammenhang mit Gerichtsentscheidungen oder Steuerzahlungen (jeweils 6,4) sowie mit öffentlichen Leistungen (6,2). Häufiger kämen solche Zahlungen im Zusammenhang

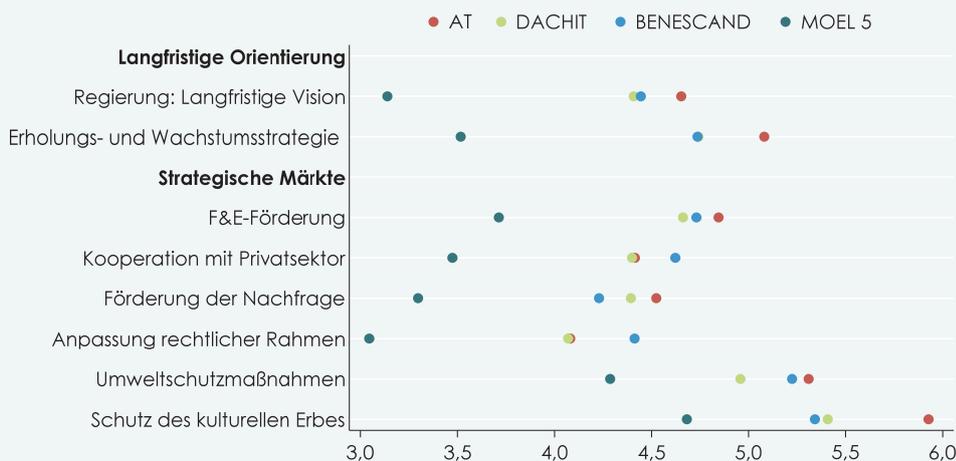
mit Import- oder Exportgeschäften (5,8) und der Vergabe von öffentlichen Aufträgen (5,4) vor. Beim letzteren Indikator schneidet Österreich schlechter ab als die BENESCAND-Länder (5,5). Dementsprechend liegt Österreich auch in Bezug auf das ethische Verhalten der Unternehmen gegenüber Verwaltung und Politik (5,4) hinter den BENESCAND (5,6), zugleich aber über dem Durchschnitt der DACHIT- und MOEL-5-Ländergruppen.

In Bezug auf die **Wachstums-, Struktur- und Industriepolitik** fällt die Einschätzung der meisten Führungskräfte in Österreich besser aus als im Durchschnitt der Vergleichsgruppen (Abbildung 3). Bei der Frage nach einer langfristigen Vision geben sie der Regierung

auf der siebenstufigen Skala eine Note von 4,7. Bei der Frage nach einer wirksamen Erholungs- und Wachstumsstrategie erhält die Regierung die Note 5,1. Bei den Maßnahmen zur Erschließung strategisch wichtiger Märkte schneidet sie in Bezug auf den Schutz des kulturellen Erbes am besten ab (5,9), gefolgt von Umweltschutzmaßnahmen (5,3), der Förderung von Forschung und Entwicklung (4,8) sowie der Belebung der Nachfrage (4,5). Die schlechtesten Noten erhält die österreichische Regierung in Bezug auf die Kooperation mit dem Privatsektor (4,4) und die Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen (4,1). In diesen beiden Dimensionen liegt Österreich hinter dem BENESCAND-Durchschnitt zurück (4,6 bzw. 4,4).

Abbildung 3: **Wachstums-, Struktur- und Industriepolitik**

Ungewichtete Mittelwerte über Länder und Indikatoren



Q: World Economic Forum, Executive Opinion Survey 2021 (EOS); WIFO. Subjektive Einschätzungen auf einer Skala von 1 bis 7. Höhere Werte drücken eine höhere Standortqualität aus. DACHIT . . . Deutschland, Österreich, Schweiz, Italien. BENESCAND . . . Belgien, Niederlande, Dänemark, Schweden, Finnland. MOEL 5 . . . Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei.

3.2 Öffentliche Güter

Neben der in allen Vergleichsländern weitgehend unproblematischen Wasserversorgung (6,9) schneidet Österreich bei der physischen **Infrastruktur** für das Straßennetz (6,1) traditionell gut ab, vor dem öffentlichen Personennahverkehr (5,6) und dem Schienenverkehr (5,4; Abbildung 4). Im Vergleich zu den anderen Ländergruppen besteht in Österreich eine geringere Belastung durch Staus in Städten und Stadtzentren (6,1), was ebenfalls als Standortvorteil wahrgenommen wird. Auch bei der Förderung von grüner Energie und Energieinfrastruktur (5,5) liegt Österreich nach Einschätzung der heimischen Führungskräfte vorne. Beim Luftverkehr (5,3) und der Anbindung an Schifffahrtsrouten (3,8) bleibt Österreich dagegen hinter dem Durchschnitt der BENESCAND- (je 5,7) und DACHIT-Länder (5,3 bzw. 3,8) zurück.

In der Gesamtbewertung des **Bildungssystems** (Abbildung 5) liegt Österreich (4,9) vor den MOEL 5 (3,7) und gleichauf mit den DACHIT, aber hinter den BENESCAND (5,2). Am besten schneidet Österreich bei der Berufsbildung ab (5,8). Auch bei den verwandten Fragen zur betrieblichen Ausbildung und Personalentwicklung (5,3) sowie zur Weiterbildung für mittlere Karrierestufen (4,7) liegt Österreich vor den drei Ländergruppen. Gleiches gilt für die Hochschulbildung (5,5). Bei der Grundschulbildung (5,1) und der nichtberuflichen Sekundarbildung (5,0) liegt Österreich dagegen knapp hinter den BENESCAND. Kritischer bewerten die Führungskräfte das österreichische Bildungssystem, was die Vermittlung konkreter Fähigkeiten betrifft. Hier bleibt Österreich in den meisten Kategorien hinter den BENESCAND und DACHIT zurück. Die niedrigste Punktzahl gibt es für Innovation und Kreativität (4,2), gefolgt von globaler und staatsbürgerlicher

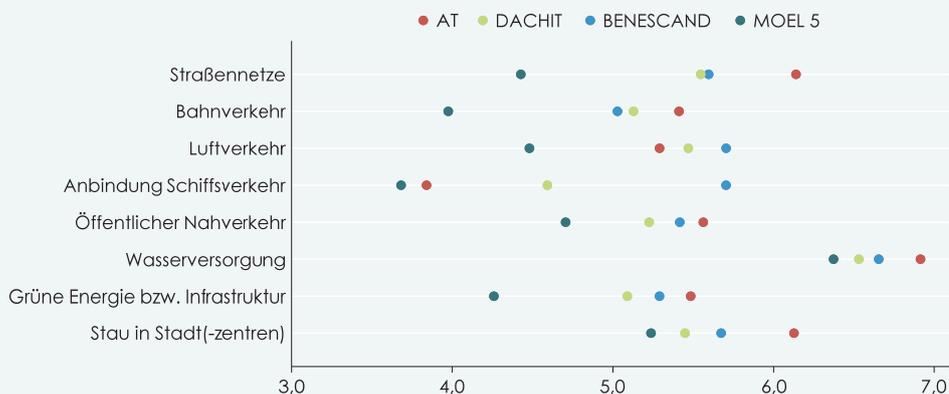
Für die Vermittlung konkreter Kompetenzen, wie z. B. Innovation und Kreativität, erhält das heimische Bildungssystem nur unterdurchschnittliche Noten.

Verantwortung (4,4) sowie der Fähigkeit zur Kooperation und zum selbständigen Management (4,5). Etwas besser

schneidet Österreich bei den digitalen und technologischen Kompetenzen (4,8) sowie bei Mathematik und Naturwissenschaften (5,1) ab.

Abbildung 4: **Infrastruktur**

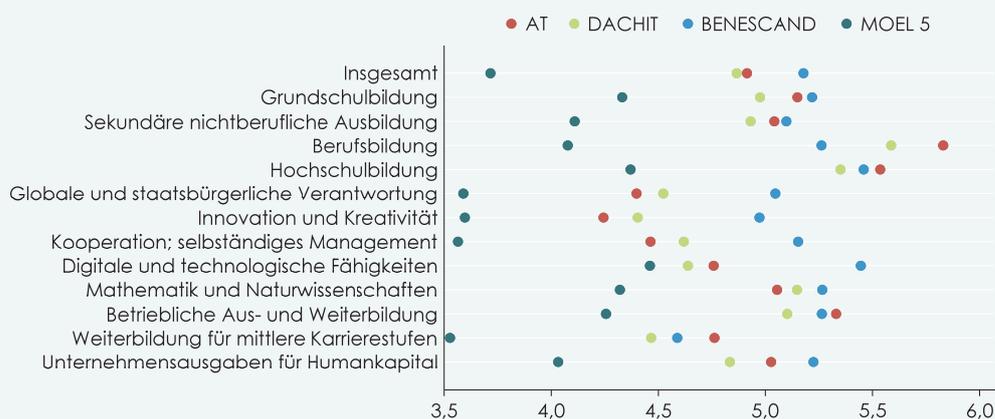
Ungewichtete Mittelwerte über Länder und Indikatoren



Q: World Economic Forum, Executive Opinion Survey 2021 (EOS); WIFO. Subjektive Einschätzungen auf einer Skala von 1 bis 7. Höhere Werte drücken eine höhere Standortqualität aus. DACHIT . . . Deutschland, Österreich, Schweiz, Italien. BENESCAND . . . Belgien, Niederlande, Dänemark, Schweden, Finnland. MOEL 5 . . . Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei.

Abbildung 5: **Bildungssystem**

Ungewichtete Mittelwerte über Länder und Indikatoren



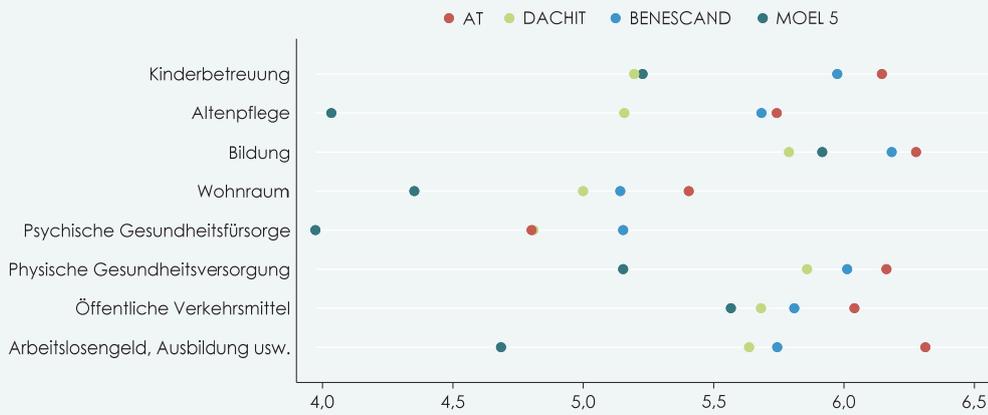
Q: World Economic Forum, Executive Opinion Survey 2021 (EOS); WIFO. Subjektive Einschätzungen auf einer Skala von 1 bis 7. Höhere Werte drücken eine höhere Standortqualität aus. DACHIT . . . Deutschland, Österreich, Schweiz, Italien. BENESCAND . . . Belgien, Niederlande, Dänemark, Schweden, Finnland. MOEL 5 . . . Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei.

Der EOS enthält auch Fragen zum Zugang zu **sozialen Netzen** (Abbildung 6). Österreich liegt hier in allen Kategorien über dem Durchschnitt der Vergleichsländer. Die höchsten Bewertungen gibt es für die Absicherung der Einkommen und die Ausbildungsmöglichkeiten von Arbeitslosen sowie für den Zugang zur Bildung (jeweils 6,3). Auf-

fällig ist die große Diskrepanz zwischen den Bewertungen der physischen Gesundheitsversorgung (6,2) einerseits und der psychischen Gesundheitsfürsorge (4,8) andererseits. Dazwischen liegen die Bewertungen zur Verfügbarkeit von Kinderbetreuung (6,1), zu öffentlichen Verkehrsmitteln (6,0), Altenpflege (5,7) und Wohnraum (5,4).

Abbildung 6: **Zugang zu sozialen Netzen**

Ungewichtete Mittelwerte über Länder und Indikatoren



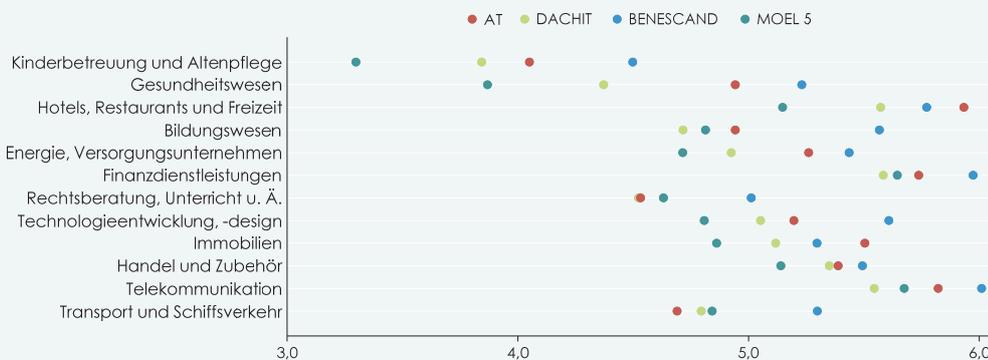
Q: World Economic Forum, Executive Opinion Survey 2021 (EOS); WIFO. Subjektive Einschätzungen auf einer Skala von 1 bis 7. Höhere Werte drücken eine höhere Standortqualität aus. DACHIT . . . Deutschland, Österreich, Schweiz, Italien. BENESCAND . . . Belgien, Niederlande, Dänemark, Schweden, Finnland. MOEL 5 . . . Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei.

Die Bewertungen zur Nutzung **digitaler Plattformen** fallen in Österreich durchwegs schlechter aus als im Durchschnitt der BENESCAND-Länder (Abbildung 7). Ausnahmen sind die Tourismus- und Freizeitwirtschaft (5,9) und die Immobilienwirtschaft (5,5), wo Österreich vor den drei Vergleichsgruppen liegt. Ansonsten sind die Werte in den Bereichen Telekommunikation (5,8), Finanzdienst-

leistungen (5,7) und Handel (5,4) am höchsten. Es folgen Versorgungsunternehmen (5,3), Technologieentwicklung und -design (5,2), das Bildungs- und das Gesundheitswesen (je 4,9). Am geringsten ist die Nutzung digitaler Plattformen in den Bereichen Transport und Schiffsverkehr (4,7), Rechtsberatung, Unterricht u. Ä. (4,5) sowie Kinderbetreuung und Altenpflege (4,1).

Abbildung 7: **Nutzung digitaler Plattformen**

Ungewichtete Mittelwerte über Länder und Indikatoren



Q: World Economic Forum, Executive Opinion Survey 2021 (EOS); WIFO. Subjektive Einschätzungen auf einer Skala von 1 bis 7. Höhere Werte drücken eine höhere Standortqualität aus. DACHIT . . . Deutschland, Österreich, Schweiz, Italien. BENESCAND . . . Belgien, Niederlande, Dänemark, Schweden, Finnland. MOEL 5 . . . Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei.

3.3 Märkte

Märkte koordinieren wirtschaftliche Aktivitäten. Effiziente Prozesse und deren grundsätzliche Ausrichtung an den Bedürfnissen der Konsumentinnen und Konsumenten setzen einen funktionierenden **Wettbewerb** um die

besten Ideen und Leistungen voraus. Bei den Indikatoren zur Marktstruktur schneidet Österreich im Vergleich zu den ausgewählten Ländergruppen bei der Einschätzung von Wettbewerbsverzerrungen durch marktbeherrschende Unternehmen (5,2) oder durch die Fiskalpolitik³⁾ (4,6) am besten ab

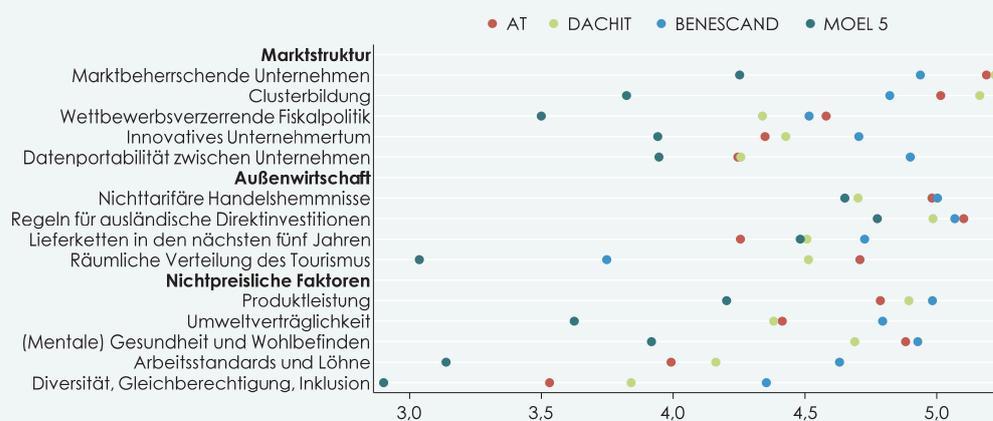
³⁾ Gemeint sind etwa Wettbewerbsverzerrungen durch Förderungen oder Steuerbegünstigungen.

(Abbildung 8). Ähnlich verhält es sich mit den Wettbewerbsvorteilen durch Clusterbildung (5,0). In den beiden Dimensionen innovatives Unternehmertum (4,3) und Datenportabilität zwischen Unternehmen für Einzelpersonen (beim Arbeitsplatzwechsel; 4,2) liegt Österreich um 0,4 bzw. 0,7 Punkte hinter den BENESCAND zurück. Vergleichsweise positiv bewertet wird Österreichs Außenhandelsregime in Bezug auf nichttarifäre Han-

delshemmnisse (5,0) sowie die Regeln für ausländische Direktinvestitionen (5,1)⁴). Einen Standortvorteil für Österreich erkennen die befragten Führungskräfte in der größeren räumlichen Verteilung des heimischen Tourismus (4,7). Zugleich sind sie pessimistischer als in den anderen Ländern, was die Entwicklung der Lieferketten in den nächsten 5 Jahren betrifft (4,3).

Abbildung 8: **Wettbewerb**

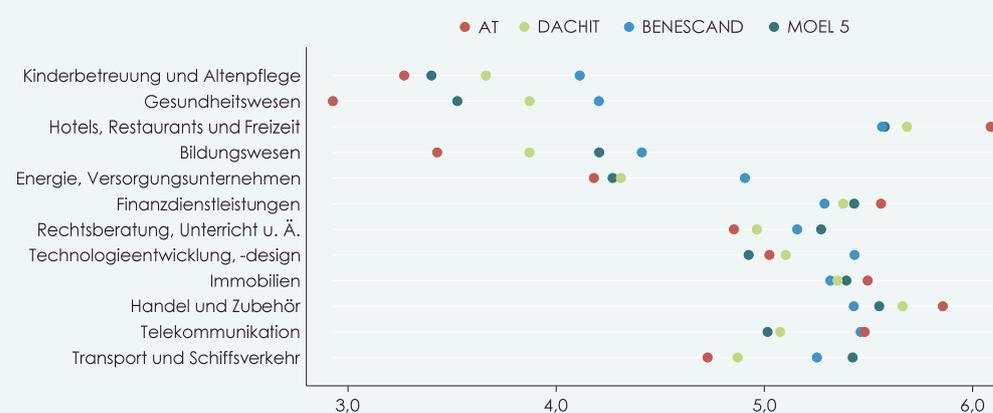
Ungewichtete Mittelwerte über Länder und Indikatoren



Q: World Economic Forum, Executive Opinion Survey 2021 (EOS); WIFO. Subjektive Einschätzungen auf einer Skala von 1 bis 7. Höhere Werte drücken eine höhere Standortqualität aus. DACHIT . . . Deutschland, Österreich, Schweiz, Italien. BENESCAND . . . Belgien, Niederlande, Dänemark, Schweden, Finnland. MOEL 5 . . . Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei.

Abbildung 9: **Wettbewerb bei Dienstleistungen**

Ungewichtete Mittelwerte über Länder und Indikatoren



Q: World Economic Forum, Executive Opinion Survey 2021 (EOS); WIFO. Subjektive Einschätzungen auf einer Skala von 1 bis 7. Höhere Werte drücken eine höhere Standortqualität aus. DACHIT . . . Deutschland, Österreich, Schweiz, Italien. BENESCAND . . . Belgien, Niederlande, Dänemark, Schweden, Finnland. MOEL 5 . . . Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei.

Unter den nichtpreislichen Faktoren für die Kaufentscheidung der Verbraucherinnen und Verbraucher kommt gemäß der Einschätzung der befragten Führungskräfte in

Österreich Gesundheit und Wohlbefinden die höchste Bedeutung zu (4,9), vor der Produktleistung (4,8) und der Umweltverträglichkeit (4,4). Arbeitsstandards und Löhne (4,0)

⁴) Die Unterschiede zwischen den Ländergruppen sind daher auch ein Indiz für die mögliche Streuung subjektiver Bewertungen zwischen den Ländern bei

an sich gleicher Ausgangslage (hier das Außenhandelsregime betreffend).

sowie Diversität, Gleichberechtigung und Inklusion (3,5) in der Produktion haben dagegen einen deutlich geringeren Einfluss auf die Kaufentscheidung.

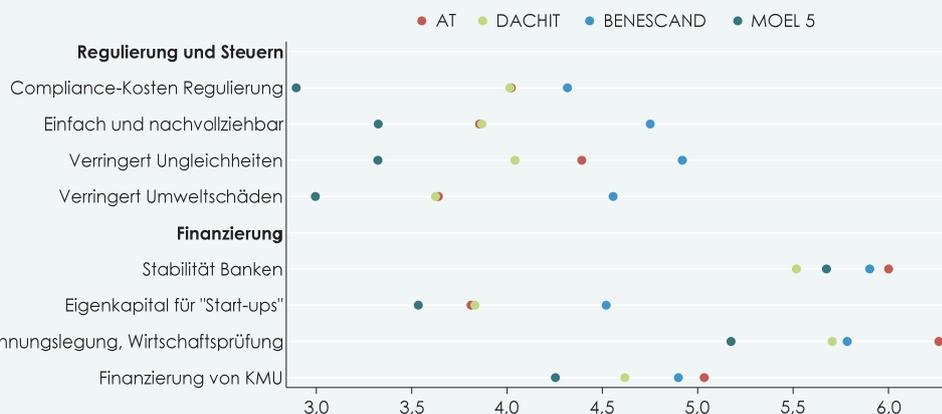
Die Intensität des Wettbewerbs im **Dienstleistungsbereich** wird in Österreich je nach Wirtschaftszweig sehr unterschiedlich bewertet. Stärker als im Durchschnitt der Vergleichsländer ist der Wettbewerb im Bereich Tourismus und Freizeit (6,1), gefolgt vom Handel (5,9), den Finanzdienstleistungen (5,6) und den Bereichen Immobilien und Telekommunikation (jeweils 5,5), schwächer dagegen in den Bereichen Technologieentwicklung und -design (5,0), Rechtsberatung, Unterricht u. Ä. (4,9), Transport (4,7), Energie und Versorgungsunternehmen (4,2), Bildung (3,4), Kinderbetreuung und Altenpflege (3,3) sowie im Gesundheitswesen (2,9).

Die staatliche **Regulierung** setzt der reinen Marktkoordination bestimmte Grenzen und Rahmenbedingungen, innerhalb derer die Unternehmen tätig werden dürfen. Diese

können mehr oder weniger restriktiv, wirksam und sinnvoll sein. Die befragten Führungskräfte bezweifeln stark, ob diese Regelungen in Österreich einfach und nachvollziehbar sind (3,9) und beklagen die Belastung der Unternehmen durch Compliance-Kosten (4,0). Die genannten Werte entsprechen weitgehend dem Durchschnitt der DACHIT, liegen aber unter dem BENESCAND-Durchschnitt (4,3 bzw. 4,8). Ähnlich kritisch fällt die Bewertung bei der Frage aus, ob die gesetzlichen Vorschriften Ungleichheiten oder Umweltschäden verringern (4,4 bzw. 3,6). Vorschriften spielen auch im System der Finanzierung eine wichtige Rolle. Die Durchsetzung von Rechnungslegungs- und Wirtschaftsprüfungsvorschriften (6,3), die Stabilität des Bankensystems (6,0) und die Finanzierung von KMU (5,0) werden in Österreich besser bewertet als in den Vergleichsgruppen. Der Zugang zu Beteiligungskapital für Start-ups wird aber als deutlich schwieriger angesehen, wobei Österreich hierin erneut gleichauf mit den DACHIT aber hinter den BENESCAND liegt (Abbildung 10).

Abbildung 10: **Regulierung und Finanzierung**

Ungewichtete Mittelwerte über Länder und Indikatoren



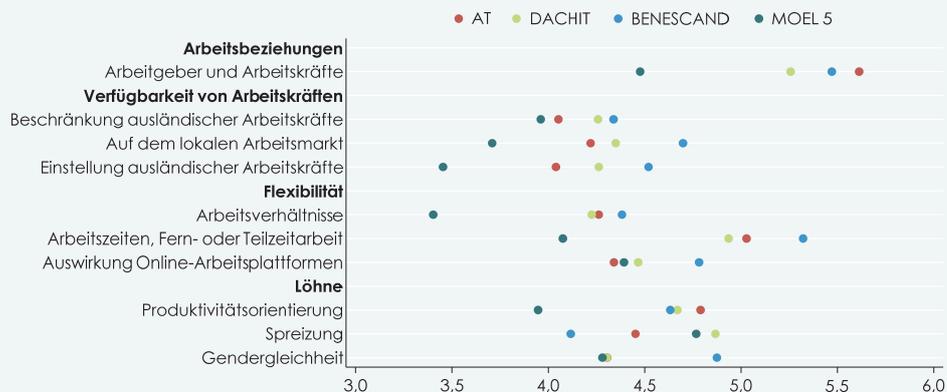
Q: World Economic Forum, Executive Opinion Survey 2021 (EOS); WIFO. Subjektive Einschätzungen auf einer Skala von 1 bis 7. Höhere Werte drücken eine höhere Standortqualität aus. DACHIT . . . Deutschland, Österreich, Schweiz, Italien. BENESCAND . . . Belgien, Niederlande, Dänemark, Schweden, Finnland. MOEL 5 . . . Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei.

Der **Arbeitsmarkt** ist von besonderer Bedeutung. Österreich schneidet sowohl bei den allgemeinen Arbeitsbeziehungen zwischen Arbeitgebenden und Beschäftigten (5,6) als auch bei der Produktivitätsorientierung der Löhne (4,8) besser ab als die drei Ländergruppen (Abbildung 11). Ansonsten liegt Österreich meist hinter den BENESCAND und oft auch hinter den DACHIT. Dies gilt z. B. für die Arbeitszeitflexibilität, Fern- oder Teilzeitarbeit (5,0), die Flexibilität bei der Aufnahme und Beendigung von Arbeitsverhältnissen sowie die Auswirkungen von Online-Arbeitsplatt-

formen (je 4,3), aber auch für die Lohnspreizung (4,5) und die geschlechtsspezifische Einkommensungleichheit (4,3). Als ein Problem wird auch die Knappheit an ausreichend qualifizierten Arbeitskräften wahrgenommen (4,2). Sie ist in Österreich höher als in den BENESCAND- und DACHIT-Ländern und wird zudem durch Beschränkungen bei der Einstellung von ausländischen Arbeitskräften (4,1) verschärft, woraus eine geringere Verfügbarkeit solcher Arbeitskräfte folgt (4,0).

Abbildung 11: **Arbeitsmarkt**

Ungewichtete Mittelwerte über Länder und Indikatoren



Q: World Economic Forum, Executive Opinion Survey 2021 (EOS); WIFO. Subjektive Einschätzungen auf einer Skala von 1 bis 7. Höhere Werte drücken eine höhere Standortqualität aus. DACHIT . . . Deutschland, Österreich, Schweiz, Italien. BENESCAND . . . Belgien, Niederlande, Dänemark, Schweden, Finnland. MOEL 5 . . . Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei.

In der Dimension Chancengleichheit liegt Österreich durchwegs hinter den besten Vergleichsländern zurück.

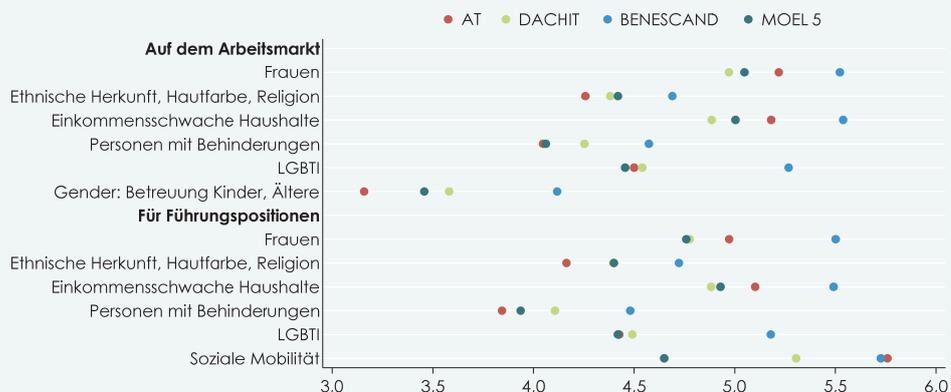
Hinsichtlich der **Chancengleichheit** liegt Österreich nur bei der sozialen Mobilität vorne und schneidet ansonsten durchwegs schlechter ab als der BENESCAND-Durchschnitt. Aufholbedarf besteht mit Blick auf die Chancengleichheit von Frauen (Arbeitsmarkt allgemein: 5,2, Führungspositionen: 5,0), Personen aus einkommensschwachen Haushalten (5,2 bzw. 5,1), LGBTI (homo-, bi-, inter- bzw. transsexuelle Personen; 4,5 bzw. 4,4), Personen anderer ethnischer Herkunft, Hautfarbe oder Religion (4,3 bzw. 4,2) und Menschen mit Behinderung (4,0 bzw. 3,8). Weit abgeschlagen ist Österreich nach Einschätzung der Führungskräfte, was die Gleichstellung von Frauen und Männern bei der Freistellung für die Kinderbetreuung und Altenpflege angeht (3,2; Abbildung 12).

3.4 Unternehmen

In Bezug auf die Qualität des **Managements** sind die Einschätzungen der österreichischen Führungskräfte durchaus selbstkritisch und bleiben stets hinter dem Durchschnitt der BENESCAND- und meist auch der DACHIT-Länder zurück (Abbildung 13). Die besten Bewertungen erhält Österreich für die Professionalität in Führungspositionen und die Kultur der offenen Zusammenarbeit (jeweils 5,2), gefolgt von der Bereitschaft zur Delegation von Verantwortung (5,1) sowie F&E-Kooperationen mit Universitäten (4,7) und anderen Unternehmen (4,3). Schlecht bewertet werden dynamische Geschäftsmodelle und die Bereitschaft, unternehmerische Risiken einzugehen (jeweils 4,0), am schlechtesten die räumliche Mobilität der Beschäftigten, um berufliche Chancen zu nutzen (3,2).

Abbildung 12: **Chancengleichheit**

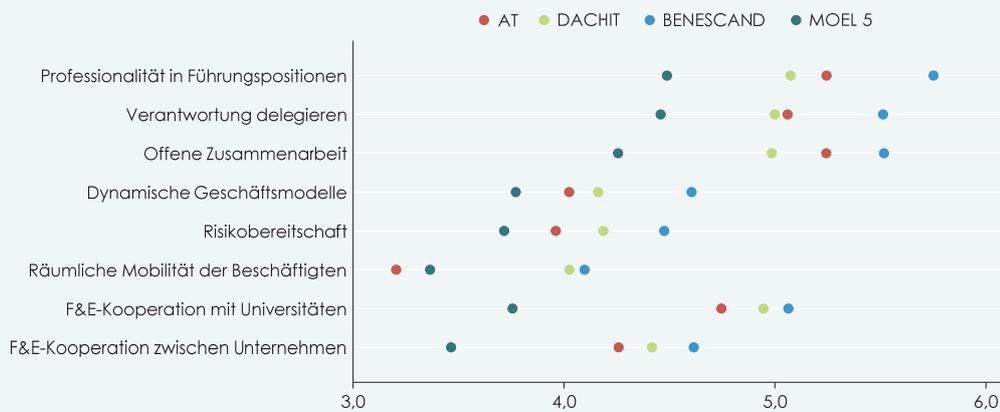
Ungewichtete Mittelwerte über Länder und Indikatoren



Q: World Economic Forum, Executive Opinion Survey 2021 (EOS); WIFO. Subjektive Einschätzungen auf einer Skala von 1 bis 7. Höhere Werte drücken eine höhere Standortqualität aus. LGBTI . . . homo-, bi-, inter- bzw. transsexuelle Personen. DACHIT . . . Deutschland, Österreich, Schweiz, Italien. BENESCAND . . . Belgien, Niederlande, Dänemark, Schweden, Finnland. MOEL 5 . . . Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei.

Abbildung 13: **Management**

Ungewichtete Mittelwerte über Länder und Indikatoren



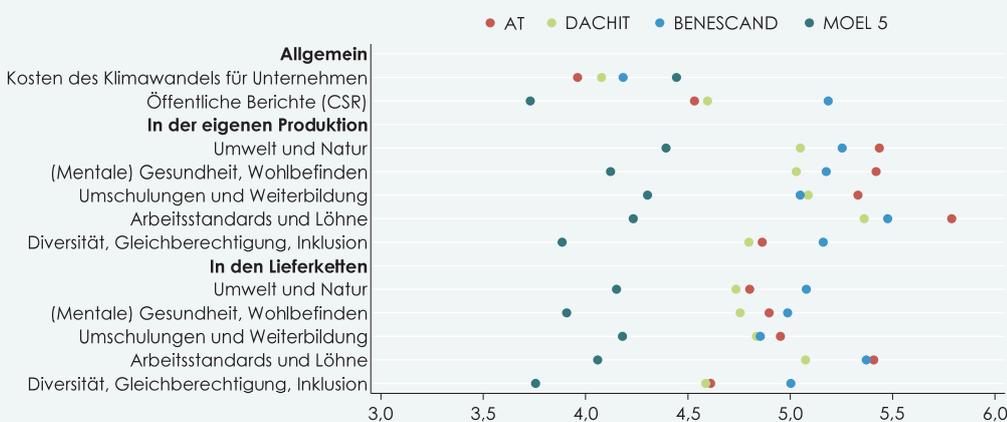
Q: World Economic Forum, Executive Opinion Survey 2021 (EOS); WIFO. Subjektive Einschätzungen auf einer Skala von 1 bis 7. Höhere Werte drücken eine höhere Standortqualität aus. DACHIT . . . Deutschland, Österreich, Schweiz, Italien. BENESCAND . . . Belgien, Niederlande, Dänemark, Schweden, Finnland. MOEL 5 . . . Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei.

Die Kosten des Klimawandels für Unternehmen (4,0) werden in Österreich als größere Belastung gesehen als im Durchschnitt der Vergleichsländer (Abbildung 14). Bei der Berichterstattung (4,5) über die **soziale Verantwortung der Unternehmen** nimmt Österreich nur eine mittlere Position ein. In den Bewertungen zur gesellschaftlichen Verantwortung der Unternehmen in Bezug auf die eigene Produktion liegt Österreich fast durchgängig

vor den Vergleichsgruppen, mit Blick auf die Lieferketten meist hinter den BENESCAND. Die besten Noten erhalten die österreichischen Unternehmen für Arbeitsstandards und Löhne (eigene Produktion: 5,8; Lieferketten: 5,4), gefolgt von Gesundheit und Wohlbefinden (5,4 bzw. 4,9), Umwelt und Natur (5,4 bzw. 4,8), Umschulung und Weiterbildung (5,3 bzw. 5,0) sowie Diversität, Gleichberechtigung und Inklusion (4,9 bzw. 4,6).

Abbildung 14: **Gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen**

Ungewichtete Mittelwerte über Länder und Indikatoren



Q: World Economic Forum, Executive Opinion Survey 2021 (EOS); WIFO. Subjektive Einschätzungen auf einer Skala von 1 bis 7. Höhere Werte drücken eine höhere Standortqualität aus. CSR . . . Corporate Social Responsibility. DACHIT . . . Deutschland, Österreich, Schweiz, Italien. BENESCAND . . . Belgien, Niederlande, Dänemark, Schweden, Finnland. MOEL 5 . . . Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei.

4. Zusammenfassung

Der Executive Opinion Survey (EOS) ist eine internationale Umfrage des World Economic Forum zur Standortqualität. In Österreich wurde sie in Zusammenarbeit mit dem WIFO zuletzt von Ende April bis Ende Juni 2021

durchgeführt. Dieser Beitrag fasste die wichtigsten Ergebnisse entlang von vier Dimensionen zusammen: öffentliche Institutionen, öffentliche Güter, Märkte und Unternehmen. Zur Positionsbestimmung wurden die Ergeb-

nisse für Österreich mit den Durchschnittswerten dreier Ländergruppen verglichen, die für Österreich besonders relevant sind. Österreich erweist sich insgesamt als attraktiver Standort, bleibt aber bei zahlreichen Indikatoren hinter dem Durchschnitt einer Vergleichsgruppe kleiner offener Volkswirtschaften in der EU (Belgien, Niederlande, Dänemark, Schweden, Finnland) zurück. Dies gilt etwa für die ethischen Standards in der Poli-

tik, die Vermittlung kritischer Bildungsinhalte (wie Innovation und Kreativität, Kooperation und selbständiges Wirtschaften), die räumliche Mobilität von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die Eigenkapitalfinanzierung junger Unternehmen, die Verständlichkeit des Steuersystems oder die Gleichstellung von Frauen und Männern bei der Kinderbetreuung und Altenpflege.

5. Literaturhinweise

Peneder, M., Bittschi, B., Köppl, A., Mayerhofer, P., & Url, T. (2021). Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft 2021. *WIFO-Monatsberichte*, 94(12), 869-881. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/69241>.

Peneder, M., Köppl, A., Leoni, T., Mayerhofer, P., & Url, T. (2020). Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft. *WIFO-Monatsberichte*, 93(12), 887-898. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/66732>.

World Economic Forum (2020). *The Global Competitiveness Report. Special Edition 2020: How Countries are Performing on the Road to Recovery*.

Kennzahlen zur Wirtschaftslage

1. Internationale Konjunkturindikatoren

- Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote
- Übersicht 2: Verbraucherpreise
- Übersicht 3: Internationale Aktienkursindizes
- Übersicht 4: Dreimonatszinssätze
- Übersicht 5: Sekundärmarktrendite

2. Kennzahlen für Österreich

2.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESGV 2010

- Übersicht 8: Verwendung des Bruttoinlandsproduktes und Herstellung von Waren
- Übersicht 9: Einkommen und Produktivität

2.2 Konjunkturklima

- Übersicht 10: WIFO-Konjunkturklimaindex

2.3 Tourismus

- Übersicht 11: Tourismusedwicklung in der laufenden Saison

2.4 Außenhandel

- Übersicht 12: Warenexporte und Warenimporte

2.5 Landwirtschaft

- Übersicht 13: Markt- und Preisentwicklung von Agrarprodukten

2.6 Herstellung von Waren

- Übersicht 14: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage
- Übersicht 15: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests für die Sachgütererzeugung

2.7 Bauwirtschaft

- Übersicht 16: Bauwesen

2.8 Binnenhandel

- Übersicht 17: Umsätze und Beschäftigung

2.9 Private Haushalte

- Übersicht 18: Privater Konsum, Sparquote, Konsumklima

2.10 Verkehr

- Übersicht 19: Güter- und Personenverkehr

1.1 Wechselkurse

- Übersicht 6: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

1.2 Weltmarkt-Rohstoffpreise

- Übersicht 7: HWWI-Index

2.11 Bankenstatistik

- Übersicht 20: Zinssätze, Bankeinlagen und -kredite

2.12 Arbeitsmarkt

- Übersicht 21: Saisonbereinigte Arbeitsmarktindikatoren
- Übersicht 22: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen
- Übersicht 23: Arbeitslosenquote und Stellenandrang

2.13 Preise und Löhne

- Übersicht 24: Verbraucherpreise und Großhandelspreise
- Übersicht 25: Tariflöhne
- Übersicht 26: Effektivverdienste

2.14 Soziale Sicherheit

- Übersicht 27: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern
- Übersicht 28: Pensionen nach Pensionsarten
- Übersicht 29: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung der Pension in Jahren
- Übersicht 30: Beiträge des Bundes zur Pensionsversicherung

2.15 Entwicklung in den Bundesländern

- Übersicht 31: Tourismus – Übernachtungen
- Übersicht 32: Abgesetzte Produktion der Sachgütererzeugung
- Übersicht 33: Abgesetzte Produktion im Bauwesen
- Übersicht 34: Beschäftigung
- Übersicht 35: Arbeitslosigkeit
- Übersicht 36: Arbeitslosenquote

2.16 Staatshaushalt

- Übersicht 37: Staatsquoten

Der Tabellensatz "Kennzahlen zur Wirtschaftslage" bietet monatlich einen Überblick über die wichtigsten Indikatoren zur Entwicklung der österreichischen und internationalen Wirtschaft. Die Daten werden unmittelbar vor Redaktionsschluss aus der Volkswirtschaftlichen Datenbank des WIFO abgefragt. Täglich aktuelle Informationen enthalten die "WIFO-Wirtschaftsdaten" auf der WIFO-Website (<https://www.wifo.ac.at/daten/wifo-wirtschaftsdaten>).

1. Internationale Konjunkturindikatoren

Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote

	2019	2020	2021	2021				2021				2022	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner
	In % der Erwerbspersonen (saisonbereinigt)												
OECD insgesamt	5,4	7,2	6,2	6,7	6,5	5,9	5,5	5,9	5,7	5,7	5,5	5,3	5,3
USA	3,7	8,1	5,4	6,2	5,9	5,1	4,2	5,2	4,7	4,6	4,2	3,9	4,0
Japan	2,4	2,8	2,8	2,9	2,9	2,8	2,7	2,8	2,8	2,7	2,8	2,7	2,8
Euro-Raum	7,6	8,0	7,7	8,2	8,0	7,5	7,1	7,5	7,3	7,3	7,1	7,0	6,8
Belgien	5,4	5,7	6,3	6,6	6,4	6,2	5,9	6,3	6,2	6,1	5,9	5,7	5,6
Deutschland	3,2	3,9	3,5	3,9	3,6	3,4	3,2	3,4	3,3	3,2	3,2	3,2	3,1
Irland	5,0	5,8	6,3	7,4	6,9	5,5	5,2	5,4	5,2	5,2	5,3	5,2	5,3
Griechenland	17,3	16,4	14,8	16,4	16,0	13,7	13,3	13,9	13,1	13,3	13,6	13,0	13,3
Spanien	14,1	15,6	14,8	15,6	15,4	14,7	13,4	14,7	14,3	13,9	13,4	13,0	12,7
Frankreich	8,4	8,0	7,9	8,0	8,2	7,9	7,3	7,9	7,7	7,5	7,3	7,2	7,0
Italien	9,9	9,3	9,5	10,1	9,8	9,1	9,1	9,1	9,1	9,3	9,1	9,0	8,8
Luxemburg	5,6	6,6	5,6	6,2	5,9	5,3	5,0	5,2	5,2	5,0	4,9	5,0	4,7
Niederlande	4,4	4,9	4,2	4,7	4,4	4,1	3,8	4,2	4,1	3,9	3,7	3,8	3,6
Österreich	4,8	6,1	6,2	7,1	6,7	5,6	5,3	6,0	4,9	5,8	5,2	4,8	4,9
Portugal	6,7	7,1	6,6	6,8	6,9	6,4	6,2	6,3	6,4	6,4	6,3	5,8	6,0
Slowakei	5,7	6,7	6,8	7,1	7,0	6,6	6,4	6,6	6,5	6,4	6,4	6,4	6,4
Finnland	6,7	7,8	7,6	8,0	8,1	7,5	6,9	7,1	7,7	6,7	6,8	7,2	7,1
Tschechien	2,0	2,6	2,8	3,3	3,1	2,7	2,2	2,8	2,6	2,4	2,2	2,1	2,2
Ungarn	3,3	4,1	4,1	4,3	4,1	3,9	3,9	4,2	3,4	4,0	3,9	3,7	3,8
Polen	3,3	3,2	3,4	3,8	3,6	3,1	3,0	3,1	3,0	3,0	3,0	2,9	2,8
Schweiz	4,4	4,8	.	5,4	5,3	5,0

Q: OECD; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 2: Verbraucherpreise

	2019	2020	2021	2021				2021				2022	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Verbraucherpreisindex													
OECD insgesamt	+ 2,1	+ 1,4	+ 4,0	+ 1,9	+ 3,7	+ 4,4	+ 5,9	+ 4,4	+ 4,6	+ 5,2	+ 5,9	+ 6,6	+ 7,2
USA	+ 1,8	+ 1,2	+ 4,7	+ 1,9	+ 4,8	+ 5,3	+ 6,7	+ 5,3	+ 5,4	+ 6,2	+ 6,8	+ 7,0	+ 7,5
Japan	+ 0,5	- 0,0	- 0,2	- 0,5	- 0,7	- 0,2	+ 0,5	- 0,4	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,5
Harmonisierter VPI													
Euro-Raum	+ 1,2	+ 0,3	+ 2,6	+ 1,1	+ 1,8	+ 2,8	+ 4,6	+ 3,0	+ 3,4	+ 4,1	+ 4,9	+ 5,0	+ 5,1
Belgien	+ 1,2	+ 0,4	+ 3,2	+ 0,8	+ 2,4	+ 3,3	+ 6,4	+ 4,7	+ 3,8	+ 5,4	+ 7,1	+ 6,6	+ 8,5
Deutschland	+ 1,4	+ 0,4	+ 3,2	+ 1,7	+ 2,2	+ 3,5	+ 5,4	+ 3,4	+ 4,1	+ 4,6	+ 6,0	+ 5,7	+ 5,1
Irland	+ 0,9	- 0,5	+ 2,4	- 0,1	+ 1,5	+ 3,0	+ 5,4	+ 3,0	+ 3,8	+ 5,1	+ 5,4	+ 5,7	+ 5,0
Griechenland	+ 0,5	- 1,3	+ 0,6	- 2,1	- 0,6	+ 1,3	+ 3,7	+ 1,2	+ 1,9	+ 2,8	+ 4,0	+ 4,4	+ 5,5
Spanien	+ 0,8	- 0,3	+ 3,0	+ 0,5	+ 2,3	+ 3,4	+ 5,8	+ 3,3	+ 4,0	+ 5,4	+ 5,5	+ 6,6	+ 6,2
Frankreich	+ 1,3	+ 0,5	+ 2,1	+ 1,0	+ 1,8	+ 2,2	+ 3,3	+ 2,4	+ 2,7	+ 3,2	+ 3,4	+ 3,4	+ 3,3
Italien	+ 0,6	- 0,1	+ 1,9	+ 0,7	+ 1,2	+ 2,1	+ 3,7	+ 2,5	+ 2,9	+ 3,2	+ 3,9	+ 4,2	+ 5,1
Luxemburg	+ 1,6	+ 0,0	+ 3,5	+ 1,0	+ 3,6	+ 3,6	+ 5,7	+ 3,5	+ 4,0	+ 5,3	+ 6,3	+ 5,4	+ 4,6
Niederlande	+ 2,7	+ 1,1	+ 2,8	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,4	+ 5,3	+ 2,7	+ 3,0	+ 3,7	+ 5,9	+ 6,4	+ 7,6
Österreich	+ 1,5	+ 1,4	+ 2,8	+ 1,5	+ 2,6	+ 3,1	+ 3,9	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,8	+ 4,1	+ 3,8	+ 4,5
Portugal	+ 0,3	- 0,1	+ 0,9	+ 0,2	- 0,1	+ 1,2	+ 2,4	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,8	+ 2,6	+ 2,8	+ 3,4
Slowakei	+ 2,8	+ 2,0	+ 2,8	+ 1,0	+ 2,1	+ 3,4	+ 4,8	+ 3,3	+ 4,0	+ 4,4	+ 4,8	+ 5,1	+ 7,7
Finnland	+ 1,1	+ 0,4	+ 2,1	+ 1,1	+ 2,1	+ 1,9	+ 3,1	+ 1,8	+ 2,1	+ 2,8	+ 3,5	+ 3,2	+ 4,1
Tschechien	+ 2,6	+ 3,3	+ 3,3	+ 2,2	+ 2,8	+ 3,3	+ 5,0	+ 3,1	+ 4,0	+ 4,8	+ 4,8	+ 5,4	+ 8,8
Ungarn	+ 3,4	+ 3,4	+ 5,2	+ 3,3	+ 5,3	+ 5,0	+ 7,1	+ 4,9	+ 5,5	+ 6,6	+ 7,5	+ 7,4	+ 7,9
Polen	+ 2,1	+ 3,7	+ 5,2	+ 3,9	+ 4,6	+ 5,1	+ 7,3	+ 5,0	+ 5,6	+ 6,4	+ 7,4	+ 8,0	+ 8,7
Schweiz	+ 0,4	- 0,8	+ 0,5	- 0,4	+ 0,2	+ 0,7	+ 1,4	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,4

Q: Statistik Austria; OECD; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 3: Internationale Aktienkursindizes

	2019	2020	2021	2021				2021				2022	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Europa, MSCI Europa	+ 0,8	- 4,3	+ 23,0	+ 7,7	+ 31,1	+ 28,3	+ 25,8	+ 29,9	+ 27,0	+ 21,1	+ 17,9	+ 12,4	
Euro-Raum, STOXX 50	+ 1,4	- 4,7	+ 22,9	+ 7,8	+ 34,4	+ 25,5	+ 25,2	+ 29,9	+ 27,0	+ 19,2	+ 18,4	+ 11,4	
Deutschland, DAX 30	- 1,3	+ 1,9	+ 23,3	+ 15,6	+ 36,9	+ 21,8	+ 20,5	+ 22,2	+ 23,0	+ 16,0	+ 14,1	+ 8,2	
Österreich, ATX	- 9,0	- 20,5	+ 42,5	+ 8,2	+ 52,9	+ 59,5	+ 56,9	+ 73,6	+ 58,4	+ 41,3	+ 33,1	+ 27,2	
Vereinigtes Königreich, FTSE 100	- 1,2	- 13,7	+ 11,6	- 2,8	+ 17,2	+ 16,9	+ 16,9	+ 22,4	+ 16,7	+ 11,7	+ 12,0	+ 14,5	
Ostmitteleuropa, CECE Composite Index	- 3,1	- 22,1	+ 20,4	- 4,6	+ 26,5	+ 30,3	+ 34,0	+ 52,2	+ 33,3	+ 18,6	+ 22,2	+ 17,5	
Tschechien, PX 50	- 3,2	- 11,6	+ 29,1	+ 5,2	+ 28,4	+ 37,4	+ 48,7	+ 56,5	+ 48,7	+ 41,3	+ 35,1	+ 35,3	
Ungarn, BUX Index	+ 10,0	- 10,2	+ 29,6	+ 6,5	+ 29,7	+ 43,4	+ 41,9	+ 63,4	+ 41,6	+ 23,7	+ 20,1	+ 14,4	
Polen, WIG Index	- 1,3	- 13,9	+ 29,4	+ 10,8	+ 34,8	+ 35,0	+ 37,8	+ 52,7	+ 39,9	+ 22,4	+ 20,6	+ 13,8	
Russland, RTS Index	+ 12,7	- 4,0	+ 28,0	+ 5,7	+ 34,1	+ 34,3	+ 39,1	+ 63,5	+ 42,1	+ 16,6	+ 1,8	.	
Amerika													
USA, Dow Jones Industrial Average	+ 5,3	+ 2,0	+ 26,4	+ 18,8	+ 38,9	+ 27,9	+ 22,1	+ 25,2	+ 22,9	+ 18,3	+ 15,1	+ 10,6	
USA, S&P 500 Index	+ 6,1	+ 10,5	+ 32,8	+ 26,5	+ 42,7	+ 33,2	+ 29,5	+ 30,5	+ 31,5	+ 26,5	+ 20,6	+ 14,2	
Brasilien, BM&FBOVESPA	+ 23,3	- 1,9	+ 18,4	+ 13,2	+ 45,9	+ 19,4	+ 0,6	+ 12,5	- 0,3	- 8,8	- 11,0	- 4,1	
Asien													
Japan, Nikkei 225	- 2,7	+ 4,7	+ 27,0	+ 32,8	+ 39,4	+ 24,7	+ 14,4	+ 21,9	+ 16,2	+ 6,4	- 0,6	- 8,2	
China, Shanghai Index	- 0,8	+ 7,2	+ 13,1	+ 19,7	+ 22,3	+ 6,8	+ 6,8	+ 8,2	+ 5,8	+ 6,7	- 0,9	- 3,2	
Indien, Sensex 30 Index	+ 8,3	- 1,1	+ 41,8	+ 30,7	+ 56,2	+ 46,6	+ 36,9	+ 51,0	+ 38,1	+ 24,7	+ 22,5	+ 13,6	

Q: Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at

Übersicht 4: Dreimonatszinssätze

	2019	2020	2021	2021				2021				2022	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar
	In %												
USA	2,2	0,6	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,4
Japan	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Kanada	1,9	0,6	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	0,3	0,3	0,5	0,6
Euro-Raum	- 0,4	- 0,4	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,6	- 0,5	- 0,5	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,5
Tschechien	2,1	0,9	1,1	0,4	0,4	0,9	2,8	1,1	2,0	3,0	3,5	4,2	4,7
Dänemark	- 0,4	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,3	- 0,2	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3
Ungarn	0,2	0,7	1,4	0,8	0,8	1,1	2,8	1,7	2,0	2,6	3,7	4,1	4,4
Polen	1,7	0,6	0,6	0,2	0,2	0,2	1,8	0,2	0,7	2,1	2,5	3,0	3,7
Schweden	- 0,4	- 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,4	- 0,4	- 0,2	- 0,1
Vereinigtes Königreich	0,8	0,3	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,2	0,1	0,2	0,5	0,8
Norwegen	1,6	0,7	0,5	0,4	0,2	0,5	0,9	0,7	0,7	0,8	1,0	1,1	1,2
Schweiz	- 0,7	- 0,7	- 0,8	- 0,8	- 0,7	- 0,8	- 0,8	- 0,8	- 0,8	- 0,8	- 0,8	.	.

Q: OECD; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, comelia.schober@wifo.ac.at

Übersicht 5: Sekundärmarktrendite

	2019	2020	2021	2021				2021				2022	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar
	In %												
USA	2,1	0,9	1,4	1,3	1,6	1,3	1,5	1,4	1,6	1,6	1,5	1,8	1,9
Japan	- 0,1	- 0,0	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2
Kanada	1,6	0,8	1,4	1,1	1,5	1,2	1,6	1,3	1,6	1,7	1,5	1,8	1,9
Euro-Raum	0,6	0,2	0,2	0,0	0,3	0,1	0,3	0,2	0,4	0,3	0,3	0,5	0,9
Belgien	0,2	- 0,1	- 0,0	- 0,2	0,1	- 0,1	0,1	0,0	0,2	0,1	0,0	0,3	0,6
Deutschland	- 0,3	- 0,5	- 0,4	- 0,5	- 0,3	- 0,5	- 0,3	- 0,4	- 0,2	- 0,3	- 0,4	- 0,1	0,2
Irland	0,3	- 0,1	0,1	- 0,1	0,2	0,0	0,2	0,1	0,2	0,2	0,1	0,4	0,8
Griechenland	2,6	1,3	0,9	0,8	0,9	0,7	1,2	0,8	1,0	1,2	1,3	1,6	2,5
Spanien	0,7	0,4	0,3	0,2	0,4	0,3	0,5	0,3	0,5	0,5	0,4	0,7	1,1
Frankreich	0,1	- 0,1	0,0	- 0,2	0,1	- 0,0	0,1	0,0	0,2	0,1	0,1	0,3	0,7
Italien	2,0	1,2	0,8	0,6	0,9	0,7	1,0	0,8	1,0	1,0	1,1	1,4	1,8
Luxemburg	- 0,1	- 0,4	- 0,4	- 0,5	- 0,3	- 0,4	- 0,2	- 0,4	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,0	0,4
Niederlande	- 0,1	- 0,4	- 0,3	- 0,4	- 0,2	- 0,4	- 0,3	- 0,3	- 0,2	- 0,3	- 0,3	- 0,1	0,2
Österreich	0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,2	0,0	- 0,1	0,0	- 0,1	0,1	- 0,0	- 0,0	0,2	0,5
Portugal	0,8	0,4	0,3	0,1	0,4	0,2	0,4	0,3	0,4	0,4	0,4	0,6	1,1
Finnland	0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,2	- 0,0	- 0,1	0,0	- 0,1	0,1	0,0	- 0,1	0,2	0,5
Dänemark	- 0,2	- 0,4	- 0,1	- 0,3	0,1	- 0,1	0,0	- 0,0	0,1	0,0	- 0,1	0,1	0,5
Schweden	0,0	- 0,0	0,3	0,2	0,4	0,2	0,3	0,3	0,4	0,3	0,1	0,4	0,6
Vereinigtes Königreich	0,9	0,3	0,7	0,5	0,8	0,7	1,0	0,8	1,1	0,9	0,8	1,2	1,5
Norwegen	1,5	0,8	1,4	1,2	1,5	1,3	1,6	1,4	1,7	1,6	1,6	1,9	2,1
Schweiz	- 0,5	- 0,5	- 0,3	- 0,4	- 0,2	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,2	0,0	0,2

Q: OeNB; OECD; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Rendite langfristiger staatlicher Schuldverschreibungen. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, cornelia.schobert@wifo.ac.at

1.1 Wechselkurse

Übersicht 6: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

	2019	2020	2021	2021				2021				2022	
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar
	Fremdwährung je Euro												
Dollar	1,12	1,14	1,18	1,19	1,21	1,21	1,18	1,14	1,16	1,14	1,13	1,13	1,13
Yen	122,06	121,78	129,86	124,59	127,73	131,90	129,76	130,04	131,21	130,12	128,80	130,01	130,66
Schweizer Franken	1,11	1,07	1,08	1,08	1,09	1,10	1,08	1,05	1,07	1,05	1,04	1,04	1,05
Pfund Sterling	0,88	0,89	0,86	0,90	0,87	0,86	0,86	0,85	0,85	0,85	0,85	0,84	0,84
Schwedische Krone	10,59	10,49	10,14	10,27	10,12	10,14	10,19	10,12	10,06	10,05	10,27	10,36	10,53
Dänische Krone	7,47	7,45	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44
Norwegische Krone	9,85	10,72	10,16	10,76	10,26	10,09	10,33	9,97	9,81	9,97	10,13	10,01	10,05
Tschechische Krone	25,67	26,46	25,65	26,66	26,07	25,65	25,50	25,38	25,50	25,39	25,25	24,47	24,44
Russischer Rubel	72,46	82,65	87,23	90,89	89,72	89,49	86,59	83,13	82,77	83,11	83,49	86,56	88,89
Ungarischer Forint	325,23	351,21	358,46	360,46	360,98	354,72	353,87	364,27	360,82	364,50	367,50	358,68	356,97
Polnischer Zloty	4,30	4,44	4,56	4,50	4,54	4,53	4,57	4,62	4,59	4,65	4,61	4,55	4,55
Neuer Rumänischer Leu	4,75	4,84	4,92	4,87	4,88	4,92	4,93	4,95	4,95	4,95	4,95	4,95	4,95
Bulgarischer Lew	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96
Chinesischer Renminbi	7,73	7,87	7,63	7,90	7,81	7,79	7,63	7,31	7,45	7,29	7,20	7,19	7,20
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Effektiver Wechselkursindex													
Nominell	- 0,7	+ 1,5	+ 0,6	+ 2,9	+ 2,6	+ 1,5	- 0,3	- 1,1	- 1,0	- 1,0	- 1,3	- 1,3	- 0,9
Industriewaren	- 0,7	+ 1,4	+ 0,6	+ 2,7	+ 2,5	+ 1,4	- 0,4	- 1,1	- 1,0	- 1,0	- 1,4	- 1,4	- 1,0
Real	- 1,1	+ 1,8	+ 0,2	+ 3,5	+ 2,4	+ 1,4	- 0,6	- 2,3	- 1,7	- 2,2	- 2,9	- 2,5	.
Industriewaren	- 1,1	+ 1,7	+ 0,2	+ 3,3	+ 2,4	+ 1,4	- 0,6	- 2,2	- 1,6	- 2,1	- 2,8	- 2,5	.

Q: OeNB; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, cornelia.schobert@wifo.ac.at

1.2 Weltmarkt-Rohstoffpreise

Übersicht 7: HWWI-Index

	2019	2020	2021	2021				2021				2022	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Auf Dollarbasis	- 14,8	- 23,3	+ 87,6	+ 33,9	+ 110,0	+ 97,3	+ 114,2	+ 107,1	+ 143,3	+ 106,3	+ 96,2	+ 77,2	+ 77,4
Ohne Energierohstoffe	- 7,8	+ 2,9	+ 43,2	+ 40,0	+ 69,5	+ 40,3	+ 27,9	+ 29,7	+ 32,5	+ 29,1	+ 22,6	+ 20,1	+ 22,8
Auf Euro-Basis	- 10,2	- 24,9	+ 82,4	+ 22,6	+ 92,2	+ 96,0	+ 123,9	+ 107,8	+ 147,4	+ 114,3	+ 111,7	+ 90,8	+ 89,5
Ohne Energierohstoffe	- 2,7	+ 0,8	+ 38,5	+ 28,1	+ 54,9	+ 39,2	+ 33,4	+ 29,9	+ 34,4	+ 33,8	+ 32,1	+ 29,2	+ 31,1
Nahrungs- und Genussmittel	+ 0,5	+ 3,6	+ 33,5	+ 21,1	+ 37,8	+ 39,7	+ 35,8	+ 32,6	+ 33,1	+ 35,5	+ 38,7	+ 29,5	+ 33,4
Industrierohstoffe	- 4,3	- 0,7	+ 41,3	+ 32,2	+ 64,9	+ 38,9	+ 32,0	+ 28,4	+ 35,1	+ 32,9	+ 28,4	+ 29,0	+ 29,7
Energierohstoffe	- 11,9	- 31,4	+ 98,6	+ 20,8	+ 108,8	+ 117,7	+ 156,8	+ 138,7	+ 190,5	+ 143,4	+ 139,8	+ 111,6	+ 109,0
Rohöl	- 5,3	- 33,4	+ 60,3	+ 10,6	+ 97,3	+ 67,8	+ 84,8	+ 78,3	+ 104,8	+ 91,9	+ 61,3	+ 67,4	+ 62,7

Q: Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Jahreswerte auf Basis von Monatswerten berechnet. Revision aufgrund neuer Gewichtung der Indizes. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at

2. Kennzahlen für Österreich

2.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESVG 2010

Übersicht 8: Verwendung des Bruttoinlandsproduktes und Herstellung von Waren

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2020		2021			
								III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.
Veränderung gegen das Vorjahr in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)													
Verwendung des Bruttoinlandsproduktes													
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,3	+ 2,5	+ 1,5	- 6,7	+ 4,5	.	.	- 4,4	- 5,7	- 5,0	+12,9	+ 5,4	+ 5,5
Exporte	+ 4,9	+ 5,1	+ 3,4	-10,8	+12,7	.	.	- 8,8	- 7,5	- 7,8	+34,6	+17,1	+12,6
Importe	+ 5,3	+ 5,3	+ 2,0	- 9,4	+14,5	.	.	- 9,8	- 3,2	+ 2,1	+29,3	+18,6	+10,4
Inländische Verwendung ¹⁾	+ 2,4	+ 2,5	+ 0,7	- 5,8	+ 5,1	.	.	- 4,8	- 3,4	+ 0,5	+10,4	+ 5,7	+ 4,2
Konsumausgaben insgesamt	+ 1,6	+ 1,1	+ 0,9	- 6,3	+ 4,4	.	.	- 4,4	- 5,4	- 3,8	+ 8,0	+ 7,1	+ 6,3
Private Haushalte ²⁾	+ 2,0	+ 1,1	+ 0,7	- 8,5	+ 3,3	.	.	- 5,5	- 8,6	- 6,7	+ 7,7	+ 6,5	+ 6,0
Staat	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,5	- 0,5	+ 6,7	.	.	- 1,3	+ 3,2	+ 3,0	+ 8,6	+ 8,6	+ 6,8
Bruttoinvestitionen ³⁾	+ 4,5	+ 6,1	- 0,2	- 4,6	+ 6,0	.	.	- 5,3	+ 1,1	+10,8	+15,4	+ 0,6	- 1,6
Bruttoanlageinvestitionen	+ 4,2	+ 4,4	+ 4,8	- 5,2	+ 4,0	.	.	- 3,1	- 3,8	+ 3,5	+13,6	+ 0,3	- 0,3
Ausrüstungen und Waffensysteme	+ 7,4	+ 1,3	+ 4,3	- 8,7	+ 4,7	.	.	- 3,3	- 4,5	+ 4,6	+20,1	- 5,2	+ 0,6
Bauten	+ 2,7	+ 5,6	+ 4,0	- 3,7	+ 3,1	.	.	- 2,1	- 3,5	+ 4,0	+12,1	+ 1,1	- 2,9
Sonstige Anlagen ⁴⁾	+ 2,5	+ 6,9	+ 7,3	- 3,2	+ 4,9	.	.	- 5,4	- 3,7	+ 1,6	+ 7,7	+ 6,6	+ 4,3
Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen													
Herstellung von Waren	+ 3,2	+ 4,3	+ 0,6	- 7,0	+ 8,7	.	.	- 4,1	- 1,3	+ 2,9	+20,9	+ 7,4	+ 5,0

Saison- und arbeitsstagsbereinigt, gemäß Eurostat-Vorgabe, Veränderung gegen das Vorquartal in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)

	Veränderung gegen das Vorquartal in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)					
	2020	2021	2022	2023	2021	2022
Verwendung des Bruttoinlandsproduktes						
Bruttoinlandsprodukt	+10,8	- 1,9	- 0,4	+ 4,1	+ 3,4	- 1,5
Exporte	+15,2	+ 2,6	- 1,3	+14,0	+ 0,8	- 0,9
Importe	+10,7	+ 5,2	+ 6,4	+ 3,6	+ 0,2	- 1,6
Inländische Verwendung ¹⁾	+ 8,5	- 0,7	+ 3,6	- 1,3	+ 3,1	- 1,9
Konsumausgaben insgesamt	+ 8,7	- 1,2	- 2,1	+ 2,8	+ 7,8	- 1,9
Private Haushalte ²⁾	+11,7	- 3,1	- 3,0	+ 2,6	+10,4	- 3,6
Staat	+ 1,8	+ 3,6	- 0,2	+ 3,0	+ 1,8	+ 2,1
Bruttoinvestitionen ³⁾	+ 6,4	+ 3,6	+ 8,1	- 3,3	- 7,0	+ 2,1
Bruttoanlageinvestitionen	+ 9,1	- 0,5	+ 4,1	- 0,1	- 3,0	- 0,7
Ausrüstungen und Waffensysteme	+16,2	- 4,1	+ 6,5	- 0,2	- 6,6	+ 2,1
Bauten	+ 8,0	+ 0,8	+ 2,8	- 0,1	- 2,4	- 2,7
Sonstige Anlagen ⁴⁾	+ 1,9	+ 1,9	+ 3,6	+ 0,1	+ 0,9	- 0,1
Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen						
Herstellung von Waren	+13,6	+ 1,6	+ 3,1	+ 0,5	+ 1,3	- 0,3

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. 2022 und 2023: Prognose (Veröffentlichung im April 2022). – ¹⁾ Einschließlich statistischer Differenz. – ²⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ³⁾ Einschließlich Vorratsveränderung und Nettozugang an Wertsachen. – ⁴⁾ Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte). • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 9: Einkommen und Produktivität

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2020		2021				
								III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	
Veränderung gegen das Vorjahr in %														
Bruttonationaleinkommen, nominell	+ 2,3	+ 4,3	+ 3,8	- 4,3	.	.	.	+ 0,5	+ 0,8	- 0,9	+10,1	+ 6,2	+ 6,0	
Arbeitnehmerentgelte	+ 3,5	+ 5,1	+ 4,2	- 0,4	+ 5,5	
Betriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen	+ 3,2	+ 4,4	+ 1,7	- 0,7	+ 5,5	.	.	- 0,5	+ 4,6	+ 7,1	+11,0	+ 6,7	- 1,3	
Gesamtwirtschaftliche Produktivität BIP real pro Kopf (Erwerbstätige)	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,2	- 5,0	+ 1,9	.	.	- 3,0	- 4,1	- 3,2	+ 7,5	+ 2,0	+ 1,8	
BIP nominell	Mrd. €	369,36	385,42	397,52	379,32	403,37	.	.	96,70	99,90	91,62	100,34	103,93	107,47
Pro Kopf (Bevölkerung)	in €	41.996	43.611	44.778	42.540	45.043	.	.	10.839	11.185	10.253	11.218	11.596	11.971
Arbeitsvolumen Gesamtwirtschaft ¹⁾	+ 1,0	+ 1,9	+ 1,6	- 8,7	+ 5,1	.	.	- 3,4	- 9,9	- 2,7	+16,4	+ 3,8	+ 4,0	
Stundenproduktivität Gesamtwirtschaft ²⁾	+ 1,2	+ 0,5	- 0,1	+ 2,1	- 0,6	.	.	- 1,0	+ 4,7	- 2,4	- 3,0	+ 1,5	+ 1,4	

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. 2022 und 2023: Prognose (Veröffentlichung im April 2022). – ¹⁾ Von Erwerbstätigen geleistete Arbeitsstunden. – ²⁾ Produktion je geleistete Arbeitsstunde. • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

2.2 Konjunkturklima

Übersicht 10: WIFO-Konjunkturklimaindex

	2020		2021				2021				2022	
	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	
Indexpunkte (saisonbereinigt)												
Konjunkturklimaindex Gesamtwirtschaft	- 12,3	- 9,9	+ 15,5	+ 18,2	+ 16,2	+ 17,2	+ 19,1	+ 17,7	+ 11,7	+ 13,0	+ 15,8	
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	- 10,3	- 11,8	+ 14,1	+ 21,2	+ 17,2	+ 20,2	+ 20,7	+ 19,1	+ 11,8	+ 14,1	+ 15,4	
Index der unternehmerischen Erwartungen	- 14,2	- 8,0	+ 16,8	+ 15,2	+ 15,2	+ 14,2	+ 17,6	+ 16,3	+ 11,6	+ 11,9	+ 16,3	
Konjunkturklimaindex Wirtschaftsbereiche												
Sachgütererzeugung	- 10,6	- 5,6	+ 18,3	+ 19,7	+ 20,2	+ 19,6	+ 20,6	+ 19,5	+ 20,5	+ 16,9	+ 18,3	
Bauwirtschaft	+ 8,5	+ 16,1	+ 37,4	+ 37,1	+ 37,6	+ 39,2	+ 35,5	+ 36,7	+ 40,6	+ 38,6	+ 40,2	
Dienstleistungen	- 18,7	- 17,3	+ 12,7	+ 17,2	+ 14,2	+ 14,9	+ 19,6	+ 17,2	+ 5,7	+ 9,1	+ 14,0	

Q: WIFO-Konjunkturtest; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. <https://konjunktur.wifo.ac.at/>. WIFO-Konjunkturklimaindex: Werte zwischen -100 (pessimistisches Konjunkturklima) und +100 (optimistisches Konjunkturklima). • Rückfragen: birgit.gagnezy@wifo.ac.at, alexandros.charos@wifo.ac.at

2.3 Tourismus

Übersicht 11: **Tourismusentwicklung in der laufenden Saison**

	Umsätze im Gesamtreise- verkehr	Wintersaison 2020/21			November bis Dezember 2021		
		Insgesamt	Übernachtungen Aus dem Inland	Aus dem Ausland	Insgesamt	Übernachtungen ¹⁾ Aus dem Inland	Aus dem Ausland
Veränderung gegen den Vergleichszeitraum der Vorkrisensaison 2018/19 in %							
Österreich	- 88,3	- 92,4	- 76,0	- 97,2	- 38,5	- 43,6	- 39,9
Wien	- 87,5	- 94,0	- 82,4	- 96,6	- 69,2	- 71,6	- 73,5
Niederösterreich	- 37,3	- 62,0	- 55,3	- 76,2	- 36,4	- 40,9	- 34,9
Burgenland	- 64,9	- 76,8	- 76,9	- 76,7	- 30,0	- 34,5	- 27,8
Steiermark	- 74,6	- 85,0	- 80,9	- 92,1	- 29,9	- 35,5	- 36,1
Kärnten	- 74,2	- 84,8	- 68,7	- 94,4	- 31,8	- 37,1	- 24,5
Oberösterreich	- 52,1	- 73,3	- 67,0	- 83,1	- 39,1	- 43,8	- 41,3
Salzburg	- 93,2	- 96,1	- 86,5	- 98,7	- 37,5	- 42,5	- 45,4
Tirol	- 94,5	- 97,5	- 79,5	- 98,7	- 28,9	- 35,2	- 32,2
Vorarlberg	- 93,8	- 97,0	- 80,8	- 98,5	- 20,0	- 27,3	- 29,6

Q: OeNB; Statistik Austria; WIFO-Berechnungen; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Unbereinigte Werte. Wintersaison: 1. November bis 30. April des Folgejahres, Sommersaison: 1. Mai bis 31. Oktober. Umsätze einschließlich des internationalen Personentransportes. – ¹⁾ Dezember 2021: Hochrechnung. – ²⁾ Schätzung. • Rückfragen: sabine.ehn-fragner@wifo.ac.at, anna.burton@wifo.ac.at

2.4 Außenhandel

Übersicht 12: **Warenexporte und Warenimporte**

	2020	2021	2020	2021	2018	2019	2020	2021	2021				
	Mrd. €	Jänner bis De- zember	Anteile in %	Jänner bis De- zember				Jänner bis De- zember	August	Septem- ber	Oktober	Novem- ber	Dezember
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Warenexporte insgesamt	142,6	165,5	100,0	100,0	+ 5,7	+ 2,3	- 7,1	+ 16,1	+ 20,5	+ 14,8	+ 8,4	+ 19,5	+ 20,3
Intra-EU 27 (ab 2020)	96,4	112,6	67,6	68,1	+ 5,9	+ 1,7	- 5,9	+ 16,9	+ 18,4	+ 16,0	+ 9,6	+ 19,3	+ 22,1
Deutschland	43,4	49,9	30,5	30,1	+ 5,5	- 0,4	- 3,6	+ 14,8	+ 17,5	+ 9,9	+ 4,2	+ 12,5	+ 18,8
Italien	8,8	11,2	6,2	6,8	+ 7,2	- 0,1	- 9,5	+ 26,8	+ 20,9	+ 25,7	+ 19,9	+ 27,7	+ 32,1
Frankreich	6,1	6,3	4,3	3,8	- 8,5	+ 4,8	- 9,2	+ 2,9	+ 13,9	+ 26,8	+ 19,1	+ 21,5	+ 23,7
EU-Länder seit 2004	26,3	31,5	18,5	19,1	+ 7,8	+ 2,7	- 5,6	+ 19,8	+ 16,7	+ 21,9	+ 11,7	+ 28,5	+ 23,8
5 EU-Länder ¹⁾	21,3	25,4	14,9	15,4	+ 7,5	+ 3,1	- 5,5	+ 19,5	+ 16,7	+ 21,8	+ 12,2	+ 30,3	+ 23,0
Tschechien	5,1	6,0	3,6	3,6	+ 7,6	- 4,6	- 6,0	+ 18,5	+ 20,2	+ 19,1	+ 8,3	+ 25,8	+ 15,7
Ungarn	4,9	6,1	3,5	3,7	+ 6,1	+ 9,3	- 11,4	+ 24,1	+ 22,3	+ 36,9	+ 18,6	+ 36,6	+ 44,2
Polen	5,5	6,6	3,9	4,0	+ 9,8	+ 8,1	+ 6,6	+ 19,3	+ 13,5	+ 11,6	+ 7,3	+ 29,0	+ 8,8
Extra-EU 27 (ab 2020)	46,2	52,8	32,4	31,9	+ 5,5	+ 3,5	- 9,6	+ 14,4	+ 24,9	+ 12,3	+ 6,0	+ 20,2	+ 16,7
Schweiz	7,5	8,2	5,2	4,9	+ 0,2	+ 3,6	+ 3,0	+ 9,3	+ 38,7	+ 12,0	+ 7,4	+ 21,1	+ 28,7
Vereinigtes Königreich	4,1	4,4	2,9	2,7	+ 7,5	+ 7,1	- 9,3	+ 8,8	+ 13,7	+ 3,0	- 9,6	+ 5,5	- 11,5
Westbalkanländer	1,4	1,7	1,0	1,0	+ 2,9	+ 12,8	- 10,4	+ 21,4	+ 29,1	+ 19,1	+ 4,0	+ 52,8	+ 31,8
GUS-Europa	2,3	2,2	1,6	1,3	- 3,6	+ 11,5	- 11,6	- 3,4	+ 24,5	- 5,3	+ 10,9	+ 30,2	- 8,2
Russland	2,1	2,0	1,5	1,2	- 3,7	+ 12,3	- 10,3	- 5,7	+ 22,5	- 8,6	+ 10,7	+ 31,8	- 9,1
Industrieländer in Übersee	15,3	18,1	10,7	10,9	+ 9,0	+ 0,4	- 11,9	+ 18,4	+ 23,5	+ 12,0	+ 3,8	+ 21,2	+ 21,1
USA	9,3	11,1	6,5	6,7	+ 9,7	- 3,4	- 9,2	+ 19,4	+ 18,9	+ 8,5	+ 6,1	+ 32,7	+ 28,7
China	3,9	4,8	2,7	2,9	+ 9,6	+ 10,0	- 12,2	+ 23,1	+ 13,8	+ 20,6	+ 8,5	+ 12,3	+ 24,6
Japan	1,5	1,7	1,1	1,0	+ 10,7	+ 5,5	- 5,6	+ 12,0	+ 32,0	+ 33,0	- 6,5	- 4,9	+ 29,6
Agrarwaren	12,0	13,1	8,4	7,9	+ 3,7	+ 6,7	+ 3,1	+ 9,4	+ 13,6	+ 12,4	+ 5,1	+ 15,9	+ 12,8
Roh- und Brennstoffe	7,1	10,0	5,0	6,0	+ 12,2	+ 2,0	- 14,8	+ 41,0	+ 54,2	+ 49,4	+ 46,0	+ 54,9	+ 83,2
Industriewaren	123,5	142,3	86,6	86,0	+ 5,5	+ 1,9	- 7,5	+ 15,3	+ 19,1	+ 13,1	+ 6,7	+ 18,0	+ 17,5
Chemische Erzeugnisse	22,2	25,2	15,6	15,2	+ 0,3	+ 8,4	+ 2,8	+ 13,6	+ 32,8	+ 18,8	+ 19,8	+ 31,8	+ 26,8
Bearbeitete Waren	28,7	35,3	20,2	21,3	+ 6,5	- 3,2	- 9,9	+ 22,8	+ 32,6	+ 24,6	+ 18,4	+ 27,7	+ 26,2
Maschinen, Fahrzeuge	54,4	61,3	38,2	37,0	+ 6,2	+ 2,5	- 11,9	+ 12,6	+ 11,3	+ 5,7	- 3,1	+ 9,1	+ 10,1
Konsumnahe Fertigwaren	16,0	17,7	11,2	10,7	+ 7,2	+ 1,8	- 7,3	+ 10,6	+ 3,0	+ 6,4	+ 0,5	+ 13,7	+ 13,6
Warenimporte insgesamt	144,4	178,0	100,0	100,0	+ 5,8	+ 1,1	- 8,5	+ 23,2	+ 25,9	+ 23,7	+ 16,4	+ 24,8	+ 32,6
Intra-EU 27 (ab 2020)	98,8	118,6	68,4	66,6	+ 5,3	+ 0,3	- 8,4	+ 20,1	+ 23,4	+ 17,4	+ 12,6	+ 21,1	+ 22,7
Deutschland	50,5	58,9	35,0	33,1	+ 2,7	- 1,1	- 8,5	+ 16,5	+ 18,6	+ 12,5	+ 7,9	+ 18,1	+ 17,6
Italien	9,1	11,5	6,3	6,5	+ 9,5	+ 4,1	- 12,0	+ 26,4	+ 27,5	+ 19,2	+ 20,2	+ 30,9	+ 29,6
Frankreich	3,7	4,5	2,6	2,5	+ 8,4	- 1,4	- 11,4	+ 21,1	+ 21,2	+ 30,1	+ 20,0	+ 13,8	+ 13,1
EU-Länder seit 2004	22,5	28,6	15,6	16,0	+ 8,8	+ 1,2	- 6,6	+ 26,7	+ 33,2	+ 27,4	+ 22,0	+ 28,6	+ 30,9
5 EU-Länder ¹⁾	19,3	24,2	13,3	13,6	+ 9,2	+ 1,1	- 8,6	+ 25,9	+ 32,9	+ 26,3	+ 22,4	+ 29,1	+ 31,4
Tschechien	6,0	7,8	4,2	4,4	+ 6,9	- 2,4	- 9,3	+ 29,2	+ 41,8	+ 45,3	+ 33,1	+ 37,7	+ 39,4
Ungarn	3,9	4,7	2,7	2,7	+ 5,9	+ 2,5	- 9,9	+ 22,3	+ 22,4	+ 15,3	+ 12,2	+ 21,6	+ 36,2
Polen	4,5	5,8	3,1	3,2	+ 10,3	+ 11,0	- 3,4	+ 27,9	+ 38,9	+ 24,2	+ 14,5	+ 14,3	+ 12,9
Extra-EU 27 (ab 2020)	45,7	59,4	31,6	33,4	+ 6,9	+ 2,8	- 8,7	+ 30,1	+ 31,0	+ 38,1	+ 24,7	+ 33,5	+ 54,5
Schweiz	7,6	9,7	5,3	5,5	- 10,8	- 10,8	+ 25,5	+ 27,7	+ 7,6	+ 50,0	+ 0,3	+ 25,9	+ 56,0
Vereinigtes Königreich	2,1	2,7	1,5	1,5	+ 16,3	- 1,3	- 24,2	+ 27,7	- 3,4	+ 0,2	- 16,7	- 1,0	+ 199,1
Westbalkanländer	1,3	1,6	0,9	0,9	+ 9,2	+ 16,0	- 10,3	+ 25,0	+ 35,7	+ 32,8	+ 25,1	+ 41,3	+ 36,5
GUS-Europa	2,3	4,7	1,6	2,7	+ 19,0	- 15,9	- 20,7	+ 110,5	+ 182,7	+ 224,5	+ 157,8	+ 166,7	+ 236,3
Russland	2,2	4,7	1,5	2,6	+ 19,0	- 16,1	- 21,4	+ 115,1	+ 190,6	+ 237,4	+ 164,7	+ 175,9	+ 241,2
Industrieländer in Übersee	8,9	9,9	6,2	5,6	+ 1,3	+ 10,6	- 19,4	+ 11,7	+ 21,0	+ 18,3	+ 7,1	+ 5,9	+ 1,5
USA	5,3	5,7	3,6	3,2	+ 2,9	+ 18,5	- 25,9	+ 8,1	+ 23,7	+ 17,0	- 2,9	- 2,1	+ 1,1
China	10,2	13,1	7,1	7,4	+ 7,1	+ 7,9	+ 3,7	+ 28,6	+ 27,0	+ 29,9	+ 28,9	+ 27,3	+ 46,3
Japan	2,1	2,2	1,4	1,3	+ 4,2	+ 0,2	- 8,7	+ 9,1	+ 5,7	+ 12,3	+ 18,1	+ 20,8	+ 1,2
Agrarwaren	11,6	12,7	8,1	7,1	+ 1,2	+ 4,7	- 0,4	+ 8,7	+ 12,0	+ 14,5	+ 10,4	+ 19,3	+ 22,8
Roh- und Brennstoffe	14,1	22,1	9,7	12,4	+ 15,3	- 4,0	- 23,4	+ 57,2	+ 78,6	+ 87,5	+ 88,0	+ 93,9	+ 106,6
Industriewaren	118,7	143,2	82,2	80,5	+ 4,9	+ 1,6	- 7,1	+ 20,6	+ 21,0	+ 17,8	+ 9,2	+ 17,8	+ 24,4
Chemische Erzeugnisse	21,0	26,2	14,5	14,7	+ 4,5	+ 3,1	- 4,1	+ 24,9	+ 25,2	+ 29,6	+ 12,1	+ 23,6	+ 42,6
Bearbeitete Waren	22,9	29,0	15,9	16,3	+ 6,9	- 2,2	- 6,1	+ 26,4	+ 35,5	+ 31,2	+ 28,1	+ 38,9	+ 32,0
Maschinen, Fahrzeuge	50,4	58,9	34,9	33,1	+ 4,4	+ 3,7	- 11,2	+ 16,7	+ 20,2	+ 11,5	+ 1,3	+ 5,9	+ 8,3
Konsumnahe Fertigwaren	21,8	24,6	15,1	13,8	+ 4,6	+ 3,1	- 7,9	+ 12,5	+ 10,0	+ 5,4	+ 5,0	+ 15,9	+ 19,2

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Monatsdaten für das aktuelle Jahr werden laufend revidiert. – ¹⁾ Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. • Rückfragen: irene.langer@wifo.ac.at

2.5 Landwirtschaft

Übersicht 13: Markt- und Preisentwicklung von Agrarprodukten

	2018	2019	2020	2021	2021				2021				
					IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber
	1.000 t				Veränderung gegen das Vorjahr in %								
Marktentwicklung													
Milchanlieferung ¹⁾	3.391	3.378	3.384	3.403	- 1,7	- 2,4	+ 0,6	+ 0,9	+ 3,3	+ 1,4	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,7
Marktleistung Getreide insgesamt ²⁾	2.493	2.691	2.962	2.712
BEE ³⁾ Rindfleisch	218	215	205	200	- 9,3	- 8,3	- 0,2	- 1,3	+ 0,4	- 1,7	- 7,6	+ 8,9	- 0,3
BEE ³⁾ Kalbfleisch	7	7	7	7	- 5,6	- 9,0	- 10,6	+ 13,2	+ 12,1	+ 14,9	+ 24,3	+ 10,1	+ 5,5
BEE ³⁾ Schweinefleisch	468	468	475	479	+ 2,8	+ 1,3	+ 4,2	- 0,7	- 0,8	- 0,1	- 5,2	+ 1,3	+ 1,4
Geflügelschlachtungen ⁴⁾	110	116	125	129	+ 4,3	+ 6,8	- 0,1	+ 3,9	+ 3,8	+ 3,6	- 1,1	+ 4,9	+ 7,7
	€ je t				Veränderung gegen das Vorjahr in %								
Erzeugerpreise (ohne Umsatzsteuer)													
Milch (4% Fett, 3,3% Eiweiß)	359	359	366	384	+ 9,2	+ 4,7	+ 4,7	+ 5,5	+ 5,5	+ 3,8	+ 4,5	+ 4,7	+ 7,2
Qualitätsweizen ⁵⁾	159	166	161	213	+ 3,4	+ 8,1	+ 24,5	+ 23,5	+ 69,8	+ 38,0	+ 49,1	+ 69,9	+ 89,9
Körnermais ⁵⁾	149	143	143	202	+ 2,9	+ 21,7	+ 37,8	+ 57,0	+ 50,5	+ 68,9	+ 54,3	+ 47,6	+ 49,9
Jungtiere (Handelsklasse R3) ⁶⁾ 7)	3.868	3.703	3.650	3.989	+ 0,7	+ 2,9	+ 10,0	+ 9,5	+ 14,8	+ 10,4	+ 13,4	+ 14,7	+ 16,1
Schweine (Handelsklasse E) ⁶⁾	1.487	1.757	1.678	1.565	- 26,2	- 25,1	- 3,3	+ 2,1	+ 4,2	- 0,6	+ 0,0	+ 3,5	+ 9,6
Masthühner bratfertig, lose ⁸⁾	2.731	2.665	2.385	2.419	- 7,5	- 0,7	+ 5,3	- 0,1	+ 1,3	- 1,3	- 0,8	+ 1,3	+ 3,4

Q: Agrarmarkt Austria; Statistik Austria; Bundesanstalt für Agrarwirtschaft; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Milchanlieferung an die Be- und Verarbeitungsbetriebe. – 2) Wirtschaftsjahre, Summe der Marktleistung von Juli bis Juni des nächsten Jahres, Körnermais von Oktober bis September (Wirtschaftsjahr 2019/20 = Jahr 2019). – 3) Bruttoeigenerzeugung (BEE) von Fleisch: untersuchte Schlachtungen in Österreich einschließlich Exporte und abzüglich Importe von lebenden Tieren. – 4) Schlachtungen von Brat-, Back- und Suppenhühnern in Betrieben mit mindestens 5.000 Schlachtungen im Vorjahr. – 5) Preise der ersten Handelsstufe; für das laufende Wirtschaftsjahr Mischpreise aus A-Konto-Zahlungen und zum Teil endgültigen Preisen. – 6) € je t Schlachtgewicht. – 7) Preis frei Rampe Schlachthof, gemäß Viehmeldeverordnung. – 8) Verkaufspreis frei Filiale. • Rückfragen: dietmar.weinberger@wifo.ac.at

2.6 Herstellung von Waren

Übersicht 14: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage

	2019	2020	2021	2021				2021				2022	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	August	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Produktionsindex (arbeitslagsbereinigt)													
Insgesamt	+ 0,0	- 7,0	+ 10,8	+ 3,8	+ 25,6	+ 8,6	+ 7,1	+ 9,7	+ 6,1	+ 5,8	+ 7,9	+ 7,6	+ 10,3
Vorleistungen	- 1,1	- 4,6	+ 12,1	+ 4,9	+ 24,6	+ 12,2	+ 8,0	+ 12,3	+ 9,7	+ 5,8	+ 9,8	+ 8,6	+ 12,5
Investitionsgüter	+ 2,5	- 12,4	+ 13,9	+ 7,1	+ 37,6	+ 8,0	+ 8,1	+ 12,7	+ 3,8	+ 7,4	+ 8,7	+ 8,1	+ 7,6
Kfz	+ 4,9	- 17,6	+ 8,1	+ 16,8	+ 64,6	- 10,3	- 14,3	+ 10,5	- 21,9	- 17,7	- 22,1	+ 1,1	- 8,3
Konsumgüter	- 1,5	- 3,0	+ 4,2	- 1,7	+ 13,2	+ 1,9	+ 4,2	+ 1,4	+ 0,6	+ 1,2	+ 4,5	+ 7,1	+ 6,6
Langlebige Konsumgüter	- 2,3	- 0,6	+ 14,3	+ 13,1	+ 43,0	+ 5,3	+ 2,6	- 3,6	+ 3,4	+ 1,6	- 1,2	+ 8,2	+ 8,5
Kurzlebige Konsumgüter	- 1,4	- 3,6	+ 1,7	- 5,0	+ 6,3	+ 1,1	+ 4,6	+ 2,5	- 0,1	+ 1,6	+ 6,2	+ 6,2	+ 6,6
Arbeitsmarkt													
Beschäftigte	+ 1,6	- 1,3	.	- 1,2	+ 0,7	+ 0,9	.	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,7	.	.
Geleistete Stunden	+ 2,2	- 4,6	.	+ 0,3	+ 16,0	+ 4,6	.	+ 5,6	+ 4,5	- 1,5	+ 1,2	.	.
Produktion pro Kopf (Beschäftigte)	- 1,5	- 5,8	.	+ 5,1	+ 24,8	+ 7,6	.	+ 8,6	+ 4,9	+ 4,5	+ 6,1	.	.
Produktion (unbereinigt) je geleistete Stunde	- 1,9	- 2,1	.	+ 2,4	+ 9,4	+ 3,8	.	+ 7,8	+ 1,2	+ 3,1	+ 7,5	.	.
Aufträge													
Auftragseingänge	- 2,1	- 7,4	.	+ 18,4	+ 61,1	+ 23,3	.	+ 23,2	+ 17,0	+ 14,3	+ 23,6	.	.
Inland	- 0,9	- 4,5	.	+ 8,9	+ 60,7	+ 33,7	.	+ 38,8	+ 24,1	+ 26,1	+ 29,1	.	.
Ausland	- 2,5	- 8,3	.	+ 21,4	+ 61,2	+ 20,2	.	+ 18,7	+ 14,9	+ 10,9	+ 22,0	.	.
Auftragsbestand	+ 2,5	+ 1,6	.	+ 8,1	+ 18,9	+ 26,3	.	+ 25,8	+ 26,3	+ 27,8	+ 29,2	.	.
Inland	+ 2,1	+ 6,2	.	+ 10,1	+ 19,4	+ 33,9	.	+ 34,3	+ 36,5	+ 37,1	+ 36,1	.	.
Ausland	+ 2,6	- 3,2	.	+ 7,6	+ 18,8	+ 24,5	.	+ 23,8	+ 24,0	+ 25,6	+ 27,6	.	.

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Ab 2021: vorläufig. • Rückfragen: tim.slickers@wifo.ac.at

Übersicht 15: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests für die Sachgütererzeugung

	2020		2021				2021				2022	
	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	
	Indexpunkte (saisonbereinigt) ¹⁾											
Konjunkturklimaindex Sachgütererzeugung	- 10,6	- 5,6	+ 18,3	+ 19,7	+ 20,2	+ 19,6	+ 20,6	+ 19,5	+ 20,5	+ 16,9	+ 18,3	
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	- 9,9	- 7,4	+ 18,3	+ 22,3	+ 21,7	+ 21,8	+ 23,3	+ 19,4	+ 22,3	+ 18,7	+ 20,8	
Index der unternehmerischen Erwartungen	- 11,3	- 3,9	+ 18,2	+ 17,2	+ 18,7	+ 17,4	+ 17,9	+ 19,7	+ 18,6	+ 15,1	+ 15,8	
	In % der Unternehmen (saisonbereinigt)											
Auftragsbestände zumindest ausreichend	57,6	59,8	74,9	79,6	80,7	79,0	81,9	79,7	80,6	80,5	81,6	
Auslandsauftragsbestände zumindest ausreichend	53,7	54,1	70,0	72,2	75,2	72,2	76,9	72,3	76,4	74,3	75,7	
	Salden aus positiven und negativen Antworten in % aller Antworten (saisonbereinigt)											
Fertigwarenlager zur Zeit	+ 7,3	+ 4,3	- 8,5	- 9,3	- 9,3	- 10,2	- 11,0	- 6,8	- 10,0	- 7,0	- 4,7	
Produktion in den nächsten 3 Monaten	- 7,3	+ 1,1	+ 22,3	+ 16,6	+ 20,9	+ 16,1	+ 19,3	+ 23,6	+ 19,8	+ 16,4	+ 17,2	
Geschäftslage in den nächsten 6 Monaten	- 17,4	- 8,4	+ 17,6	+ 16,0	+ 12,5	+ 16,8	+ 11,8	+ 12,6	+ 13,0	+ 8,6	+ 10,4	
Verkaufspreise in den nächsten 3 Monaten	- 1,7	+ 9,2	+ 39,2	+ 49,4	+ 56,5	+ 52,0	+ 54,0	+ 56,4	+ 59,1	+ 57,8	+ 56,4	

Q: WIFO-Konjunkturtest; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Werte zwischen -100 (pessimistisches Konjunkturklima) und +100 (optimistisches Konjunkturklima). • Rückfragen: birgit.gagnezy@wifo.ac.at, alexandros.charos@wifo.ac.at

2.7 Bauwirtschaft

Übersicht 16: Bauwesen

	2019	2020	2021	2021				2021				2022	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Konjunkturdaten¹⁾													
Produktion ²⁾													
Bauwesen insgesamt	+ 7,3	- 1,7	.	+ 8,2	+26,2	+ 8,3	.	+ 7,7	+ 4,5	+10,7	.	.	.
Hochbau	+ 9,6	- 2,9	.	+ 9,1	+22,3	+ 7,9	.	+10,3	+ 6,4	+ 9,4	.	.	.
Tiefbau	+ 5,9	- 2,4	.	+ 7,9	+25,5	+ 5,8	.	+ 3,8	+ 3,8	+ 4,2	.	.	.
Baunebengewerbe ³⁾	+ 6,2	- 0,6	.	+ 7,7	+29,3	+ 9,5	.	+ 7,4	+ 3,5	+13,4	.	.	.
Auftragsbestände	+ 4,8	- 0,9	.	+11,1	+18,9	+17,7	.	+16,9	+13,4	+13,5	.	.	.
Auftragseingänge	- 1,7	+ 2,3	.	+34,7	+33,7	+ 2,3	.	+ 7,2	- 8,6	+17,8	.	.	.
Arbeitsmarkt													
Unselbständig aktiv Beschäftigte	+ 3,8	- 0,1	+ 5,1	+ 6,8	+ 7,4	+ 3,0	+ 3,6	+ 3,2	+ 3,4	+ 3,7	+ 3,8	+ 5,8	+ 5,4
Arbeitslose	- 8,6	+29,9	-18,7	- 8,3	-37,0	-22,0	-17,1	-21,0	-22,4	-23,8	-12,4	-13,9	-18,1
Offene Stellen	+10,5	+ 2,2	+24,9	+ 7,8	+28,9	+29,3	+33,5	+31,7	+31,8	+29,3	+43,1	+54,0	+34,5
Baupreisindex													
Hoch- und Tiefbau	+ 3,1	+ 2,6	+ 5,3	+ 2,8	+ 4,9	+ 6,2	+ 7,4
Hochbau	+ 3,4	+ 3,2	+ 8,2	+ 3,6	+ 7,4	+ 9,9	+11,8
Wohnhaus-, Siedlungsbau	+ 3,3	+ 3,2	+ 8,0	+ 3,7	+ 7,2	+ 9,6	+11,4
Sonstiger Hochbau	+ 3,4	+ 3,1	+ 8,6	+ 3,7	+ 7,7	+10,4	+12,5
Tiefbau	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,1

Q: Statistik Austria; Arbeitsmarktservice Österreich; Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Konjunkturerhebung auf Betriebsebene (Grundgesamtheit). Ab 2021: vorläufig. – 2) Abgesetzte Produktion nach Aktivitätsansatz. – 3) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe. • Rückfragen: michael.weingaertler@wifo.ac.at

2.8 Binnenhandel

Übersicht 17: Umsätze und Beschäftigung

	2019	2020	2021	2021				2021				2021	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Nettoumsätze nominell	+ 1,2	- 5,3	+11,2	+ 3,5	+22,3	+ 8,1	+11,3	+ 4,1	+11,7	+ 9,0	+ 6,0	+17,3	+11,1
Kfz-Handel und -Reparatur	+ 0,6	-10,7	+12,1	+17,7	+35,6	+ 1,3	- 1,1	- 2,3	+ 7,2	- 0,1	- 4,7	+ 7,6	- 6,4
Großhandel	+ 0,9	- 7,0	+14,9	+ 1,1	+26,7	+13,7	+18,9	+ 8,6	+17,9	+15,0	+12,1	+23,4	+21,6
Einzelhandel	+ 2,1	+ 0,1	+ 5,1	+ 2,1	+10,6	+ 2,3	+ 5,3	- 0,1	+ 4,2	+ 2,9	+ 1,4	+11,4	+ 4,1
Nettoumsätze real ¹⁾	+ 0,6	- 4,8	+ 4,7	+ 1,1	+15,4	+ 0,8	+ 2,2	- 2,5	+ 4,4	+ 1,1	- 2,5	+ 7,0	+ 2,4
Kfz-Handel und -Reparatur	- 1,2	-12,5	+ 9,2	+15,7	+32,7	- 1,4	- 5,1	- 4,6	+ 4,2	- 2,9	- 7,9	+ 3,3	-11,1
Großhandel	+ 0,6	- 5,3	+ 4,6	- 3,0	+15,5	+ 2,0	+ 4,5	- 2,2	+ 5,9	+ 2,7	- 1,3	+ 8,0	+ 7,4
Einzelhandel	+ 1,2	- 0,2	+ 3,0	+ 2,1	+ 8,6	- 0,1	+ 1,7	- 2,0	+ 1,7	+ 0,3	- 1,7	+ 7,3	+ 0,2
Beschäftigte ²⁾	+ 0,2	- 1,7	+ 0,7	- 1,1	+ 2,4	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 1,0	+ 1,2
Kfz-Handel und -Reparatur	+ 0,9	- 1,8	- 0,6	- 1,5	+ 0,9	- 1,1	- 0,6	- 1,0	- 1,2	- 1,1	- 0,9	- 0,4	- 0,5
Großhandel	+ 0,9	- 1,5	+ 0,4	- 1,5	+ 1,3	+ 0,6	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,4
Einzelhandel	- 0,4	- 1,8	+ 1,1	- 0,8	+ 3,4	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,5	+ 1,0	+ 1,5

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. ÖNACE 2008, 2015 = 100. – 1) Die Preisbereinigung der nominellen Umsatzindizes erfolgt mit den Messzahlen jener Waren des Großhandelspreisindex und des Verbraucherpreisindex, die den einzelnen Gliederungsbereichen entsprechen. – 2) Unselbständige und selbständige Beschäftigungsverhältnisse. • Rückfragen: marfina.einsiedl@wifo.ac.at

2.9 Private Haushalte

Übersicht 18: Privater Konsum, Sparquote, Konsumklima

	2019	2020	2021	2021				2021				2022	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar
Veränderung gegen das Vorjahr in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)													
Privater Konsum	+ 0,7	- 8,5	+ 3,3	- 6,7	+ 7,7	+ 6,5	+ 6,0						
Dauerhafte Konsumgüter	+ 0,3	- 2,6	+ 9,5	+18,5	+34,2	+ 1,0	- 8,3						
In % des persönlichen verfügbaren Einkommens													
Sparquote ¹⁾	8,5	14,4	.	14,8	14,2	13,6	.						
Saldo aus positiven und negativen Antworten in % aller Antworten (saisonbereinigt)													
Konsumklimaindikator	- 2,7	-10,1	- 5,1	-10,1	- 4,1	- 1,3	- 4,7	- 3,4	- 1,6	- 3,9	- 8,7	- 8,1	- 7,7
Finanzielle Situation in den letzten 12 Monaten	+ 1,9	- 2,3	- 6,2	- 8,0	- 8,1	- 4,2	- 4,5	- 4,6	- 3,0	- 3,9	- 6,6	- 4,6	- 6,6
Finanzielle Situation in den nächsten 12 Monaten	+ 6,2	+ 0,4	+ 2,4	+ 0,4	+ 4,7	+ 4,3	+ 0,1	+ 2,6	+ 1,8	- 0,3	- 1,2	- 2,6	- 2,6
Allgemeine Wirtschaftslage in den nächsten 12 Monaten	- 4,9	-22,2	- 3,2	-21,6	± 0,0	+ 7,4	+ 1,3	+ 3,4	+10,2	+ 2,7	- 8,9	- 8,2	- 1,5
Größere Anschaffungen in den nächsten 12 Monaten	-14,0	-16,3	-13,2	-11,1	-13,0	-12,8	-15,8	-15,0	-15,3	-14,0	-18,2	-16,9	-20,1

Q: Statistik Austria; Europäische Kommission; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Gleitende Summen über jeweils vier Quartale ("rolling years" bzw. "gleitende Jahre"). • Rückfragen: marfina.einsiedl@wifo.ac.at

2.10 Verkehr

Übersicht 19: Güter- und Personenverkehr

	2019	2020	2021	2021				2021				2022	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Septem- ber	Oktober	Novem- ber	Dezem- ber	Jänner	Februar
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Güterverkehr													
Verkehrsleistung													
Straße	+ 1,7	- 0,9	.	+ 8,4	+ 15,1	+ 0,5
Schiene	- 0,4	- 5,7	.	- 6,0	+ 26,6	+ 7,1
Luffahrt ¹⁾	- 4,6	- 26,6	+ 19,4	- 9,0	+ 49,6	+ 26,1	+ 22,3	+ 16,7	+ 22,9	+ 17,4	+ 26,9	+ 14,3	.
Binnenschifffahrt	+ 20,7	- 10,2	.	- 8,4	- 7,4	+ 25,0	.	+ 35,6	- 27,6
Lkw-Fahrleistung ²⁾	+ 0,9	- 4,6	+ 8,8	+ 5,0	+ 22,6	+ 6,3	+ 2,9	+ 3,6	- 1,2	+ 4,6	+ 6,0	+ 6,7	+ 1,7
Neuzulassungen Lkw ³⁾	+ 1,5	- 17,1	+ 60,5	+ 32,7	+ 125,7	+ 44,5	+ 39,9	+ 35,3	+ 148,4	- 32,7	- 4,6	- 53,6	- 56,0
Personenverkehr													
Straße (Pkw-Neuzulassungen)	- 3,4	- 24,5	- 3,6	+ 16,2	+ 22,0	- 18,2	- 26,7	- 19,4	- 39,2	- 12,6	- 25,8	+ 10,5	- 18,9
Bahn (Personenkilometer)	+ 0,8	- 44,6
Luftverkehr (Passagiere ⁴⁾)	+ 14,0	- 74,3	+ 20,1	- 90,6	+ 718,0	+ 150,1	+ 371,4	+ 179,8	+ 310,2	+ 543,4	+ 342,2	+ 403,6	.
Arbeitsmarkt Verkehr und Lagerei													
Unselbständig aktiv Beschäftigte	+ 1,6	- 3,8	- 0,4	- 5,1	+ 0,8	- 0,5	+ 3,5	- 0,2	+ 2,2	+ 3,0	+ 5,5	+ 6,0	+ 6,1
Arbeitslose	- 1,0	+ 52,0	- 22,6	+ 11,6	- 34,1	- 30,8	- 33,1	- 30,1	- 31,5	- 34,0	- 33,7	- 34,3	- 35,7
Offene Stellen	+ 6,0	- 31,4	+ 63,8	- 20,0	+ 61,1	+ 109,7	+ 130,6	+ 114,6	+ 108,9	+ 129,6	+ 158,8	+ 136,3	+ 125,0
Kraftstoffpreise													
Dieselmotorkraftstoff	- 1,4	- 12,8	+ 17,4	- 3,5	+ 17,8	+ 22,0	+ 36,4	+ 23,8	+ 36,0	+ 40,0	+ 33,4	+ 30,2	+ 32,4
Normalbenzin	- 2,0	- 12,4	+ 17,9	- 2,6	+ 20,5	+ 24,1	+ 32,2	+ 24,1	+ 30,2	+ 35,7	+ 30,6	+ 27,3	+ 29,6

Q: Statistik Austria; BMK; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Aufkommen im Fracht- und Postverkehr. – 2) Lkw mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von 3,5 t oder mehr im hochrangigen mautpflichtigen Straßennetz. – 3) Lkw mit einer Nutzlast von 1 t oder mehr. – 4) Ankünfte und Abflüge. • Rückfragen: michael.weingaertler@wifo.ac.at

2.11 Bankenstatistik

Übersicht 20: Zinssätze, Bankeinlagen und -kredite

	2019	2020	2021	2020	2021				2021				2022	
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Oktober	Novem- ber	Dezem- ber	Jänner	Februar	
	In %													
Geld- und Kapitalmarktzinssätze														
Basiszinssatz	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	
Taggeldsatz (€STR)	- 0,5	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	
Dreimonatszinssatz	- 0,4	- 0,4	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	
Sekundärmarktzinssätze														
Benchmark	0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,4	- 0,1	0,0	- 0,1	- 0,0	0,1	- 0,0	- 0,0	0,2	0,5	
Umlaufgewichtete Durchschnittszinssätze	- 0,1	- 0,3	- 0,3	- 0,5	- 0,3	- 0,2	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,1	0,1	
Soll-Zinssätze der inländischen Kreditinstitute														
An private Haushalte														
Für Konsum: 1 bis 5 Jahre	4,0	4,0	4,3	3,9	3,7	4,2	4,5	4,2	4,5	4,4	4,2	4,3	.	
Für Wohnbau: über 10 Jahre	1,9	1,5	1,3	1,4	1,4	1,4	1,3	1,4	1,3	1,3	1,4	1,4	.	
An nichtfinanzielle Unternehmen														
Bis 1 Mio. €: bis 1 Jahr	1,7	1,7	1,6	1,6	1,7	1,6	1,7	1,6	1,7	1,6	1,6	1,6	.	
Über 1 Mio. €: bis 1 Jahr	1,2	1,3	1,3	1,4	1,0	1,3	1,5	1,0	1,2	1,3	1,0	1,3	.	
An private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen														
In Yen	1,5	1,4	1,3	1,4	1,2	1,2	1,1	1,2	1,5	1,5	1,2	1,1	.	
In Schweizer Franken	1,0	1,0	1,0	1,2	1,1	1,1	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,8	.	
Haben-Zinssätze der inländischen Kreditinstitute														
Einlagen von privaten Haushalten														
Bis 1 Jahr	0,2	0,1	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	.	
Über 2 Jahre	0,5	0,5	0,4	0,5	0,5	0,4	0,3	0,6	0,4	0,5	0,6	0,6	.	
Spareinlagen von privaten Haushalten														
Bis 1 Jahr	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	.	
Über 2 Jahre	0,5	0,4	0,5	0,6	0,5	0,5	0,5	0,7	0,4	0,6	0,7	0,6	.	
Veränderung der Endstände gegen das Vorjahr in %														
Einlagen und Kredite														
Einlagen insgesamt	+ 3,7	+ 8,6	+ 3,9	+ 8,6	+ 7,6	+ 6,1	+ 4,9	+ 3,9						
Spareinlagen	+ 0,3	+ 20,0	+ 0,7	+ 20,0	+ 21,2	+ 22,0	+ 21,4	+ 0,7						
Einlagen ohne Bindung	+ 6,4	+ 13,5	+ 8,6	+ 13,5	+ 12,5	+ 11,3	+ 9,2	+ 8,6						
Einlagen mit Bindung	- 1,8	- 2,2	- 7,9	- 2,2	- 3,3	- 6,0	- 5,4	- 7,9						
Forderungen an inländische Nichtbanken														
	+ 4,4	+ 3,8	+ 6,5	+ 3,8	+ 3,7	+ 3,6	+ 4,2	+ 6,5						

Q: OeNB; EZB; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, cornelia.schobert@wifo.ac.at

2.12 Arbeitsmarkt

Übersicht 21: Saisonbereinigte Arbeitsmarktindikatoren

	2020			2021				2021				2022	
	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezember	Jänner	Februar
	Veränderung gegen die Vorperiode in %												
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	- 3,0	+ 2,8	+ 0,1	- 0,6	+ 2,2	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,2	- 0,1	+ 0,5	+ 0,5
Arbeitslose	+40,0	-19,6	- 5,6	- 1,2	- 9,1	- 9,9	- 8,1	- 3,1	- 4,4	- 0,9	- 1,8	- 2,9	- 3,1
Offene Stellen	-26,3	+13,1	+ 4,7	+ 9,5	+26,3	+18,0	+11,3	+ 1,2	+ 4,7	+ 2,0	+ 8,0	- 0,4	+ 3,6
Arbeitslosenquote													
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	12,2	9,8	9,3	9,3	8,3	7,5	6,9	7,3	7,0	6,9	6,8	6,6	6,4
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat)	7,0	6,5	6,3	7,1	6,7	5,6	5,3	4,9	5,8	5,2	4,8	4,9	.

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; Eurostat; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. • Rückfragen: stefan.fuchs@wifo.ac.at, christoph.lorenz@wifo.ac.at

Übersicht 22: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen

	2019	2020	2021	2021				2021				2022	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezember	Jänner	Februar
	In 1.000												
Unselbständig Beschäftigte	3.797	3.717	3.805	3.674	3.806	3.893	3.846	3.893	3.872	3.854	3.813	3.822	3.860
Männer	2.034	1.991	2.042	1.960	2.051	2.097	2.061	2.100	2.088	2.078	2.019	2.027	2.057
Frauen	1.763	1.726	1.763	1.715	1.755	1.796	1.785	1.793	1.784	1.776	1.795	1.795	1.803
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	3.720	3.644	3.734	3.603	3.734	3.824	3.776	3.823	3.802	3.784	3.743	3.751	3.789
Männer	2.026	1.983	2.035	1.953	2.043	2.089	2.055	2.093	2.080	2.071	2.013	2.019	2.050
Frauen	1.694	1.661	1.699	1.650	1.691	1.735	1.721	1.731	1.721	1.713	1.730	1.732	1.739
Ausländische Arbeitskräfte	799	777	840	768	838	884	868	893	879	871	855	875	897
Herstellung von Waren	629	620	623	615	622	630	627	629	628	630	624	626	629
Bauwesen	271	271	285	258	296	302	285	303	302	299	253	251	267
Private Dienstleistungen	1.781	1.707	1.756	1.675	1.743	1.819	1.787	1.811	1.792	1.777	1.792	1.800	1.813
Öffentliche Dienstleistungen ²⁾	963	970	993	985	995	991	1.004	996	1.002	1.004	1.005	1.004	1.007
Arbeitslose	301	410	332	429	320	279	298	269	270	289	336	333	303
Männer	167	224	181	243	169	145	166	141	142	153	203	204	180
Frauen	135	186	151	185	152	134	132	128	128	136	133	129	122
Personen in Schulung	62	57	70	72	75	64	71	69	72	74	66	72	74
Offene Stellen	77	63	95	66	96	113	105	114	112	101	102	110	119
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000												
Unselbständig Beschäftigte	+ 55,8	- 80,1	+ 87,8	- 34,0	+158,8	+ 96,2	+130,1	+ 93,6	+105,8	+116,6	+167,9	+191,2	+196,1
Männer	+ 33,9	- 43,1	+ 51,4	- 6,4	+ 87,1	+ 54,5	+ 70,2	+ 54,2	+ 58,5	+ 64,7	+ 87,5	+103,3	+106,0
Frauen	+ 22,0	- 37,1	+ 36,4	- 27,6	+ 71,7	+ 41,7	+ 59,9	+ 39,4	+ 47,3	+ 51,8	+ 80,4	+ 87,9	+ 90,1
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 58,9	- 76,1	+ 90,4	- 30,6	+162,6	+ 99,0	+130,7	+ 95,3	+106,5	+117,5	+168,2	+191,3	+196,1
Männer	+ 34,1	- 43,0	+ 51,6	- 6,2	+ 88,5	+ 54,4	+ 69,9	+ 53,9	+ 58,0	+ 64,4	+ 87,1	+102,9	+105,5
Frauen	+ 24,8	- 33,1	+ 38,8	- 24,4	+ 74,1	+ 44,6	+ 60,9	+ 41,4	+ 48,5	+ 53,1	+ 81,1	+ 88,4	+ 90,6
Ausländische Arbeitskräfte	+ 46,6	- 22,2	+ 62,4	- 7,3	+ 96,4	+ 69,1	+ 91,2	+ 70,1	+ 77,0	+ 82,2	+114,5	+127,9	+133,1
Herstellung von Waren	+ 9,9	- 9,5	+ 3,9	- 6,6	+ 6,8	+ 5,7	+ 9,7	+ 6,5	+ 7,0	+ 10,6	+ 11,6	+ 15,3	+ 16,5
Bauwesen	+ 9,9	- 0,3	+ 13,9	+ 16,4	+ 20,4	+ 8,9	+ 9,9	+ 9,5	+ 9,9	+ 10,6	+ 9,3	+ 13,8	+ 13,7
Private Dienstleistungen	+ 29,9	- 73,6	+ 48,7	- 56,6	+102,9	+ 59,9	+ 88,5	+ 56,3	+ 67,6	+ 74,6	+123,3	+138,4	+140,7
Öffentliche Dienstleistungen ²⁾	+ 7,8	+ 7,1	+ 23,1	+ 15,1	+ 31,2	+ 24,2	+ 21,9	+ 22,1	+ 21,1	+ 20,8	+ 23,6	+ 22,7	+ 24,0
Arbeitslose	- 10,8	+108,3	- 77,9	+ 30,9	-149,7	- 88,2	-104,6	- 77,7	- 88,9	-101,5	-123,4	-135,4	-134,3
Männer	- 8,2	+ 57,3	- 43,1	+ 8,5	- 78,5	- 48,3	- 54,3	- 43,5	- 46,9	- 53,5	- 62,5	- 69,8	- 69,9
Frauen	- 2,6	+ 51,0	- 34,8	+ 22,4	- 71,2	- 39,9	- 50,3	- 34,2	- 42,0	- 48,0	- 60,9	- 65,6	- 64,4
Personen in Schulung	- 6,8	- 4,9	+ 13,2	+ 9,0	+ 27,6	+ 10,0	+ 6,3	+ 7,3	+ 6,3	+ 7,8	+ 4,9	+ 4,8	+ 2,2
Offene Stellen	+ 5,5	- 14,3	+ 32,3	- 3,3	+ 37,7	+ 47,5	+ 47,2	+ 46,6	+ 47,5	+ 42,5	+ 51,6	+ 51,2	+ 53,6

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ²⁾ ÖNACE 2008 Abschnitte O bis Q. • Rückfragen: stefan.fuchs@wifo.ac.at, christoph.lorenz@wifo.ac.at

Übersicht 23: Arbeitslosenquote und Stellenandrang

	2019	2020	2021	2021				2021				2022	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezember	Jänner	Februar
	In % der unselbständigen Erwerbspersonen												
Arbeitslosenquote	7,4	9,9	8,0	10,4	7,8	6,7	7,2	6,5	6,5	7,0	8,1	8,0	7,3
Männer	7,6	10,1	8,1	11,0	7,6	6,5	7,5	6,3	6,4	6,9	9,1	9,2	8,1
Frauen	7,1	9,7	7,9	9,8	8,0	7,0	6,9	6,7	6,7	7,1	6,9	6,7	6,4
Erweiterte Arbeitslosenquote ¹⁾	8,7	11,2	9,6	12,0	9,4	8,1	8,8	8,0	8,1	8,6	9,5	9,6	8,9
	In % der Arbeitslosen insgesamt												
Unter 25-jährige Arbeitslose	10,0	10,6	9,1	9,3	8,3	9,4	9,4	9,7	9,4	9,3	9,6	9,1	8,9
Langzeitbeschäftigungslose ²⁾	32,7	28,5	39,7	33,2	44,9	45,2	38,2	44,7	42,5	38,5	34,4	33,1	34,9
	Arbeitslose je offene Stelle												
Stellenandrang	3,9	6,5	3,5	6,5	3,3	2,5	2,8	2,4	2,4	2,9	3,3	3,0	2,5

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Einschließlich Personen in Schulung. – ²⁾ Geschäftsfalldauer über 365 Tage. • Rückfragen: stefan.fuchs@wifo.ac.at, christoph.lorenz@wifo.ac.at

2.13 Preise und Löhne

Übersicht 24: Verbraucherpreise und Großhandelspreise

	2019	2020	2021	2021				2021				2022	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Septem- ber	Oktober	Novem- ber	Dezem- ber	Jänner	Februar
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Harmonisierter VPI	+ 1,5	+ 1,4	+ 2,8	+ 1,5	+ 2,6	+ 3,1	+ 3,9	+ 3,3	+ 3,8	+ 4,1	+ 3,8	+ 4,5	+ 5,5
Verbraucherpreisindex	+ 1,5	+ 1,4	+ 2,8	+ 1,4	+ 2,6	+ 3,2	+ 4,1	+ 3,3	+ 3,7	+ 4,3	+ 4,3	+ 5,0	+ 5,9
Ohne Saisonwaren	+ 1,6	+ 1,4	+ 2,8	+ 1,3	+ 2,5	+ 3,1	+ 4,1	+ 3,2	+ 3,7	+ 4,3	+ 4,3	+ 5,0	+ 5,8
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	+ 1,0	+ 2,3	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,4	+ 1,5	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,7	+ 4,9	+ 4,3
Alkoholische Getränke, Tabak	+ 1,0	+ 1,2	+ 2,4	+ 1,4	+ 2,3	+ 3,5	+ 2,4	+ 3,3	+ 1,7	+ 2,2	+ 3,3	+ 2,1	+ 2,5
Bekleidung und Schuhe	+ 0,8	- 0,1	+ 0,7	- 0,8	+ 2,2	+ 1,7	- 0,4	+ 0,1	- 1,0	- 0,3	+ 0,2	- 0,9	+ 5,8
Wohnung, Wasser, Energie	+ 2,7	+ 2,4	+ 3,6	+ 2,5	+ 3,0	+ 3,6	+ 5,1	+ 3,9	+ 4,8	+ 5,3	+ 5,4	+ 5,8	+ 7,7
Hausrat und laufende Instandhaltung	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,8	+ 0,1	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,4	+ 1,9	+ 2,6	+ 2,0	+ 2,7	+ 5,1
Gesundheitspflege	+ 1,1	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,6	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,6
Verkehr	+ 0,2	- 1,7	+ 6,6	+ 0,7	+ 5,1	+ 8,9	+ 11,9	+ 9,4	+ 11,5	+ 12,2	+ 12,0	+ 11,2	+ 10,6
Nachrichtenübermittlung	- 3,1	- 3,0	- 2,9	- 3,6	- 2,4	- 3,1	- 2,3	- 3,3	- 2,6	- 2,2	- 2,2	+ 1,5	+ 1,5
Freizeit und Kultur	+ 1,4	+ 1,8	+ 2,4	+ 1,7	+ 2,1	+ 2,2	+ 3,7	+ 2,6	+ 3,0	+ 4,0	+ 4,0	+ 3,9	+ 4,3
Erziehung und Unterricht	+ 2,6	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,6	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,0
Restaurants und Hotels	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,3	+ 2,4	+ 3,3	+ 3,4	+ 4,2	+ 3,3	+ 4,1	+ 4,3	+ 4,3	+ 6,3	+ 6,7
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	+ 1,7	+ 2,2	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,7	+ 1,7
Großhandelspreisindex	± 0,0	- 4,1	+ 10,4	+ 2,3	+ 10,8	+ 12,8	+ 16,0	+ 13,5	+ 15,8	+ 16,6	+ 15,0	+ 15,5	+ 16,3
Ohne Saisonprodukte	- 0,1	- 4,3	+ 10,5	+ 2,1	+ 10,9	+ 12,9	+ 16,2	+ 13,7	+ 16,0	+ 16,9	+ 14,9	+ 15,7	+ 16,5

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauningner@wifo.ac.at

Übersicht 25: Tariflöhne

	2019	2020	2021	2021				2021				2022	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Septem- ber	Oktober	Novem- ber	Dezem- ber	Jänner	Februar
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Beschäftigte	+ 3,1	+ 2,3	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,5	+ 2,5
Ohne öffentlichen Dienst	+ 3,1	+ 2,3	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,5	+ 2,4
Arbeiter und Arbeiterinnen	+ 3,1	+ 2,4	+ 1,9	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,7	+ 2,6
Angestellte	+ 3,1	+ 2,3	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,3
Bedienstete													
Öffentlicher Dienst	+ 2,9	+ 2,4	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 3,0	+ 2,9

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Tariflohnindex 2016. • Rückfragen: doris.steininger@wifo.ac.at, anna.brunner@wifo.ac.at

Übersicht 26: Effektivverdienste

	2019	2020	2021	2021				2021				2021	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juni	Juli	August	Septem- ber	Oktober	Novem- ber
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Gesamtwirtschaft¹⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+ 4,4	- 0,4	+ 5,5	- 1,0	+ 10,1	+ 6,2	+ 6,0						
Lohn- und Gehaltssumme, netto	+ 4,5	+ 0,4	.										
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten													
Brutto	+ 2,9	+ 2,0	+ 3,0	+ 1,4	+ 4,7	+ 3,0	+ 2,2						
Netto	+ 3,0	+ 2,8	.										
Netto, real ²⁾	+ 1,4	+ 1,3	.										
Herstellung von Waren³⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto ⁴⁾	+ 4,1	- 1,1	.	- 0,3	+ 6,4	+ 6,1	.	+ 5,3	+ 4,8	+ 7,7	+ 6,0	+ 2,9	+ 3,9
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten ⁴⁾	+ 2,5	+ 0,2	.	+ 0,8	+ 5,7	+ 5,2	.	+ 4,6	+ 4,1	+ 6,7	+ 4,9	+ 1,7	+ 2,1
Stundenverdienste der Beschäftigten pro Kopf ⁴⁾	+ 2,9	+ 1,2	.	+ 1,7	+ 3,0	+ 3,8	.	+ 2,1	+ 4,8	+ 3,1	+ 3,6	+ 3,9	+ 0,1
Bauwesen³⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto ⁴⁾	+ 8,4	+ 4,6	.	+ 4,3	+ 11,8	+ 5,4	.	+ 7,6	+ 4,0	+ 8,3	+ 3,8	+ 3,3	+ 6,7
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten ⁴⁾	+ 3,2	+ 2,4	.	- 0,5	+ 5,6	+ 2,7	.	+ 3,6	+ 1,5	+ 5,5	+ 1,1	+ 0,5	+ 3,7
Stundenverdienste der Beschäftigten pro Kopf ⁴⁾	+ 3,4	+ 3,1	.	- 0,4	+ 2,2	+ 2,3	.	+ 2,4	+ 3,2	+ 2,9	+ 0,8	+ 3,3	+ 1,3

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Laut ESVG 2010. – ²⁾ Referenzjahr 2015. – ³⁾ Konjunkturerhebung auf Betriebsebene (Primärerhebung). – ⁴⁾ Einschließlich Sonderzahlungen. • Rückfragen: doris.steininger@wifo.ac.at, anna.brunner@wifo.ac.at

2.14 Soziale Sicherheit

Übersicht 27: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	Zahl der Pensionen in 1.000						Durchschnittspension in €					
Bestand insgesamt	2.324	2.341	2.364	2.380	2.419	2.450	1.124	1.143	1.175	1.212	1.213	1.307
Pensionsversicherung der Unselbständigen	1.929	1.945	1.966	1.980	2.016	2.078	1.136	1.155	1.187	1.224	1.277	1.321
Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter und Arbeiterinnen	1.066	1.069	1.073	1.076	1.086	1.089	878	892	917	945	986	1.021
Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten	864	877	893	904	930	954	1.443	1.464	1.500	1.543	1.602	1.649
Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen	359	360	362	364	368	372	1.057	1.079	1.110	1.145	1.195	1.233
Gewerbliche Wirtschaft ¹⁾	185	188	193	196	202	208	1.296	1.315	1.344	1.377	1.423	1.455
Landwirtschaft ²⁾	174	171	170	168	166	164	795	811	835	863	912	945
Neuzuerkennungen insgesamt	115	117	123	132	145	146	1.089	1.073	1.032	1.124	1.154	1.213
Pensionsversicherung der Unselbständigen	96	97	102	111	121	122	1.092	1.072	1.027	1.128	1.162	1.224
Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter und Arbeiterinnen	53	54	56	58	62	68	831	824	797	877	902	943
Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten	43	44	47	52	60	54	1.398	1.372	1.317	1.427	1.472	1.543
Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen	18	18	19	20	22	22	1.070	1.077	1.058	1.098	1.108	1.154
Gewerbliche Wirtschaft ¹⁾	11	12	12	13	16	16	1.236	1.233	1.191	1.222	1.230	1.268
Landwirtschaft ²⁾	6	6	6	6	6	6	777	832	810	884	856	938

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Ohne Versicherungsanstalt des österreichischen Notariats. – 1) Bis 2019: Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft. – 2) Bis 2019: Sozialversicherungsanstalt der Bauern. • Rückfragen: anna.albert@wifo.ac.at

Übersicht 28: Pensionen nach Pensionsarten

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2015	2016	2018	2019	2020	
	Zahl der Pensionen in 1.000						Durchschnittspension in €					
Bestand insgesamt	2.305	2.324	2.341	2.364	2.396	2.436	1.102	1.124	1.143	1.175	1.212	1.264
Direktpensionen	1.801	1.822	1.841	1.867	1.902	1.944	1.222	1.244	1.265	1.298	1.338	1.394
Invaliditätspensionen ¹⁾	170	165	159	153	147	142	1.133	1.150	1.158	1.179	1.197	1.230
Alle Alterspensionen ²⁾	1.631	1.656	1.682	1.714	1.755	1.803	1.231	1.254	1.275	1.309	1.349	1.407
Normale Alterspensionen	1.534	1.569	1.603	1.639	1.680	1.720	1.194	1.219	1.242	1.276	1.317	1.367
Vorzeitige Alterspensionen	97	88	79	74	75	83	1.820	1.871	1.933	2.026	2.080	2.250
Bei langer Versicherungsdauer	4	3	2	2	2	2	1.809	2.022	2.275	2.340	2.400	2.462
Korridorpensionen	16	17	18	20	21	23	1.596	1.717	1.869	1.890	1.924	1.995
Für Langzeitversicherte ³⁾	67	53	18	20	21	23	1.875	1.915	1.990	2.224	2.345	2.685
Schwerarbeitspensionen ⁴⁾	7	9	11	14	18	21	1.829	1.932	2.004	1.658	2.135	2.221
Witwen- bzw. Witwerpensionen	456	455	452	449	447	444	725	738	747	742	762	787
Waisenpensionen	47	48	47	47	47	47	361	368	373	382	393	407
Neuzuerkennungen insgesamt	100	115	117	123	132	145	1.032	1.124	1.154	1.213	1.275	1.422
Direktpensionen	70	84	86	91	101	113	1.201	1.300	1.329	1.194	1.453	1.620
Invaliditätspensionen ¹⁾	15	19	17	16	17	17	1.123	1.137	1.122	1.155	1.162	1.197
Alle Alterspensionen ²⁾	55	65	69	75	84	96	1.223	1.347	1.382	1.452	1.514	1.696
Normale Alterspensionen	32	37	42	46	56	62	933	984	1.035	1.098	1.232	1.327
Vorzeitige Alterspensionen	23	28	27	29	28	34	1.632	1.833	1.916	2.020	2.078	2.371
Bei langer Versicherungsdauer	3	3	1	0	0	0	1.421	1.491	1.694	2.376	2.432	2.463
Korridorpensionen	6	7	8	9	9	10	1.626	1.803	1.838	1.879	1.919	1.951
Für Langzeitversicherte ³⁾	9	12	11	11	9	15	1.612	1.900	2.001	2.197	2.300	2.801
Schwerarbeitspensionen ⁴⁾	2	3	4	5	6	6	1.942	2.032	2.061	1.645	2.181	2.270
Witwen- bzw. Witwerpensionen	25	26	26	26	26	27	710	725	732	745	769	801
Waisenpensionen	5	5	5	5	5	5	294	297	300	286	305	320

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger. Ohne Versicherungsanstalt des österreichischen Notariats. – 1) Vor dem vollendeten 60. bzw. 65. Lebensjahr. – 2) Einschließlich Invaliditätspensionen (Berufsunfähigkeits-, Erwerbsunfähigkeitspensionen) ab dem vollendeten 60. bzw. 65. Lebensjahr. Einschließlich Knappschaftssold. – 3) Langzeitversichertenregelung ("Hacklerregelung"). – 4) Schwerarbeitspension gemäß Allgemeinem Pensionsgesetz. • Rückfragen: anna.albert@wifo.ac.at

Übersicht 29: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung der Pension in Jahren

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2015	2016	2017	2018	2019	2020
	Männer						Frauen					
Alle Pensionsversicherungsträger, Direktpensionen	61,3	60,9	61,1	61,5	61,3	61,6	59,2	59,1	59,2	59,4	59,5	59,5
Invaliditätspensionen	56,0	55,4	55,1	55,7	55,0	54,5	52,8	52,5	51,9	52,2	51,4	50,4
Alle Alterspensionen	63,6	63,3	63,3	63,2	63,3	62,2	60,2	60,3	60,4	60,4	60,5	60,6

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger. Alle Pensionsversicherungsträger. • Rückfragen: anna.albert@wifo.ac.at

Übersicht 30: Beiträge des Bundes zur Pensionsversicherung

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2015	2016	2017	2018	2019	2020
	Ausfallhaftung des Bundes in Mio. €						In % des Pensionsaufwandes					
Pensionsversicherung der Unselbständigen	4.752,6	4.665,7	3.515,1	4.055,0	3.981,1	5.136,8	15,9	15,3	11,3	12,5	11,8	14,4
Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen – gewerbliche Wirtschaft ¹⁾	1.272,2	1.230,6	1.251,4	1.279,2	1.347,1	1.755,0	40,2	37,6	37,0	36,1	36,1	44,2
Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen – Landwirtschaft ²⁾	1.464,1	1.496,7	1.495,5	1.496,6	1.540,4	1.613,7	86,3	87,0	86,2	84,1	83,9	84,6

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Bis 2019: Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft. – 2) Bis 2019: Sozialversicherungsanstalt der Bauern. • Rückfragen: anna.albert@wifo.ac.at

2.15 Entwicklung in den Bundesländern

Übersicht 31: Tourismus – Übernachtungen

	2019	2020	2021	2021				2021				2022	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Österreich	+ 1,9	- 35,9	- 18,7	- 93,6	+ 81,7	+ 10,6	+182,0	+ 15,4	+ 18,5	+ 84,5	+204,0	+ 717,4	+1.248,0
Wien	+ 6,8	- 73,9	+ 8,9	- 91,4	+130,2	+ 72,6	+333,4	+ 71,5	+125,2	+285,9	+494,8	+ 291,9	+ 423,6
Niederösterreich	+ 3,5	- 40,5	+ 9,4	- 52,0	+ 80,6	+ 9,4	+ 46,2	+ 8,2	+ 14,6	+ 35,0	+ 63,1	+ 54,7	+ 88,4
Burgenland	+ 3,1	- 27,3	+ 9,6	- 69,6	+ 91,1	+ 1,7	+ 68,2	+ 1,6	- 2,4	+ 26,6	+174,2	+ 194,8	+ 291,7
Steiermark	+ 1,7	- 24,6	- 10,6	- 87,1	+ 71,0	+ 6,6	+ 79,2	+ 8,1	+ 8,6	+ 25,2	+131,1	+ 364,7	+ 681,3
Kärnten	+ 0,2	- 17,0	- 7,8	- 87,5	+ 48,2	+ 2,7	+ 71,3	+ 7,1	+ 8,0	+ 19,7	+ 81,4	+ 383,8	+ 577,2
Oberösterreich	+ 4,6	- 36,4	+ 5,2	- 69,3	+ 73,4	+ 9,6	+ 70,7	+ 7,8	+ 17,4	+ 45,3	+112,2	+ 116,6	+ 182,3
Salzburg	+ 1,6	- 32,3	- 31,1	- 97,0	+ 89,1	+ 11,9	+206,9	+ 19,0	+ 18,8	+ 61,2	+246,2	+1.578,9	+2.704,1
Tirol	+ 0,5	- 33,5	- 28,9	- 98,2	+105,1	+ 10,9	+435,5	+ 18,5	+ 17,9	+189,8	+412,3	+2.440,0	+4.329,5
Vorarlberg	+ 0,5	- 30,5	- 28,4	- 97,8	+ 86,8	+ 7,6	+311,3	+ 15,8	+ 13,7	+122,5	+335,5	+2.875,7	+5.266,3

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 32: Abgesetzte Produktion der Sachgütererzeugung

	2018	2019	2020	2020	2021				2021				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Österreich	+ 6,7	+ 1,0	- 8,8	- 1,9	+ 4,2	+34,7	+16,8	+26,7	+13,5	+24,3	+14,1	+11,1	+17,5
Wien	+ 0,9	- 3,0	+ 8,4	+ 6,8	+ 4,3	+20,7	+12,4	+25,0	+13,3	+13,3	+10,8	+11,3	+19,0
Niederösterreich	+ 9,1	- 1,5	-13,8	- 9,6	- 1,4	+34,7	+23,3	+31,7	+21,4	+24,7	+23,9	+27,0	+30,0
Burgenland	+ 2,2	- 0,8	-11,7	- 2,9	- 0,6	+41,6	+ 0,8	+14,8	+ 6,9	+ 5,5	- 7,7	- 4,2	+10,3
Steiermark	+11,5	+ 4,1	-12,9	- 2,0	+ 4,5	+35,6	+17,4	+29,5	+ 7,1	+39,1	+11,8	+ 4,2	+10,9
Kärnten	+ 9,5	- 1,7	- 4,8	+ 5,2	+11,9	+29,8	+24,8	+20,8	+21,4	+29,9	+23,8	+13,5	+24,0
Oberösterreich	+ 4,9	+ 1,1	- 9,2	- 0,5	+ 5,6	+41,3	+13,9	+24,2	+10,4	+22,5	+10,9	+ 5,6	+14,9
Salzburg	+ 5,3	+ 3,7	- 5,8	+ 1,1	+ 1,0	+34,0	+17,8	+31,4	+17,3	+19,1	+17,1	+13,3	+17,1
Tirol	+ 5,5	+ 1,9	- 6,7	- 0,5	+ 8,3	+28,0	+15,7	+21,5	+15,6	+16,4	+15,3	+ 9,7	+12,4
Vorarlberg	+ 4,8	+ 4,4	- 7,9	- 5,9	+ 7,4	+35,3	+13,0	+31,1	+11,3	+24,7	+ 6,2	+13,6	+15,8

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Konjunkturerhebung auf Betriebsebene (Grundgesamtheit). Ab 2021: vorläufig. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 33: Abgesetzte Produktion im Bauwesen

	2018	2019	2020	2020	2021				2021				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Österreich	+ 6,3	+ 7,3	- 1,7	+ 0,3	+ 8,2	+26,2	+ 8,3	+17,5	+ 7,1	+10,5	+ 7,7	+ 4,5	+10,7
Wien	+ 6,2	+ 8,4	- 6,2	- 8,3	+ 4,4	+24,7	+ 3,8	+16,7	+ 2,1	+ 8,5	+ 1,5	+ 8,5	+15,1
Niederösterreich	+ 6,6	+ 8,2	+ 0,1	+ 3,0	+ 5,7	+28,9	+10,3	+17,9	+ 7,9	+16,4	+ 7,5	+ 2,3	+ 7,5
Burgenland	- 2,4	+16,3	- 0,7	-14,3	-11,1	+22,5	+15,0	+ 9,7	+10,9	+13,1	+20,4	+ 6,8	+ 4,0
Steiermark	+ 5,4	+ 7,3	- 0,4	+ 3,0	+ 6,9	+26,4	+12,1	+16,9	+11,4	+13,6	+11,4	+ 4,3	+12,0
Kärnten	+ 3,9	+ 6,0	- 4,5	+ 2,1	+11,6	+25,5	+ 0,8	+14,3	- 3,9	+ 8,0	- 0,5	- 3,1	- 2,0
Oberösterreich	+ 9,1	+ 4,8	- 2,9	+ 0,4	+18,1	+29,6	+10,2	+22,7	+10,3	+11,2	+ 9,3	+11,2	+18,3
Salzburg	+ 8,3	+ 5,8	+ 3,7	+14,6	+16,6	+29,0	+ 8,0	+16,7	+ 4,7	+11,0	+ 8,7	+ 1,8	- 0,5
Tirol	+ 2,7	+12,3	- 0,8	+ 0,7	+ 1,1	+18,0	+ 6,1	+15,2	+ 4,8	+ 1,4	+11,8	- 3,3	+10,1
Vorarlberg	+ 8,7	+ 0,1	+ 5,6	+ 5,5	+ 9,8	+25,4	+10,5	+13,3	+15,5	+ 7,9	+ 7,9	+ 0,8	+ 9,3

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Konjunkturerhebung auf Betriebsebene (Grundgesamtheit). Ab 2021: vorläufig. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 34: Beschäftigung

	2019	2020	2021	2021				2021				2022	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar
	In 1.000												
Österreich	3.720	3.644	3.734	3.603	3.734	3.824	3.776	3.823	3.802	3.784	3.743	3.751	3.789
Wien	852	831	858	836	857	869	871	873	877	877	860	866	872
Niederösterreich	615	611	625	606	627	638	629	639	637	634	616	616	623
Burgenland	104	103	107	102	107	110	107	110	109	108	104	104	105
Steiermark	520	510	523	506	524	535	527	538	533	531	517	520	526
Kärnten	211	206	212	200	214	223	212	219	216	213	207	207	210
Oberösterreich	660	651	666	648	667	678	672	679	679	677	661	663	668
Salzburg	256	248	252	240	251	261	257	259	255	253	262	261	265
Tirol	336	322	327	307	324	343	335	339	331	327	347	344	349
Vorarlberg	165	161	164	159	163	167	166	167	165	165	169	169	170
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000												
Österreich	+ 58,9	- 76,1	+ 90,4	- 30,6	+162,6	+ 99,0	+130,7	+ 95,3	+106,5	+117,5	+168,2	+191,3	+196,1
Wien	+ 15,9	- 20,5	+ 26,9	+ 3,4	+ 41,4	+ 29,5	+ 33,2	+ 28,6	+ 31,3	+ 35,0	+ 33,2	+ 37,7	+ 37,9
Niederösterreich	+ 10,1	- 3,9	+ 14,2	+ 4,4	+ 24,1	+ 14,1	+ 14,2	+ 13,2	+ 13,6	+ 14,7	+ 14,3	+ 18,0	+ 19,0
Burgenland	+ 1,5	- 0,9	+ 3,5	+ 2,3	+ 5,6	+ 3,1	+ 3,1	+ 2,5	+ 2,7	+ 3,2	+ 3,4	+ 4,2	+ 4,0
Steiermark	+ 8,0	- 10,0	+ 12,8	+ 1,9	+ 22,1	+ 12,7	+ 14,7	+ 11,8	+ 12,4	+ 14,7	+ 16,9	+ 20,6	+ 21,2
Kärnten	+ 2,2	- 5,9	+ 6,5	+ 0,1	+ 12,1	+ 6,5	+ 7,1	+ 6,1	+ 6,1	+ 6,3	+ 9,0	+ 10,5	+ 11,2
Oberösterreich	+ 10,4	- 8,9	+ 15,0	+ 3,7	+ 23,6	+ 15,8	+ 17,0	+ 16,3	+ 16,5	+ 17,8	+ 16,7	+ 22,4	+ 21,8
Salzburg	+ 3,1	- 8,4	+ 4,1	- 13,9	+ 11,3	+ 6,0	+ 12,9	+ 5,5	+ 7,0	+ 8,0	+ 23,6	+ 24,9	+ 26,0
Tirol	+ 5,4	- 14,4	+ 5,1	- 26,9	+ 17,0	+ 8,0	+ 22,3	+ 7,9	+ 13,0	+ 13,4	+ 40,6	+ 41,9	+ 43,5
Vorarlberg	+ 2,2	- 3,2	+ 2,4	- 5,6	+ 5,4	+ 3,4	+ 6,2	+ 3,3	+ 3,9	+ 4,4	+ 10,4	+ 11,1	+ 11,5

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 35: Arbeitslosigkeit

	2019	2020	2021	2021				2021				2022	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar
	In 1.000												
Österreich	301	410	332	429	320	279	298	269	270	289	336	333	303
Wien	115	150	127	147	128	116	115	113	109	110	127	122	115
Niederösterreich	51	65	52	67	50	45	47	42	42	44	55	56	50
Burgenland	8	11	9	12	8	8	8	7	7	8	10	10	9
Steiermark	34	48	37	49	34	31	34	30	29	31	41	41	36
Kärnten	21	27	21	30	19	15	20	15	16	20	24	25	22
Oberösterreich	34	47	36	47	33	31	32	29	28	30	39	38	34
Salzburg	13	20	15	24	15	10	12	10	11	14	12	13	11
Tirol	16	29	23	37	23	13	19	14	18	22	17	18	16
Vorarlberg	9	14	12	15	12	10	10	10	10	10	10	10	9
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000												
Österreich	- 10,8	+108,3	- 77,9	+ 30,9	- 149,7	- 88,2	- 104,6	- 77,7	- 88,9	- 101,5	- 123,4	- 135,4	- 134,3
Wien	- 3,6	+ 34,8	- 23,0	+ 11,7	- 43,5	- 30,4	- 29,9	- 25,4	- 27,6	- 32,5	- 29,7	- 33,0	- 33,3
Niederösterreich	- 1,7	+ 14,2	- 13,0	- 0,0	- 22,5	- 14,2	- 15,1	- 12,8	- 13,4	- 15,7	- 16,3	- 18,1	- 18,4
Burgenland	- 0,3	+ 2,5	- 1,9	+ 0,1	- 3,4	- 2,0	- 2,2	- 1,7	- 1,8	- 2,1	- 2,6	- 2,9	- 2,9
Steiermark	- 1,0	+ 13,9	- 10,7	- 0,5	- 20,5	- 10,3	- 11,6	- 8,6	- 9,7	- 11,8	- 13,3	- 15,1	- 14,3
Kärnten	- 0,9	+ 6,0	- 5,8	+ 0,1	- 11,3	- 5,3	- 6,7	- 5,0	- 5,5	- 5,9	- 8,6	- 9,0	- 9,1
Oberösterreich	- 1,1	+ 12,5	- 10,6	- 0,1	- 18,4	- 11,7	- 12,1	- 10,6	- 10,9	- 12,5	- 13,0	- 15,3	- 14,4
Salzburg	- 0,8	+ 7,4	- 5,0	+ 4,6	- 10,6	- 5,3	- 8,5	- 4,9	- 6,0	- 7,1	- 12,5	- 13,1	- 12,9
Tirol	- 1,2	+ 12,6	- 5,8	+ 12,1	- 14,7	- 6,4	- 14,2	- 6,1	- 10,6	- 10,2	- 21,8	- 22,8	- 22,8
Vorarlberg	- 0,0	+ 4,4	- 2,2	+ 3,0	- 4,7	- 2,8	- 4,3	- 2,5	- 3,5	- 3,8	- 5,5	- 6,2	- 6,1

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 36: Arbeitslosenquote

	2019	2020	2021	2021				2021				2022	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar
	In % der unselbständigen Erwerbsspersonen												
Österreich	7,4	9,9	8,0	10,5	7,8	6,7	7,2	6,5	6,5	7,0	8,1	8,0	7,3
Wien	11,7	15,1	12,7	14,8	12,8	11,7	11,6	11,4	10,9	11,0	12,7	12,2	11,6
Niederösterreich	7,5	9,4	7,5	9,7	7,2	6,4	6,8	6,1	6,0	6,3	8,0	8,1	7,3
Burgenland	7,3	9,4	7,7	10,4	7,1	6,3	7,2	6,0	6,0	6,7	8,8	9,0	8,0
Steiermark	6,0	8,4	6,5	8,7	6,0	5,4	5,9	5,2	5,1	5,5	7,3	7,1	6,3
Kärnten	8,8	11,3	8,8	12,8	7,9	6,3	8,5	6,2	6,9	8,3	10,3	10,6	9,2
Oberösterreich	4,8	6,5	5,0	6,7	4,7	4,3	4,5	4,0	3,9	4,1	5,5	5,4	4,8
Salzburg	4,6	7,3	5,6	8,8	5,4	3,6	4,5	3,5	4,1	5,1	4,5	4,7	4,0
Tirol	4,5	8,1	6,5	10,7	6,4	3,7	5,3	3,8	5,0	6,3	4,6	5,0	4,2
Vorarlberg	5,3	7,7	6,5	8,4	6,5	5,5	5,6	5,3	5,5	5,9	5,6	5,4	5,0

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

2.16 Staatshaushalt

Übersicht 37: Staatsquoten

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
	In % des Bruttoinlandsproduktes												
Staatsquoten													
Staatsausgabenquote	49,9	54,1	52,8	50,9	51,2	51,6	52,4	51,1	50,1	49,3	48,7	48,6	57,1
Staatseinnahmenquote	48,4	48,8	48,4	48,3	49,0	49,7	49,7	50,1	48,5	48,5	48,9	49,2	48,7
Abgabenquote Staat und EU													
Indikator 4	42,4	42,0	41,9	42,0	42,6	43,4	43,5	43,9	42,4	42,5	42,8	43,1	42,6
Indikator 2	41,5	41,1	41,1	41,2	41,9	42,7	42,8	43,2	41,8	41,9	42,3	42,6	42,1
Budgetsalden													
Finanzierungssaldo (Maastricht)													
Gesamtstaat	- 1,5	- 5,3	- 4,4	- 2,6	- 2,2	- 2,0	- 2,7	- 1,0	- 1,5	- 0,8	0,2	0,6	- 8,3
Bund	- 1,3	- 4,3	- 3,3	- 2,3	- 2,1	- 2,0	- 2,8	- 1,2	- 1,2	- 0,9	- 0,1	0,4	- 7,5
Länder	0,1	0,1	0,2	- 0,5
Gemeinden	- 0,0	- 0,0	- 0,1	- 0,1
Wien	- 0,0	0,0	0,0	- 0,2
Sozialversicherungsträger	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	- 0,0
Struktureller Budgetsaldo laut													
Europäischer Kommission ¹⁾	- 2,7	- 3,8	- 3,2	- 2,5	- 1,8	- 1,0	- 0,6	- 0,0	- 1,1	- 1,1	- 0,8	- 0,6	- 5,1
Primärsaldo	1,5	- 2,2	- 1,5	0,2	0,5	0,7	- 0,3	1,3	0,5	1,0	1,8	2,0	- 7,0
Schuldenstand (Maastricht)													
Gesamtstaat	68,7	79,9	82,7	82,4	81,9	81,3	84,0	84,9	82,8	78,5	74,0	70,6	83,2
Bund	70,9	70,6	73,5	74,2	71,9	68,0	63,9	60,9	72,0
Länder	6,0	5,6	5,3	5,9
Gemeinden	2,3	2,2	2,3	2,6
Wien	2,0	1,9	1,9	2,2
Sozialversicherungsträger	0,5	0,5	0,4	0,3	0,3	0,2	0,3	0,3	0,5

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Daten gemäß Maastricht-Notifikation. Indikator 2 ohne, Indikator 4 einschließlich imputierter Sozialbeiträge. Länder und Gemeinden ohne Wien. – !) WIFO-Schätzung auf Basis der mittelfristigen WIFO-Prognose, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission. • Rückfragen: andrea.sutrich@wifo.ac.at

Pflege und Gesundheit

Ulrike Famira-Mühlberger, Christine Mayrhuber, Klaus Nowotny



WIFO ■

Pflege und Gesundheit

Ulrike Famira-Mühlberger,
Christine Mayrhuber, Klaus Nowotny

Wissenschaftliche Assistenz:
Marion Kogler, Stefan Weingärtner

Oktober 2021
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Executive Summary

Modul 1: Gesundheitsentwicklung und Pflegegeldbezug
Methodische Vorgangsweise – Daten und deskriptive Statistiken – Schätzungen auf Basis aggregierter und detaillierter Gesundheitsvariablen – Fazit und Einschätzung des Potentials zur Entwicklung eines kurzfristigen Vorlaufindikators

Modul 2: Gesundheitliche Gründe für einen Übergang in eine höhere Pflegegeldstufe
Ziel und Methodik des Moduls 2 sowie Datenbeschreibung – Analyse der gesundheitlichen Gründe für einen Übergang in eine höhere Pflegegeldstufe – Main Findings und Fazit

Modul 3: Gesundheitliche Gründe für den Eintritt in stationäre Pflege
Ziel des Moduls 3 – Empirisches Modell und Beschreibung der Daten – Analyse des Effektes von Gesundheitsleistungen auf den Eintritt in stationäre Pflege – Main Findings und Fazit

Modul 4: Häufigkeit von Aufenthaltstagen im Krankenhaus von Pflegegeldbeziehenden
Ziel des Moduls 4 – Methodische Vorgangsweise: Empirisches Modell – Krankenhaushäufigkeit und Aufenthaltsdauer von Pflegegeldbeziehenden – Effekte der Diagnosen medizinischer Leistungen auf die Krankenhausaufenthaltsdauer – Medizinische Leistungen und Krankenhausaufenthalte – Main Findings und Kurzzusammenfassung

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Appendix
ROC-Kurven bei unterschiedlichen Beobachtungs- und Eventzeiträumen – ROC-Kurven bei unterschiedlichen Beobachtungs- und Eventzeiträumen, ohne unmittelbarem Vormonat – Ausführliche Methodenbeschreibung – Deskriptive Statistiken

Auf Basis innovativer Modelle und detaillierter Gesundheitsdaten untersucht diese Studie – erstmals für Österreich – Zusammenhänge zwischen den bezogenen Gesundheitsleistungen von älteren Personen und dem Pflegegeldsystem. Der erstmalige Pflegegeldbezug lässt sich relativ gut prognostizieren. Dabei korrelieren das Alter, stationäre Aufenthalte in Krankenanstalten, Kontakte zu Allgemeinmedizinerinnen und -medizinern sowie Heilmittel, die das Nervensystem betreffen, am stärksten mit dem erstmaligen Pflegegeldbezug. Beim Übertritt in eine höhere Pflegegeldstufe zählen die bereits bestehende Pflegegeldstufe, das Alter sowie Heilmittel, die mit dem Nervensystem in Verbindung stehen, zu den Faktoren mit dem stärksten statistischen Zusammenhang. Die bestehende Pflegegeldstufe korreliert ebenfalls stark mit dem Eintritt in stationäre Pflege, ebenso die Häufigkeit von Kontakten zu Allgemeinmedizinerinnen und -medizinern sowie das Alter. Mit der Dauer der Krankenhausaufenthalte von Pflegegeldbeziehenden stehen die zuvor erfolgte Gesundheitsdiagnose der essenziellen (primären) Hypertonie sowie rezente Computertomographien von Kopf und Hals bzw. von Abdomen und Becken in einem statistischen Zusammenhang. Die Studie zieht gesundheitspolitische Schlussfolgerungen aus diesen Erkenntnissen.

Im Auftrag des Dachverbandes der Sozialversicherungsträger • Oktober 2021 • 104 Seiten • 50 € • Kostenloser Download:
<https://www.wifo.ac.at/www/pubid/67194>

Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Team "Publikationen und Abonnentenbetreuung", 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Tel. (+43 1) 798 26 01-214, Fax (+43 1) 798 93 86, publikationen@wifo.ac.at

Faktencheck Klimawandel, Landwirtschaft, Ernährung

Ina Meyer, Susanne Markytan



WIFO ■

Faktencheck Klimawandel, Landwirtschaft, Ernährung

Ina Meyer, Susanne Markytan

Wissenschaftliche Assistenz: Dietmar Weinberger

März 2022
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Funktionen der Landwirtschaft im Rahmen einer ganzheitlichen Betrachtung
Definition von Ökosystemleistungen – Klassifizierung und Bewertung von Ökosystemleistungen – Nature's Contributions to People – Ökosystemleistungen im Kontext von Nahrungsmittelsystemen und Klimawandel – Kurzdarstellung relevanter Ökosystemleistungen – Zusammenfassung

Auswirkungen von Umweltauflagen auf die heimische Produktion
Historische Entwicklung der GAP – Kontextfaktoren der GAP-Förderungen – Auswirkungen von Direktzahlungen auf die landwirtschaftliche Produktion am Beispiel Greening der 1. Säule – Trade-offs ökologischer und ökonomischer Ziele der GAP am Beispiel der umwelt- und klimarelevanten Förderungen der 2. Säule – Produktions- und Produktivitätswirkungen der GAP-Förderungen – Umweltregulierende Instrumente in der GAP-Periode 2023/2027 – Ziele des Europäischen Green Deal – Mögliche Auswirkungen auf den Agrarsektor – Diskussion ausgewählter Maßnahmen des Green Deal und des Beitrags der GAP zur Zielerreichung – Zusammenfassung

Regionaler versus Internationaler Handel mit Agrargütern
Agraraußenhandel und externe Umwelteffekte – Instrumente der Nachhaltigkeit im internationalen Agrargüterhandel – Internationale Wertschöpfungsketten und konsumbasierte Treibhausgasbilanzierung – Lebenszyklusanalysen der Treibhausgasemissionen von Rindfleisch – Zusammenfassung

Lösungsbeiträge der Landwirtschaft
Alternative Bewirtschaftungsverfahren und Kohlenstoffsequestrierung in Böden – Nachfrageseitige Handlungsoptionen: Änderung des Ernährungsverhaltens – Angebotsseitige Handlungsoptionen: Technologien für den Klimaschutz – Zusammenfassung

Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen

Der Agrarsektor ist von den Auswirkungen des Klimawandels direkt betroffen und trägt zur Freisetzung von Treibhausgasen (THG) bei. Der Landwirtschaft kommt somit eine entscheidende Bedeutung bei der Bewältigung der Klimakrise und in der Ernährungssicherheit zu. Eine steigende Nachfrage nach Agrarprodukten und eine wachsende Flächenkonkurrenz der Landwirtschaft mit Siedlungsstrukturen und agrarischen Rohstoffen für erneuerbare Energieträger führen potentiell zu einer Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktionssysteme mit negativen Auswirkungen auf die Ökosysteme und ihre Leistungen. Die Studie untersucht vor diesem Hintergrund anhand von Literatur und statistischen Daten vier thematische Schwerpunkte, die für eine Weichenstellung hin zu einer zukunftsfähigen Landwirtschaft von entscheidender Bedeutung sind: Erstens die Auswirkungen landwirtschaftlicher Produktion auf verschiedene Ökosystemleistungen, zweitens die agrarpolitischen und fiskalischen Rahmenbedingungen der landwirtschaftlichen Produktion in der EU und in Österreich, drittens die ökologischen Auswirkungen des internationalen Agrarhandels sowie viertens Politik- und Managementansätze für eine klimaorientierte und multifunktionale Landwirtschaft.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie • März 2022 • 105 Seiten • 70 € • Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/69435>

Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Team "Publikationen und Abonnentenbetreuung", 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Tel. (+43 1) 798 26 01-214, Fax (+43 1) 798 93 86, publikationen@wifo.ac.at

6/2021 Zügige Konjunkturerholung zeichnet sich ab • Regionale Konjunktorentwicklung im Zeichen der COVID-19-Krise. Die Wirtschaft in den Bundesländern 2020 • Digitalisierung in Österreich: Fortschritt, digitale Skills und Infrastrukturausstattung in Zeiten von COVID-19 • Unternehmerische Unsicherheit und wirtschaftspolitische Risikofaktoren in der COVID-19-Krise. Ergebnisse des Updates der WIFO-Industriebefragung vom Sommer 2020

7/2021 Kräftiger Konjunkturaufschwung in Österreich. Prognose für 2021 und 2022 • Deutliche Erholung der Investitionen der Sachgütererzeugung von der COVID-19-Krise. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Frühjahr 2021 • Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2021. Sonderthema: Umwelt- und Klimamaßnahmen im österreichischen Aufbau- und Resilienzplan • BERIO – Ein kleinräumiges Input-Output- und Emissionsmodell der österreichischen Wirtschaft

8/2021 Aufschwung der heimischen Wirtschaft hält an, Dynamik erreicht jedoch bald Plafond • Mittel-, Ost- und Südosteuropa auf dem Weg der Erholung von der COVID-19-Krise • Konjunktüreinschätzungen verbessern sich weiter, Lieferengpässe und Arbeitskräftemangel hemmen die Produktion. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Juli 2021 • COVID-19-Krise ließ Cash-Flow-Marge in der heimischen Sachgütererzeugung 2020 erneut sinken

9/2021 Kräftiger Aufschwung verschärft Preisdruck und Lieferprobleme • Privatversicherungswirtschaft bewies in der COVID-19-Krise Leistungsfähigkeit • Die österreichische Land- und Forstwirtschaft im Kontext der Bioökonomie • Fit for 55? Das neue Klima- und Energiepaket der EU

10/2021 Vierte COVID-19-Welle bremst kräftigen Aufschwung. Prognose für 2021 • Starker privater Konsum treibt das Wirtschaftswachstum. Mittelfristige Prognose 2022 bis 2026 unter Berücksichtigung der Steuerreform 2022/2024 • 2020 Verschlechterung der Lohnstückkostenposition, Daten jedoch durch COVID-19-Maßnahmen verzerrt • Wissensproduktion und Wissensverwertung in Österreich im internationalen Vergleich

11/2021 Aufschwung der Industriekonjunktur verlangsamt sich • Geschäftstätigkeit durch Arbeitskräftemangel und Lieferengpässe beeinträchtigt. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2021 • COVID-19-Krise beschert heimischem Tourismus herbe Verluste • Steuerreform 2022/2024 – Maßnahmenüberblick und erste Einschätzung • Dekarbonisierung als ein Treiber des Wandels der österreichischen Kfz-Zulieferindustrie

12/2021 Konjunkturerholung in Österreich verzögert sich • Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft 2021 • Steuerreform 2022/2024 – Gesamtwirtschaftliche Wirkungen • Recycling von Lithium-Ionen-Batterien. Ökonomische Effekte im Kontext von Klimaschutz und Ressourcenschonung

1/2022 Wie Österreich durch die Krise kam und was nun zu tun ist • Neuerlicher Lockdown verzögert Konjunkturerholung in Österreich. Prognose für 2021 bis 2023 • Unternehmen wollen Investitionen 2022 ausweiten. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2021 • Steuerreform 2022/2024 – Sektorale Effekte

2/2022 Inflation zur Hälfte von globalen Faktoren bestimmt • Vierte COVID-19-Welle dämpft Konjunktüreinschätzungen. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2022 • Kräftige Erholung im europäischen Bauwesen. Euroconstruct-Prognose bis 2024 • Familienleistungen der öffentlichen Hand in Österreich. Längerfristige Entwicklungen und aktuelle Reformen

3/2022 Inflation zur Hälfte von globalen Faktoren bestimmt • Vierte COVID-19-Welle dämpft Konjunktüreinschätzungen. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2022 • Kräftige Erholung im europäischen Bauwesen. Euroconstruct-Prognose bis 2024 • Familienleistungen der öffentlichen Hand in Österreich. Längerfristige Entwicklungen und aktuelle Reformen

Präsident

Dr. Harald Mahrer, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich

Vizepräsidentin

Renate Anderl, Präsidentin der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien und der Bundesarbeitskammer

Vorstand

Dr. Hannes Androsch

Kommerzialrat Peter Hanke, Amtsführender Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke

Univ.-Prof. Dr. Robert Holzmann, Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank

Wolfgang Katzian, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Georg Knill, Präsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie

Abg.z.NR Karlheinz Kopf, Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich

Kuratorium

Andreas Bandstetter, Andrea Faast, Johannes Fankhauser, Günther Goach, Markus Gratzer, Marcus Grausam, Erwin Hameseder, Peter Haubner, Gerhard K. Humpeler, Christoph Klein, Robert Leitner, Ferdinand Lembacher, Johannes Mayer, Johanna Mikl-Leitner, Helmut Naumann, Christoph Neumayer, Peter J. Oswald, Josef Plank, Günther Platter, Walter Rothensteiner, Walter Ruck, Ingrid Sauer, Heinrich Schaller, Hermann Schultes, Michael Strugl, Andreas Treichl, Franz Vranitzky, Christoph Walsler, Kurt Weinberger, Thomas Weninger, Josef Wöhrer, Norbert Zimmermann

Direktorium

Direktor: Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

Stellvertretende Direktorin und Direktoren:

Priv.-Doz. MMag. Dr. Ulrike Famira-Mühlberger, PhD, Mag. Dr. Jürgen Janger, MSc, Mag. Alexander Loidl

Ökonominnen und Ökonomen

Johannes Amann, Stefan Angel, Julia Bachtrögler-Unger, Susanne Bärenthaler-Sieber, Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittschi, Julia Bock-Schappelwein, Michael Böheim, Anna Burton, Elisabeth Christen, Stefan Ederer, Rainer Eppel, Ulrike Famira-Mühlberger, Gerald Feichtinger, Marian Fink, Klaus S. Friesenbichler, Oliver Fritz, Christian Glocker, Werner Hölzl, Thomas Horvath, Peter Huber, Alexander Hudetz, Ulrike Huemer, Jürgen Janger, Serguei Kaniovski, Claudia Kettner-Marx, Daniela Kletzan-Slamanig, Michael Klien, Angela Köppl, Agnes Kügler, Simon Loretz, Hedwig Lutz, Helmut Mahringer, Peter Mayerhofer, Christine Mayrhuber, Bettina Meinhardt, Birgit Meyer, Ina Meyer, Klaus Nowotny, Harald Oberhofer, Atanas Pekanov, Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Philipp Piribauer, Hans Pitlik, Andreas Reinstaller, Silvia Rocha-Akis, Marcus Scheiblecker, Stefan Schiman, Lukas Schmoigl, Margit Schratzenstaller-Altzinger, Franz Sinabell, Mark Sommer, Martin Spielauer, Gerhard Streicher, Thomas Url, Yvonne Wolfmayr, Christine Zulehner

Konsulentinnen und Konsulenten

Harald Badinger, René Böheim, Jesús Crespo Cuaresma, Peter Egger, Stefan Schleicher, Philipp Schmidt-Dengler, Andrea Weber, Hannes Winner

Vizepräsidentin

Univ.-Prof. DDr. Ingrid Kubin, Universitätsprofessorin für Internationale Wirtschaft am Department Volkswirtschaft der Wirtschaftsuniversität Wien

Mag.^a Maria Kubitschek, Stellvertretende Direktorin und Bereichsleiterin Wirtschaft der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Josef Moosbrugger, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich

Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny, Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik

Mag. Harald Waiglein, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen

Mag. Markus Wallner, Landeshauptmann von Vorarlberg

WIFO-Partner und Goldene Förderer

A1 Telekom Austria AG, AIC Androsch International Management Consulting GmbH, Berndorf AG, Energie-Control Austria, Julius Blum GmbH, Österreichische Hagelversicherung VVaG, Österreichische Hotellervereinigung, Raiffeisen-Holding NÖ-Wien reg.Gen.mbH, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, Raiffeisen Bank International AG, UNIQA Insurance Group AG, Verbund AG

WIFO Associates

Jarko Fidrmuc, Matthias Firgo, Georg Fischer, Markus Leibrecht, Peter Mooslechner, Ewald Nowotny, Karl Pichelmann, Gertrude Tumpel-Gugerell

Wissenschaftliche Assistentinnen und Assistenten

Anna Albert, Elisabeth Arnold, Anna Brunner, Astrid Czaloun, Sabine Ehn-Fragner, Martina Einsiedl, Nathalie Fischer, Stefan Fuchs, Fabian Gabelberger, Ursula Glauning, Andrea Grabmayer, Lydia Grandner, Kathrin Hofmann, Christine Kaufmann, Katharina Köberl-Schmid, Irene Langer, Christoph Lorenz, Susanne Markytan, Maria Riegler, Nicole Schmidt-Padickakudy, Cornelia Schobert, Birgit Schuster, Tim Slickers, Martha Steiner, Doris Steininger, Anna Strauss-Kollin, Andrea Sutrich, Dietmar Weinberger, Michael Weingärtler, Stefan Weingärtner, Eva Wretschitsch

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Dienstleistungsbereich

Birgit Agnezy, Bettina Bambas, Georg Böhs, Alexandros Charos, Tamara Fellingner, Lucia Glinsner, Claudia Hirsenschall, Gabriela Hötzer, Markus Kiesenhofer, Annemarie Klozar, Gwendolyn Kremser, Bernhard Lang, Thomas Leber, Florian Mayr, Anja Mertinkat, Elisabeth Neppl-Oswald, Birgit Novotny, Robert Novotny, Lorenz Pahr, Peter Reschenhofer, Gabriele Schiessel, Gabriele Schober, Kristin Smeral, Klara Stan, Karin Syböck, Agnes Tischler-Lechthaler, Fabian Unterlass, Tatjana Weber, Michaela Zinner-Dobhofer

Emeriti Consultants

Karl Aiginger, Kurt Bayer, Fritz Breuss, Alois Guger, Heinz Handler, Gunther Tichy, Ewald Walterskirchen

